DIE MONATSZEITUNG FÜR SELBSTVERWALTUNG

CONTRASTE

POSTFACH 10 45 20 – 69035 HEIDELBERG
TELEFON 0 62 21 - 16 26 67

112 11. JAHRGANG 15,00 DM
Januar '95

001 00.2621 Andreas Wischner Frankenstr. 15 D-10781 Berlin

AUS DEM INHALT:

INTERN

Die für 1994 vorgesehene Pro nicht statt, trotzdem gibt's jede Menge Neuigkeiten zum Anfang des Jahres in Sachen Vernetzung und CONTRASTE: was ist geplant statt der Projektemesse? / Verstärkung der regionalen Vernetzung, z.B. in Hessen und Baden-Württemberg / Treffen der selbstverwalteten, grafischen Betriebe / Wissenswertes vom letzten Redaktionsplenum der CONTRASTE u.v.m – alles auf Seite 2.

GELD

Wenn der Umgang mit Geld so einfach wäre, hätten wir nicht regelmäßig Texte zu diesem Thema: Nein – beklagen wollen wir uns grade diesmal nicht ob der illustren Vielfalt der Beiträge: Der Arbeitskreis Autonomer Frauen in Berlin diskutiert Staatsknete contra Sponsoring, auch in der Schweiz wird mit Buchgeld und negativen Zins – TALENT genannt – experimentiert und aus den USA hat uns eine erfrischende Polemik gegen den üblichen Umgang mit dem real existierenden Zahlungsmittel erreicht. Seite 3.

FRAUEN

Krieg in Europa seit mehr als zwei Jahren! – wem fehlen dabei nicht die Worte? Und trotzdem gibt es Beispiele, wie's auch anders gehen könnte: Konkrete Projekte, die trotz der lebensbedrohenden Umstände die Hoffnung auf ein besseres Danach in sich tragen: Wir stellen autonome Frauenprojekte wie ein Frauenhaus, ein Frauenflüchtlingshaus, das Informations- und Dokumentationszentrum für Frauen, die Frauenlobby und ein Frauentherapiezentrum in Ex-Jugoslawien vor. Seite 4.

NICARAGUA – TEIL 3

Unsere thematische Serie zur ArbeiterInnenselbstverwaltung in Nicaragua hat diesmal die Gewerkschaft ATC zum Schwerpunkt. Die sitzt insbesondere in den arbeiterInneneigenen Betrieben (APT-Sektor) im Dilemma, denn die Gewerkschaftsmitglieder sind sowohl ArbeitnehmerInnen wie auch ArbeitgeberInnen. Die Schwierigkeiten, die für José Adan Rivera aber auch ein Beispiel für Europa sein könnten, werden beleuchtet in einem ausführlichen Interview. Außerdem die Ausschreibung einer Besuchsreise zum APT auf Seite 5.

BRAUNZONEN

Kaum ein Thema hat in der CONTRASTE in letzter Zeit so viele Reaktionen ausgelöst wie die verschiedenen Beiträge zum Thema »vom Neuen Zeitalter zur Braunen Heilslehre?«. Mehrfach wurde in anderen Publikationen in dem Zusammenhang auf CONTRASTE verwiesen. Trotz berechtigten Diskussionen zu Stil und Umgangston einzelner Autoren (sind nur Männer gemeint), veröffentlichen wir verschiedene Leserbriefe zu bereits erschienenen Beiträgen auf Seite 11.

SOZIOKULTUR

Falls Demokratie als Staatsform ernst genommen würde, müßten gerade die soziokulturellen Zentren in Zeiten des Strukturwandels Orte von Diskurs und Pluralität sein und dürften darum nicht von der Förderliste gestrichen werden. Ein Text von Udo Husmann zum Selbstverständnis von soziokulturellen Zentren in der Umbruchzeit: Zwischen Haushaltslöchern und Strukturwandel auf Seite 12.

POLITISCHE GEFANGENE IN DER BRD:

Es wird Zeit, daß sie rauskommen !

»Seit über 20 Jahren befinden sich politische Gefangene in bundesdeutschen Gefängnissen. In der Regel sind sie erschwerten Sonderhaftbedingungen, wie z.B. Isolationshaft, unterworfen.« Mit dieser Einleitung beginnt ein Aufruf zur finanziellen Unterstützung politischer Gefangener. Aufgefordert werden dabei selbstverwaltete Betriebe, Kollektive und Projekte, sich mit einem monatlichen Beitrag zu den sozialen, medizinischen und rechtlichen Belangen der Gefangenen solidarisch zu verhalten.

Vor dem Knast Berlin-Tegel: Kundgebung & Disco — Foto: Umbruch Bildarchiv

Waldemar Schindowski, Redaktion Berlin ● Die Existenz dieser Zeitschrift liegt unter anderem darin begründet, daß sie auch historischer Ausdruck eines »Schisma« der Linken in den siebziger Jahren ist. Mit der Entführung des Arbeitgeberpräsidenten H.M. Schleyer und den »Selbstmorden« der Gefangenen aus der RAF (Jan-Carl Raspe, Gudrun Ensslin und Andreas Baader) war endgültig die Trennung innerhalb der westdeutschen Linken vollzogen. Folge dieser Ereignisse war eine Welle von Repression seitens der Polizei und Justiz gegen alles was nur entfernt »terrorismusverdächtig« war: SchriftstellerInnen, Zeitungsredaktionen, Jugendzentren mußten sich auf einmal als »RAF-Unterstützer« rechtfertigen. Diese Zeit ist auch als »deutscher Herbst« in Erinnerung und machte deutlich, daß der Staat mit seinen Organen unerwartet scharf auftreten konnte und viele Linke sich damals zwischen den Stühlen befanden.

»Diese Repressionswelle bewirkte, daß es die Mehrzahl der Linken vorzog, sich lieber mit sich selber zu beschäftigen, sich in Selbsterfahrungs-, Männer- und Frauengruppen zurückzuziehen oder alternative Ökonomie auszuprobieren. Es wurde die taz gegründet, die diese Haltung kultivierte; schließlich organisierte man sich obendrein noch in einer Partei; bald wurde es multikulturell. Kurz: die Linke, die ein Jahrzehnt vorher die Revolution machen wollte, hatte entweder mit ihren Ermittlungsverfahren zu tun, war mit sich selber beschäftigt oder saß auf Parteisitzungen fest. Die Mutigsten wurden als BürgerInnen initiativ.« (Annette Ohme)

Gewiß läßt sich das Verhältnis von Gruppen, die den bewaffneten Kampf aufgenommen hatten (RAF, Revolutionäre Zellen, Frauengruppe Rote Zora, Bewegung 2. Juni, autonome »Feierabend«-Guerillas besonders aus der AKW- und Friedensbewegung) und Gruppierungen welche unter den Begriff »Alternativbewegung« zusammengefaßt werden, nicht allein unter dem Gesichtspunkt der staatlichen Repression fassen. Es war natürlich auch Ergebnis einer unterschiedlichen politischen Einschätzung, wobei in der Entwicklungsgeschichte der selbstverwalteten Betriebsszene soziale Experimente stattfanden und versucht wurde, Strukturen einer befreiten Gesellschaft vorweg zu nehmen.

Wenn auch von heute aus gesehen die nachfolgenden Aktionen der RAF von vielen von uns nicht nachvollzogen werden können, so bleibt jedoch die Tatsache, daß die politischen Gefangenen weiterhin Geiseln des Staates sind. Kein vernünftiger Grund läßt sich finden, weiterhin die Gefangenen unter der Tortur des Knastes – wie seit über 20 Jahren – festzuhalten. Einzig Rache und die Forderung nach Unterwerfungsritualen der politischen Gefangenen sind die Beweggründe seitens des Staates, wobei hinzu kommt, daß eine Reihe von Gefangenen – zum Beispiel Christian Klar, obwohl schon zu lebenslänglich verurteilt – nochmals in (an andere deutsche Zeiten erinnernde) Gerichtsverhandlungen mit zusätzlichen, langen Haftstrafen verurteilt werden. »Die Gefangenen sitzen dafür, weil sie den Staat angegriffen haben. Aber kein Staat hat das Recht, seinen politischen Gegner zu foltern.« (Rechtsanwalt Gerd Klusmeyer) – Darum geht es!

Die Idee dieser Initiative zur Unterstützung der politischen Gefangenen ist vor einem Jahr auf einem CONTRASTE-Plenum entstanden. Anliegen unsererseits ist dabei zu versuchen, sich quasi praktisch-solidarisch auch zu einem Teil unserer Geschichte zu verhalten. Dabei muß natürlich eine Begründung beigebracht werden, die diese Aktivitäten rechtfertigt. Trotz aller Ankündigungen seitens staatlicher Stellen, als Stichworte sei hier nur die »KinkelInitiative« genannt, haben sich die Haftbedingungen der politischen Gefangenen nicht im geringsten verändert. Das scheinbar verlockende Dialogangebot des Staates und die Erklärung der RAF, bewaffnete Aktivitäten auszusetzen, haben zu keinen positiven Ergebnissen geführt. Rückblikkend läßt sich sagen, daß einzig die RAF und die Gefangenen »vorgeführt« wurden. Die vielen Scheinaktivitäten, die suggeriert haben, daß eine Verbesserung der Haftbedingungen – wenn nicht eine Freilassung – für viele politische Gefangene auf der Tagesordnung steht, haben sich ins Gegenteil umgekehrt.

Ergebnis dieser Politik des Staates ist u.a., daß heute die Situation davon gekennzeichnet ist, daß die politischen Gefangenen in zwei Gruppen gespalten sind und die Illegalen der RAF unter enormem Erklärungsdruck ihrer Politik der letzten zwei Jahre stehen. Bei aller Kritik an der Praxis und der theoretischen Vorstellungen der RAF und der politischen Gefangenen, so waren die letzten zwanzig Jahre immer davon bestimmt, daß Versuche, einen Keil zwischen die Gefangenen und die RAF zu treiben, erfolglos blieben. Es ist zu befürchten, daß die Differenzen, die zwischen einem Teil der Gefangenen und der RAF öffentlich ausgetragen werden, nicht zu einer Stärkung im Kampf gegen die Haftbedingungen führen werden. Für uns sollte klar sein, daß nicht die »Spaltung« im Vordergrund stehen sollte; wobei auch realistischerweise gesagt werden sollte, daß unser Einfluß dabei minimal wäre. Dabei ist nicht auszuschließen, daß die Auseinandersetzungen zwischen Illegalen der RAF und Teilen der politischen Gefangenen wieder Auftakt sind für das ewig deutsche linke Trauerspiel: Diese Differenzen als Anlaß genommen werden, sich doch nicht zu der existenzbedrohenden Situation der politischen Gefangenen zu verhalten. Daß dies notwendig ist, zeigt ein Beispiel von Anfang November 1993. Ausgehend von Informationen des Landeskriminalamtes Baden-Württemberg, welches angebliche Hinweise auf einen »kollektiven Selbstmord als demonstrativen Akt« der Gefangenen aus der RAF hatte, wurden gleich Haftverschärfungen durchgeführt und die Gefangenen fanden diese Situation als »äußerst konkrete Bedrohung gegen uns« (Irmgard Möller, Christine Kuby, Hanna Krabbe). In einer Presseerklärung von RechtsanwältInnen heißt es u.a.: »Das Szenario erinnert an den Tod der Gefangenen in Stammheim 1977, dem auch Gerüchte über angebliche Selbstmorde vorausgingen.« Und damit schließt sich auch wieder der Kreis, womit dieser Text angefangen hat. ●

Unser CONTRASTE-Special »Freiheit« auf den Seiten 7 bis 10. CONTRASTE-Spezial wird dank Unterstützung von Netzwerk Selbsthilfe Berlin mit einer zusätzlichen Auflage von 5.000 Exemplaren vertrieben.

P 8008 E

EG-GELDER: GEWUSST WIE

Der europäische Finanzdschungel – ein Wegweiser

Mit dem Stichwort 'EG' haben wohl viele bisher undurchsichtige Bürokratie assoziert. Licht ins Dunkel der Bewilligungskanäle von Förderanträgen sowie der für die nächsten Jahre erwarteten Finanzierungsschwerpunkte aus Projektesicht liefert der Beitrag von Kurt Regenauer, Redaktion Nürnberg.
(Vorabveröffentlichung aus: »Das KulturBureau«, 2.Auflage, Hrsg.:Parasol e.V., Regensburg)

EG-GELDER

In der Europäischen Union ist Deutschland als Nettobeitragszahler anzusehen, daß heißt, es werden mehr Mittel an die EG-Töpfe abgeführt als bezogen. Dieses Verhältnis hat sich zwar seit Bestehen der neuen Bundesländer verändert, besteht aber nach wie vor in der Substanz. »Gelder aus Brüssel« sind daher nur zu oft gar nicht dort zur Verfügung gestellt, sondern eigentlich schon vor Ort. Hinzu kommt: 80 % der EG-Gelder sind durch Richtlinien der EG-Kommission verwaltet. Das heißt aber auch, sie sind gar nicht in Brüssel abrufbar, sondern stecken in den Etats der Arbeits- und Wirtschaftsminister der Länder.

In Deutschland geht es um ca. 1 Millarde DM pro Jahr: Diese Gelder bestehen in erster Linie aus Zuschüssen zur Ausbildung, Umschulung und Fortbildung sowie Gelder für die Beratung und die Schaffung neuer Arbeitsplätze. Das Gesamtvolumen der im Zeitraum der drei Jahre 1990 bis 1992 in den alten Bundesländern genehmigten Mittel beträgt fast 1,2 Milliarden DM, drei Jahre neue Bundesländer kostete die EG 1,8 Milliarden DM (1991 bis 1993).

Solche Mittel sind in nationalen Gesamtstrategien eingebunden. Diese Gemeinschaftlichen Förderkonzepte (GFK) sind das einvernehmliche Verhandlungsergebnis von EG-Kommission, Bund und Bundesländern. Der Antragsweg besteht über die verantwortlichen Landesministerien, die auch den Einzelantrag entscheiden können.

EG-Finanzierungen sind prinzipiell Komplementärfinanzierungen, d.h. die EG-Finanzierung besteht nur anteilig zur Kofinanzierung durch Kommune und Land vor Ort. Antragswege sind daher über die jeweiligen Finanzierungspartner der öffentlichen Hand zu erfragen. Bisher bestand zur EG eine ausgesprochene Kontaktadressen- und Koordinatorenvielfalt. Dies soll sich demnächst ändern: eine Festlegung einheitlicher Ansprechpartner ist in Aussicht.

Zu erwünschen wäre auch eine Verkürzung der Antragswege: Einzelanträge werden von der Länderverwaltung über die Bundesverwaltung nach Brüssel weitergereicht und brauchen äußerst lange, bis sie den richtigen Schreibtisch erreichen. Zahlungen der EG-Kommission erfolgen zwar innerhalb von zwei Monaten an den zulässigen Antrag des betreffenden Mitgliedstaates und innerhalb von drei weiteren Monaten (also insgesamt schon 5 Monate) an den entsprechenden Begünstigten. Im ungünstigsten Fall ist – auch ein erfolgreicher – EG-Antrag ca. 1 bis 2 Jahre unterwegs, ehe die Gelder vor Ort auch wirklich ankommen.

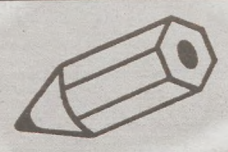
Förderziel: Europäische Integration

Die zentralen Förderziele der Europäischen Union sind »Ausgleich der wichtigsten regionalen Ungleichgewichte« und »Stärkung des wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalts«. Hierfür verwaltet die EG-Kommission nach Maßgabe der EU-Ministerkonferenzen sogenannte Strukturfonds. Die Strukturfonds bestehen aus 3 Fonds: Europäischer Sozialfonds (ESF), Europäischer Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) und Landwirtschaftsfonds (EAGFL).

Fortsetzung auf Seite 13

INTERN:

Die linke Spalte



Vor genau einem Jahr haben wir in unserer 100. Ausgabe die Zukunftswerkstatt der CONTRASTE-MacherInnen für eine neue Zeitungs-Konzeption angekündigt. Inzwischen wurde schon auf verschiedenen Ebenen daran gearbeitet, allein: die Zeitung hat ihr Gesicht noch beibehalten.

Das wird sich nun ändern: Am letzten Redaktionsplenum in Elmstein/Pfalz sind konkrete Projekte beschlossen worden, deren Resultate sich als regelmäßige Berichterstattung auf dieser Seite niederschlagen werden. Eines dieser Projekte könnte die komplette Umgestaltung des CONTRASTE-Layouts sein (Schriftbild und -größe, Gestaltung, Verwendung von Fotos etc.); »könnte«, weil die Finanzierung dieses Projekts noch nicht gesichert ist. Um uns aber nicht von erst sehr spät eintreffenden Finanzierungsbescheiden abhalten zu lassen, haben wir gleich damit angefangen, was wir als Redaktionen jetzt schon – und ohne neues Konzept – umsetzen können: Eine Veränderung und Aufwertung der Seite 2!

Was bisher bezüglich Textzusammenstellung teilweise beliebig war, soll sich nun ändern. Die Seite 2 soll deutlich wahrnehmbaren Charakter als CONTRASTE-Projekt-Seite erhalten, allerdings mit mehreren Aspekten (wie ja auch die CONTRASTE-Redaktionen keine homogene Gruppe bilden):

- wie schon erwähnt, werden an dieser Stelle (wie bisher vereinzelt) Neuigkeiten von der Neukonzeption der CONTRASTE zu lesen sein; die hiermit zum ersten Mal erscheinende »linke Spalte« wird regelmäßig Platz bieten für Gedanken und Meinungen eines Redaktionsmitglieds. Selbstredend kann sie Suchkriterium für LeserInnen und inhaltlicher Anspruch sein.
- wichtig scheint uns, die praktische Arbeit der verschiedenen CONTRASTE-Redaktionen zukünftig transparenter zu machen. Dazu gehört zum Beispiel die diesmal verfaßte Nachlese zum SchwerpunktThema »Wohnen« der letzten Ausgabe. Außerdem werden kürzere Berichte zu Themen, die wir regelmäßig bearbeiten und in der jeweiligen Ausgabe nicht mit einem längeren Beitrag vertreten sind, hier zu finden sein (v.a. Berichte aus den Bereichen Handwerk, Projekte oder Frauen).
- Redaktion CONTRASTE heißt ja auch verschiedene Menschen, die in unterschiedlichen Zusammenhängen aktiv sind und diese auch immer wieder mit dem Vernetzungs-Projekt CONTRASTE (bundesweit wie auch europäisch) in Verbindung bringen. Seit mehreren Jahren war zum Beispiel die »europäische Projektemesse« immer wieder Diskussionspunkt in unseren Zeitungsspalten – diesbezüglich also nur konsequent, daß nun auf Seite 2 zu lesen ist, aus welchen Gründen sie erstmal auf Eis gelegt ist.

Inhaltlich streben wir einerseits verstärkt und regelmäßig Berichte aus und über Betriebe und Projekte an, andererseits sind für die nächsten CONTRASTE-Ausgaben folgende Schwerpunkt-Themen in Vorbereitung:

- **Sozialpolitik:** Zusammenfassung vom sozialpolitischen Forum Anfang Dezember in Berlin;
- **Kündigung im selbstverwalteten Betrieb:** Ende eines lange schwelenden Konflikts oder Chance für einen Neuanfang;
- **Europa:** Ziele und Treffen des europäischen Netzwerks für eine alternative und solidarische Ökonomie;
- **Vernetzung:** Projektbeispiele erfolgreicher, lokaler Vernetzung und Kooperation selbstverwalteter Betriebe.

Peter Streiff

10 JAHRE VSBH IN HESSEN:

Veranstaltungsreihe wird unterstützt

Die vom Verband der selbstverwalteten Betriebe in Hessen (VSBH) beantragte Veranstaltungsreihe wurde vom zuständigen Ministerium bewilligt bzw. eine maßgebliche Unterstützung zugesagt. Ziel der Veranstaltungsreihe ist es, den Erfahrungsaustausch zwischen selbstverwalteten Betrieben und deren MitarbeiterInnen zu fördern; z.B. welche Problemlösungsstrategien wurden in verschiedenen Betrieben ausprobiert? Welche lassen sich entwickeln etc.? Im Zusammenhang mit dem 10-jährigen Bestehen des VSBH findet auch die Auftaktveranstaltung statt. Mit dem (vorläufigen) Titel »Wege aus der Krise – hin zum Regenbogen« wird eine qualitative Standortbestimmung der Selbstverwaltung in Hessen (und damit auch des VSBH) angestrebt, ohne die wohl kein Weg in eine erfolgreiche Zukunft führen wird.

Themen der Veranstaltungen (Seminare, Tagungen, Workshops) werden u.a. sein:

- ○ Existenzgründung
- ○ demokratische Entscheidungsstrukturen und Arbeitsorganisation
- ○ sv. Betriebe als Chance für Einstieg und/oder Wiedereinstieg von Frauen ins Erwerbsleben
- ○ sv. Betrieb als Chance für Frauen mit »Männerberufen«?
- ○ für und wider den Einsatz neuer Technologien
- ○ Marktstrategien und Marketingkonzepte
- ○ Kooperation statt Konkurrenz – branchenspezifische und/oder regionalspezifische Vernetzungen

Bei einigen Veranstaltungsthemen ist es auch denkbar, sie mit einzelnen Betrieben durchzuführen – im Sinne einer betriebsinternen Weiterbildung sozusagen. Um die Veranstaltungsreihe möglichst praxisnah zu gestalten, nehmen die OrganisatörInnen gerne weitere Anregungen entgegen.

Kontakt: Karin Schröder, Lindenstr. 33a, 36037 Fulda oder Peter Streiff, Tel. 06182/68275

DRESDEN:

Projektemesse eine Fata Morgana

Kleiner als in der CONTRASTE angekündigt war der Kreis, der sich am 11. Dezember 1993 in der »Kümmelschänke« in Dresden-Omsewitz traf, um die Projektemesse zu diskutieren. Konkret trafen sich sechs Leute. Vorausgegangen waren Schwierigkeiten in der Vorbereitung. Kurze Rede – langer Sinn: Die Projektemesse wird nicht in Dresden stattfinden!

Startbahn-West: Chaoten und Bürger gemeinsam gegen Bullenterror, Nachmittag 5. Oktober 1981, Tag X, 1. Räumungstag Foto: Burckhard Kretschmann

Waldemar Schindowski, Redaktion Berlin ● Als ein Hindernis dabei erweist sich die Tatsache, daß in Dresden selber zur Zeit keine Personen sind, die eine Vorbereitung der Europäischen Projektemesse als ihren Arbeitsschwerpunkt übernehmen können. Die Zeiten, in der die Szene in Dresden sich an Großveranstaltungen, wie z.B. die »Bunte Republik Neustadt« beteiligte, sind im Osten Deutschlands vorbei. Die eigene Existenz steht auch hier mittlerweile im Vordergrund. Hinzu kommt die Einschätzung, daß die Zeiten der alternativen »Groß-Messen« vorbei sind. Auch alternative Betriebe sind mittlerweile eher geneigt, sich auf den diversen »Öko«- und Fachmessen zu tummeln, als sich auf eine überregionale »Alternativmesse« zu begeben.

Die Idee der Projektemesse war vor fünf Jahren aktuell und richtig. Durch die politischen Veränderungen der letzten Jahre – als Stichwort sei hier der Zusammenbruch des real existierenden Sozialismus genannt – wurden wir derart überrascht, daß das damals richtige Konzept »Europäische Projektemesse« niemals aus seinen Startlöchern heraus kam. Es fanden zwar eine Reihe von Veranstaltungen in Straßburg und Brüssel in Zusammmenarbeit mit den Grünen im Europaparlament statt, das »Europäische Netzwerk der Alternativ- und solidarischen Wirtschaft« ist auch Ausdruck der Bemühungen der vergangenen Jahre, aber die Idee der Projektemesse blieb eine Fata Morgana, wobei sich eine Reihe von Leuten aus dem CONTRASTE-Umfeld an diesem Vorhaben die Zähne ausgebissen haben.

Trotz all dieser Erkenntnisse war jedoch allgemein eine Unzufriedenheit der Teilnehmenden festzustellen. Wie geht es weiter? Wie organisiert man eine »Beerdigung erster Klasse«? Konsens war, erstmal abzuwarten, wie es in den anderen Selbstverwaltungs-Zusammenhängen weitergeht und welche geplanten Aktivitäten, die zur Zeit gerüchteweise in Ost- und Westdeutschland stattfinden sollen, sich konkretisieren. Also noch einmal ein wenig »langer Atem« und das Ganze von vorne!

Als Ergebnis des Dresdner Treffens wurde vereinbart, das Thema Alternativbewegung in Europa mit einer Ausstellung mit Veranstaltungen in die Diskussion zu bringen. Dabei geht es darum, anhand der Geschichte von alternativen Projekten die inhaltliche Auseinandersetzung wieder in Schwung zu bringen.

Geplant ist – unter der Voraussetzung, daß die Finanzierung der Ausstellung gesichert wird – eine Wanderausstellung durch verschiedene europäische Städte. Sei es die »Rote Fabrik« in Zürich, das »Paradiso« in Amsterdam, das »Komm« in Nürnberg oder die »Scheune« in Dresden-Neustadt.

Thematisch sollen in dieser Ausstellung beispielhafte, alternative Projekte in Europa vorgestellt werden:

- ○ **Niederlande:** Happening und Love-ins (1965-1967)
- ○ **Italien:** Alternativfestivals (1966-1972)
- ○ **Polen:** Alternative Orange (1980-1987)
- ○ **Schweiz:** Karthago (1980-1981)
- ○ **Niederlande:** Piraten-TV (1981-1983)
- ○ **Frankreich/Schweiz/BRD:** Radio Dreyeckland (1977 bis heute)
- ○ **Dänemark:** Christiania (1971 bis heute)
- ○ **BRD:** Hüttendorf Startbahn-West (1980-1984)

Dies ist zwar nicht eine Europäische Projektemesse, aber immerhin eine Rundreise durch Europa. »Zufällig« fällt sie mit dem zehnjährigen Jubiläum von CONTRASTE im Oktober zusammen. Und zu diesem Datum ist auch schon ein Schwerpunktthema vorgesehen: »Was sie wollten – was sie wurden«. ●

WOHNEN – EIN NACHTRAG:

Wohlgroth endgültig geräumt

Was während der Produktion des letzten Schwerpunkt-Themas als unvermittelte Radio-Meldung in unsere Redaktionsräume platzte, hatte sich alsbald als bittere und endgültige Wahrheit herausgestellt: Die autonome Kulturfabrik Wohlgroth in Zürich ist auf Veranlassung des Besitzers (Waffenfabrikant Bührle) im Morgengrauen des 23. November mit massivem Polizeieinsatz (Helikopter, Wasserwerfer etc.) geschleift worden. Was während zweieinhalb Jahren für rund 120 Menschen selbstbestimmter Kultur- und Lebensraum mit einer Ausstrahlungskraft weit über »Zureich« hinaus war, ist durch den arg begrenzten Horizont einer rot-grünen Stadtregierung vernichtet worden. Oder wie die linke WochenZeitung (WoZ) kommentiert, bedauern zwar liberale PolitikerInnen das »Ende einer Utopie«, aber letzlich »gilt, ob der Kehricht ordentlich entsorgt, Wasser und Strom bezahlt werden«. Und: »Der Widerspruch zwischen Verwaltung und Verwertung einerseits und dem Anspruch auf ein selbstbestimmtes Leben andrerseits ist in diesem System nicht lösbar.«

Nach dem konzertierten Scheinangebot von Stadt und Bührle sowie der extrem ausgrenzenden und schlicht auf Lügen basierenden Berichterstattung der Presse schreiben die ehemaligen BesetzerInnen: »Die Räumung der Wohlgroth war eine beispiellose Machtdemonstration – kaum jemand kann sich vorstellen, was es heißt, aus seinem Haus mit Polizei, Helikoptern, Antiterroreinheit mit Schusswaffen etc. rausgeschmissen zu werden. Dabei von einer friedlichen Räumung zu reden, ist ein Hohn. (...) Keine Räumung besetzter Häuser. Wir wollen weiterhin kollektiv in großen Hausgemeinschaften zusammenleben und uns selber organisieren. Wir brauchen ein autonomes Kulturzentrum in der Stadt. Schluß mit der Hetze.«

Die Wohlgroth-Leute sind nicht allein mit ihrer Forderung nach selbstbestimmtem Wohn- und Lebensraum – das hat nicht zuletzt auch unser Schwerpunktthema der letzten Nummer aufgezeigt. Die CONTRASTE-Redaktion wird das Thema Wohnen weiterhin aktiv verfolgen, bereits für die nächsten Nummern sind weitere Beiträge angekündigt. LeserInnen sind eingeladen, über unterschiedliche Wohnformen (innere wie äußere Organisationsformen; Beispiele praktizierten und erfolgreichen Zusammenlebens etc.) zu berichten.

Peter Streiff

Nach Redaktionsschluß erreichte uns noch ein Flugblatt zur Situation in der Hamburger Hafenstraße, daß wir auf Seite 6 dokumentieren.

KURZMELDUNGEN

Grafische Betriebe

Frühlingstage 1994

Seit 7 Jahren haben sich selbstverwaltete, grafische Betriebe regelmäßig im Mai in Berlin getroffen. Nun kümmern sich einige Leute in Hamburg um die Vorbereitung des nächsten Treffens vom 12. bis 15. Mai, diesmal in der Hansestadt. Nach dem Nachlassen des Interesses im letzten Jahr können die Themen der Frühlingstage 1994 mitbestimmt werden. Folgende Vorschläge werden gemacht:

- ○ Wir produzieren alles für alle – oder nicht? Inhaltliche Auseinandersetzung mit dem, was wir drucken, setzen, scannen, Sammelheften etc., d.h. welche Aufträge machen wir, welche nicht?
- ○ innerbetriebliche Demokratie und selbstorganisierte Arbeit als Projekt auf Lebenszeit: die Weiterführung der Diskussion von den letzten Frühlingstagen über Transparenz, Informationsfluß, innere Struktur, Eliten.
- ○ Computer-Vormittag: Erfahrungsaustausch oder AnwenderInnentreffen von bestimmmter Software (z.B. TEAMWORK)
- ○ Weiterverarbeitung: Die Buchbinder in Hamburg haben Interesse an einer Gruppe zum Thema »BuchbinderInnen aller Länder...«

Eine Rückmeldung – auch: Vorschläge zum Ablauf oder Kritik an vergangenen Frühlingstagen – ist möglichst schnell erbeten an: RESET GmbH, Holstenstr. 201, 22765 Hamburg, Tel. 040/43 24, 25, Fax 439 04 41.

»Neue Handwerksordnung?«

Änderung des Handwerksrechts gescheitert

Am 1. Dezember beriet der Bundestag über eine »neue« Handwerksordnung. Gleich vorweg: Niemand hatte die Ausübung des Handwerks ohne MeisterInnentitel ernsthaft betrieben oder gefordert, einzig die Grünen/Bündnis 90 bekamen in letzter Minute vom »Netz für Selbstorganisation und Selbstverwaltung« eine Vorlage geliefert, die über die rein kosmetischen Änderungen hinausgegangen wäre.

Eintragungsberechtigt in die Handwerksrolle wäre nach dieser Vorlage gewesen, wer eine GesellInnenprüfung und 3 Jahre praktischer Tätigkeit im beantragten oder einem verwandten Gewerk nachweisen kann. Grundlage des Entwurfs war die Arbeit zum genau getimt im ECON-Verlag erschienenen Buch von Michael Wörle, (CONTRASTE-Autor aus Hamburg und Spezialist in europäischem Handwerksrecht) »Selbständig ohne Meisterbrief«. In einer der nächsten CONTRASTE-Ausgaben wird eine ausführliche Rezension erscheinen.

Mit den Stimmen von CDU/CSU/SPD/FDP hat der Bundestag somit beschlossen, daß der Installateur die bei seiner Montage zerstörten Fliesen selbst ersetzen, die Schreinerin die Polsterung des neu verleimten Stuhls in ihrem Betrieb ausführen darf, wenn sie nur Meister oder Meisterin sind. Dies gilt nach europäischem Recht jedoch nur für deutsche HandwerkerInnen und nicht für EuropäerInnen, die sich nach europäischem Recht in Deutschland selbständig machen wollen.

küma

Ladenburg:

Schreinerei Holz & Glas völlig abgebrannt

Das Schreinereikollektiv Holz & Glas in Ladenburg nahe Heidelberg steht seit erstem Dezember ohne Werkstatt da. Grund ist ein Großbrand, der vermutlich in der Absauganlage der Werkstatt begonnen hatte. Funkenbildung konstatierten die Kripo und die Brandsachverständigen. Glück im Unglück, daß das Feuer nicht auf die angrenzenden Gebäude mitten in der historischen Altstadt übergesprungen war.

Der Sachschaden von 1 Mio DM umfaßt neben den Gebäuden so ziemlich alles, was von Maschinen bis zu fertigen Aufträgen in der Werkstatt war. Nur das Büro blieb verschont.

Erste konstruktive Hilfe kam von KollegInnen aus dem Arbeitskreis Ökologie und Handwerk und anderen Schreinereien, die teilweise kurzfristige Arbeitsplätze in anderen Werkstätten schufen, um die Produktion leidlich aufrecht erhalten zu können.

Nun gilt es, von einer Werkstatt über Maschinen bis hin zu Handwerkzeug alles neu zu beschaffen. Da erfahrungsgemäß Versicherungen nur einen Teil eines solchen Schadens wirklich abdecken können, ist jede Hilfe willkommen, da sie neben Materiellem natürlich auch das Gefühl von Unterstützung und Anteilnahme gibt. Nicht zu unterschätzen, nach solch einem Erlebnis!

Gesucht werden also alle Arten von Maschinen und Handwerkszeug, die andere Schreinereien entbehren können oder zu guten Konditionen anbieten wollen. Aber auch reine Bargeldspenden sind natürlich hilfreich.

Mittlerweile besteht die Zusage seitens der Stadt Ladenburg, für 1,5 Jahre ein Ausweichquartier zur Verfügung zu stellen. Zähe Verhandlungen und der Druck, eine Kaufoption auf ein anderes Gelände zu machen, waren vorausgegangen. Tatkräftige Hilfe ist aber weiterhin sehr erwünscht.

Spendenkonto ist das Postgirokonto Stuttgart 402 48-701, A. Küstermann, Redaktion Handwerk. Stichwort Holz & Glas. CONTRASTE wird über den weiteren Verlauf berichten.

küma

Netz für Selbstorganisation & Selbstverwaltung:

Baden Württemberg hatte Gründungsversammlung

15 Betriebe und Einzelpersonen hoben am 16. Dezember nach der Gründungsversammlung das Netz für Selbstorganisation und Selbstverwaltung BaWü aus der Taufe. Die mehr inhaltlich konzipierte Veranstaltung in der Fabrik in Freiburg geriet allerdings vor allem zur Satzungsdiskussion. Ein anfänglich gemachtes Stimmungsbild unter den Anwesenden ergab Inhalt und Auftrag für den frisch gewählten Vorstand. Die Gründungsversammlung votierte für mehr Lobbyarbeit und Fortbildung im Süden. Burghard Flieger, Dieter Poschen, Klaus Wagener und Andreas Küstermann werden versuchen, die nächsten zwei Jahre dem gerecht zu werden. Außer: Es fänden sich die in der Satzung geforderten zwei Frauen, die zur Kandidatur bereit wären. Dann würde neu gewählt.

dp/küma

DER HUMORISTISCHE ÖKONOM

Gehorche dem Geldgesetz und Du bist verloren im Sumpf der Meinungen!

In loser Folge waren in CONTRASTE schon verschiedenartige Beiträge zum Thema Geld, bargeldlosen Handel oder alternative Geldanlagen zu lesen. Ausgerechnet aus den USA, ansonsten als Hochburg des Welt-Kapitalismus verschrien, kommt nun ein ungewöhnlicher Beitrag: Als »humorous economist« legt der Autor Egbert »the Egg« Sukop in seiner regelmäßig erscheinenden (deutschsprachigen) Publikation »Egg-onomics« sein Ei für komplett neuen und ungewohnten Umgang mit Geld. Für einmal also kein Verweis auf Silvio Gesell sondern eher eine erfrischende Polemik gegen traditionellen Umgang mit dem real existierenden Zahlungsmittel.

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Wirtschaftswissenschaftliche Denksysteme erheben Anspruch auf Allgemeingültigkeit. Doch welcher Wissenschaftler steht unter täglicher und nächtlicher Anforderung, Bargeld -drucken- zu müssen mit seinem Philosöphelchen? Regierungen können sich bestgebildete und hochdotierte Berater leisten. Ob sie's auch tun? Vielleicht fragen sogar Präsidenten lieber ihren schlauen Schwager: Der weiß immer alles besser!

Jede hochverschuldete Privatperson und jede von drohendem Bankrott gebeutelte Firma hat ein besseres Verhältnis zu Geld als die Finanzminister unserer verrückten Welt. Wüßte wirklich jemand, wie der rechte Umgang mit Geld auszusehen habe – die Regierung der Vereinigten Staaten hätte diesen sonderbaren Vogel garantiert auf ihrer Gehaltsliste (oder gut unter Verschluß). Augenfällige Tatsache: Sie haben ihn nicht!

Esoterische -Geheimlehren- schicken Dich wohlfeil auf den dornenreichen Pfad vom inneren zum äußeren Prunk und lassen Dich nie ankommen, denn – lieber Freund, liebe Freundin – der Weg ist das Ziel. Wir wollen doch unser erleuchtetes Ego nicht in schnödem Mammon versumpfen lassen, gell? Daß wir könnten, wenn wir wollten, ist uns schon Errungenschaft genug!

Bücherstaub-Allergie-geplagte EsoterikerInnen suhlen sich viel lieber im frisch angelesenen und seminarverstärkten Wohlstandsbewußtsein, tief bewegt ob ihrer -inneren Reichtümer- (Magen- und Darminhalt sind hier nicht gemeint). Vom verführerischen Liebreiz raschelnden Bargeldes verstehen sie herzlich wenig. Alte Jungfern wissen da von Männern mehr!

Welch armer Tropf wollte mit dem bedrückenden Geldleben seines Bankers tauschen? Alle drei Wochen 'ne neue, frische Mietseele brauchst Du dafür: Deine eigene macht das auf Dauer nicht mit! Im hastigen Geldverkehr mißhandeln gar zu viele brave Leutchen ihre Seele wie einen zerschundenen Mietwagen. Kein persönliches Opfer ist ihnen zu groß! Horch, Deine Hausbank lockt mit ihrer hinterhältigen Werbung und wiegt Dich in überraschungsschwangerer Sicherheit: -Mach' größere Schulden und kaufe mehr, viel mehr von dem glitzernden Schwachsinn, an dem Dein Nachbar gerade erstickt!-

Die lieben Verwandten, die nur Dein Bestes (haben) wollen, gutgemeinter Freundesrat und nicht zuletzt Mami – vor allem Mami – kennen DAS Geldgesetz. Alle, alle, alle wissen sie um das eine, wahre, ewig-waltende, sich nimmer wandelnde GELDGESETZ! -Tue dies,und das Glück ist Dein!- – -Tue das, und alles ist verloren!-

Das große Geld, von dem sie so rege träumen, steckt noch nicht in ihren Taschen. Die krüpplige Illusion, zu welch' heiliger Freiheit die erste Million (Menschen verlieben sich wahnsinnig gern in Nullen!) sie katapultieren wird, ist bereits gestrickt. Der Lotterieschein ist bar mit zitternd-feuchter Hand bezahlt. Und sie schwadronieren ohne rot zu werden über Geld und was damit – vernünftigerweise natürlich – zu tun sei. Merkwürdig nur, daß das nötige Geld, um den Beweis für die Gültigkeit ihrer Schulmeister-Theorie anzutreten, nie greifbar ist. Wofür auch, Recht zu haben ist ihnen wertvoller als Geld!?

Die fieberhafte Fahndung nach der sicheren Geldanlage, dem schnellen Geschäft, dem höchsten Zinsgewinn, dem billigsten Angebot, der richtigen Entscheidung ist eine Sucht! Lächerlich, krankhaft und bedrückend, wie in jeder anderen Drogenabhängigkeit vom Alkohol bis Glücksspiel, rinnen Leben und Geld durch die Finger derer, die nicht rechtzeitig aus dem Wettlauf mit der Schimäre -Perfektionismus- aussteigen wollen. Du kannst Suchhunde und Aufklärungsspezialisten getrost zurückpfeifen. Es gibt den einzig richtigen Weg zum Geld nicht und die Verhaltensweise, die Dich hundertprozentig ins Finanzglück stürzt, ist schiere Phantasie. Will Dir einer erzählen, er habe den Stein der Geldweisen gefunden, er könne Dich einweihen in das Geheimnis, wie Du es anfangen sollst mit Deinen Zukunftsmillionen, lach' ihn lieber aus, bevor Du seinen Sermon zu ernst nimmst! Für die Langsamen:

ES GIBT KEIN GELDGESETZ!

Mit Mami's Milch hättest Du es sonst bereits eingesogen, in der Schule hätte man Dir das dumme Ding pausenlos um die Ohren gehauen und jeder Doofkopp wäre in der Lage, so erfolgreich damit Geld zu machen wie Worte aus dem Alphabet, überall, grenzenlos, Tag und Nacht... Menschen würden sich grün und blau schämen, über Geldmangel zu klagen!

Das Leben ist leichter als es uns der schlurfende Realitätssinn des sogenannten Menschenverstandes zugestehen will. Was ich Dir eigentlich erzählen will?- Na, ganz bestimmt nicht, daß Deine Marktchancen im Illegalen liegen! Im Gegenteil: Du kannst endlich aufleben! Schlaflose Nächte über verquatschte Stunden in Anwaltskanzleien und drohende Gerichts(fehl)entscheidungen gehören der Vergangenheit an! Gesetze sind so staubig und trocken: Kannst Du Dir einen Richter vorstellen, der sich während einer Verhandlung vor Lachen schüttelt? Wann hast Du zuletzt einen Polizisten gesehen, der fröhlich pfeifend Deine Papiere prüft und Dir eine Verwarnung ausstellt?

Deine Freiheit von allen Regeln mit dem köstlich-süssen Balsam -Geld- ist grenzenlos nur im Rahmen der Gesetze Deines Landes! Spielen ohne Spielregeln ist öde, nicht wahr? Geld wurde von Menschen erfunden. Es hat sich nicht umgekehrt zugetragen, glaub mir! Der Wert der Geldscheine in Deiner Tasche wandelt sich mehrfach während einer einstündigen Verhandlung mit einem Gebrauchtwarenhändler! Du und ich, wir legen pausenlos Werte fest und verändern sie wieder. Wir erfinden täglich Geld mit Ideen, Aktionen und Kommunikation. Deine Wildheit, Deine spontane Ursprünglichkeit lassen Dich unweigerlich langfristig gewinnen! Kein Fehler, den Du mit Geld machen kannst, ist so fatal für Einkommenswachstum wie kontrolliertes und selbstkontrolliertes Handeln nach den unbrauchbaren Regeln Deiner Uroma, die noch nicht einmal für die alte Dame von erquicklichem Nutzen waren!

Du kannst Deine Nackenmuskeln locker lassen: Mach alles falsch mit Geld, was Deinem Kopf so alles einfallen will! Ein, zwei Anregungen gefällig? Begehe Fehler mit Geld täglich, bitte, bitte, bitte!

$ WIRF GELD WEG!

Münzen, die ich als Wechselgeld erhalte, lasse ich an Ort und Stelle fallen. ist doch eh nur beulender Ballast in der Börse. Oh, diese Gesichter, haha. Wie es die Leute lieben, Geld auf dem Boden zu finden. Sie halten es glatt für Glück: So einfach kannst Du Menschen glücklich machen! Was sollte Dich zurückhalten? Wirf Geld aus dem (Auto)Fenster!

$$ VERTEILE BARGELD!

Verteile eines schönen Dienstages alles Bargeld, das Du in der Brieftasche mit Dir trägst, an -Unwürdige-! Du trägst nur Geld mit Dir, das Du auszugeben bereit bist, garantiert wirst Du nicht verhungern an dieser Dummheit. Aber Du kommst in Kontakt mit ein paar Gefühlchen, die Dich aufleben lassen und Körper und Geist kräftiger anregen als der -gute Tropfen-.

$$$ BITTE UM GELD!

Bitte ausnahmslos jedes menschliche Wesen, das Dir über den Weg läuft, Dir zu Deinem Vergnügen eine bestimmte Geldsumme zu geben! Bettele nicht, verdammt! Lass' alle wissen, daß Du das Geld nicht brauchst! Biete bloß keine Gegenleistungen an!

Das ist natürlich alles viel zu harmlos und kindisch. Ich habe eine gute Entschuldigung: Ich bin Dein simpel ●

Egg

-Egg-onomics- bezeichnet sich als -unverhohlen subjektiv, respektlos und wild- und -nimmt seinen LeserInnen keine Verantwortung ab-.
Kontakt: Egbert Sukop, 8711 E.Pinnacle Road, Box 129, Scottsdale, AZ 85255, USA

Anzeige

VERBAND

netz
Zusammenschluß selbstverwalteter und ökologisch orientierter Betriebe und Projekte

Informationen anfordern bei:
netz für Selbstverwaltung und Selbstorganisation
Huckarder Straße 12
44147 Dortmund
Tel. 0231/16 24 76
Fax 0231/16 27 98

SCHWEIZ:

Neues Buchgeld-Experiment

-Talente tauschen statt Franken scheffeln-, könnte dem Experiment als Motto dienen. Im schweizerischen Aarau probt eine Gruppe den stillen Aufstand gegen die Nationalbank, indem sie ein Buchgeld auf den Markt bringt. Angebot und Nachfrage des Talentkreislaufs werden regelmäßig in einer eigenen Zeitung publiziert. Die FreigeldexpertInnen von der Internationalen Vereinigung für natürliche Wirtschaftsordnung (INWO), unter deren Ägide der Versuch läuft, haben auch eine -Umlaufsicherung- eingebaut, eine automatische Geldentwertung, die das Horten von TALENT-Werten verhindern soll. (Zum Projekt -Knochengeld-, ein Schwundgeld in Berlin, vgl. CONTRASTE Nr. 111, Dez.93)

Natürlich ist allfälliges TALENT-Kapital unverzinslich und der Kontostand der/s GeschäftspartnerIn ist jederzeit einsehbar. Zweck des Experiments ist laut INWO: -Das TALENT-Tauschnetz ist eine Antwort auf die ökonomisch-ökologischen Gefahren der Gegenwart. Leitgedanke ist es, TeilnehmerInnen, die von den freiwirtschaftlichen Gedanken noch nie gehört haben, erfahren zu lassen, daß es Möglichkeiten gibt, das herkömmliche Geldsystem zu reformieren. Der praktische Nutzen eines zinslosen und umlaufgesicherten 'Geldes' soll erfahrbar werden und die diesbezüglichen, theoretischen Überlegungen ergänzen.-

Mit von der Partie ist auch ein Mitglied-Betrieb vom Netzwerk für Selbstverwaltung – die Spielwerkstatt Murmel nämlich – die ihre Spiele neuerdings auch gegen TALENT verkauft. -Ein neues Zahlungsmittel für die Alternativwirtschaft wäre eine große Chance für Betriebe wie unsere-, sagt Andreas Keil. Die eingenommenen TALENTE zahlen sich die Murmel-Leute in Form eines TALENT-Teuerungsausgleichs aus. -Wir werden auch mit unseren Lieferanten reden und überdies vorschlagen, den Zins auf unseren Darlehen in TALENTEN zu entrichten.-

Nach der Versuchsphase von mehreren Monaten (wir werden davon berichten) soll entschieden werden, ob und unter welchen Bedingungen das Experiment zu einem ausgewachsenen Alternativ-WIR wird (vgl. CONTRASTE 109, Okt. 93).
Kontakte: Das TALENT-Experiment, Postfach, CH-5001 Aarau, Tel.0041/64 22 84 86.

Teile aus: Salopp 3/93

STAATSKNETE ODER SPONSOREN FÜR FRAUEN:

(K)eine Frage der Moral

Projekte haben nicht die Wahl, frei oder abhängig zu sein, aber sie wollen sich die Abhängigkeit selber aussuchen. Der Berliner Arbeitskreis Autonomer Frauen (AK) diskutierte von Staatsknete über Sponsoring und Fundraising die Vor- und Nachteile von verschiedenen Fördermöglichkeiten.

Beate Willms, Redaktion Frauen ● Unattraktive Arrbeitsplätze, Hausfrauenmentalität, Anpassung der politischen Inhalte an Förderrichtlinien bis zur Korruption: Ganz schön harsch waren die Vorwürfe, die sich die (zumeist Westberliner) Projektfrauen da gefallen lassen mußten. Ort der Kritik: eine Diskussionsveranstaltung mit dem Titel -Bescheidenheit ist (k)eine Zier-, zu der der Arbeitskreis Autonomer Frauen (AK) Anfang Dezember geladen hatte. Geäußert wurde sie von Frauen aus Verwaltung, Politik – und aus den eigenen Reihen.

Kein Wunder – hatten doch die Haushaltsdebatten der letzten Wochen die Abhängigkeit von den Kräfteverhältnissen im Senat und dem Wohlwollen einzelner Abgeordneter erneut betont. Die Gerüchte um eine anstehende Verwaltungsreform, die sogarr die Frauenverwaltung kosten könnte, sorgten für zusätzliche Verunsicherung.

Auf Spekulationen aber wollten sich die Projektfrauen gar nicht erst einlassen. Ziel war vielmehr, die eigene Lage zu analysieren – so weh das auch zunächst tat – und die Perspektive selbst zu bestimmen. Auf allgemeine Zustimmung stieß die Unternehmensberaterin Susanne Seeland, die als größtes Problem -sozialisationsbedingte Defizite- formulierte und damit frauentypische Bescheidungen meinte. Aus Angst vor hierarchischen Strukturen seien die Projekte außerdem davor zurückgeschreckt, eine gemeinsame Struktur aufzubauen. Ein Verband könnte nicht nur eine Lobby darstellen, sondern auch Verwaltungsarbeit für die Mitglieder übernehmen und so Kräfte für Politik freisetzen. Eine Idee, mit der sich die meisten Frauen anfreunden könnten – zumal ihnen in Zukunft die Zwangsmitgliedschaft in einem Wohlfahrtsverband droht, wenn sie nicht auf staatliche Zuwendungen verzichten wollen.

Zur künftigen Finanzierung schlug Traude Chrysanthou von der Frauen-Anstiftung eine Mischung aus verschiedenen Konzepten vor. Weitere Staatsfinanzierung für die Projekte, die im Bereich Gewalt und anderer Kriseninterventionen arbeiten, wo der Staat nicht aus der Verantwortung entlassen werden dürfe. Zugleich müßten bürokratische Hürden abgebaut und langfristige Regelungen gefunden werden.

Anders stellte sie sich die Zukunft für hochspezialisierte Dienstleistungsprojekte vor: als selbständige Unternehmen. Solange sie keine reellen Preise für ihre Arbeit forderten, werteten die Frauen sich und Frauenarbeit überhaupt selber ab.

Als dritten Weg schlug die Expertin für die übrigen Projekte -Sponsoring- und -Fundraising- vor – Marketingkonzepte, mit denen die amerikanische Frauenbewegung schon lange arbeitet und insgesamt gute Erfahrungen gemacht hat. -Sponsoring wird über kurz oder lang die Werbelandschaft bestimmen-, schätzte sie ein. Viele Zielgruppen seien vielmehr daran interessiert, wie das Unternehmen mit Ressourcen umgehe oder welches Frauenbild es vertrete, als an herkömmlicher Werbung. Hier müßten Projektfrauen nach Berührungspunkten suchen, an denen sie mit Verbänden oder Betrieben auf der Basis mittel- oder langfristiger Verträge zusammenarbeiten könnten. Moralische oder politische Einwände der Projektfrauen wischte sie mit der Bemerkung beiseite, daß diese im Einzelfall diskutiert werden könnten: -Woher weiß man denn, ob das Geld von Vater Staat korrekt erworben ist?-

Die geringsten Probleme bereitete fast allen Anwesenden die Vorstellung, sich von Frauen-Unternehmen sponsern zu lassen. Und damit näherten sie sich dem letzten Vorschlag Chrysanthous, -Fundraising- bedeute die Ressourcen der Frauenbewegung und der Frauen in besser bezahlten Stellen zu nutzen, erklärte Sigrid Betzelt und verwies auf das Berliner Netzwerk Goldrausch.

Vorerst mag vor allem der Gedanke, SponsorInnen und SpenderInnen werben zu müssen, ungewohnt und unbequem sein – aber das ist die Bittstellerei beim Senat schließlich auch. Und eine bessere Verhandlungsposition hat ein Projekt, das sich auf die freie Wirtschaft stützen kann, dann allemal. Vorerst allerdings muß sich noch kein Projekt allein auf diesen Kampf einlassen: Der AK sagte zu, auf dem nächsten Plenum über einen Dachverband zu diskutieren. ●

Aus: Neues Deutschland

EX-JUGOSLAWIEN:

Autonome Frauenprojekte

Das Zentrum wurde von Frauen initiiert und realisiert, deren Hintergrund das erste SOS-Telefon für von Gewalt bedrohte und/oder betroffene Frauen in Ex-Jugoslawien ist. Ausgehend von ihren Erfahrungen am Telefon, stellten sie fest, daß dieses Telefon allein keine ausreichende Alternative für vergewaltigte Frauen bietet, so entstand die Idee des Frauenhauses.

Michaela Rosa, Redaktion Frauen ● Im Dezember 1990 besetzten einige Frauen der Frauengruppe Treschnjevka Räume der ehemaligen Jugendorganisation in Jugoslawien, um sie als Frauenhaus zu nutzen. Seit dieser Zeit nutzen ca. 220 Frauen und 270 Kinder diese Frauen- und Kinderschutzräume, um der häuslichen Gewalt zu entkommen.

Die Frauenhausmitarbeiterinnen stellten fest, daß die Form der Gewalt gegen Frauen und deren Kinder seit Beginn des Krieges in Ex-Jugoslawien immer mehr militaristische Formen annahm. So verwenden Männer jetzt Pistolen, Gewehre Handgranaten um ihre Macht ihren Frauen und Kindern gegenüber zu demonstrieren.

Im Frauenhaus arbeiten drei Frauen fest angestellt, sie werden von einer Gruppe unterstützt, die die Supervision oder Beratung der Mitarbeiterinnen übernimmt.

Das Frauenhaus erhielt nun von der Stadt Zagreb den Befehl die Räume zu verlassen, jedoch ohne ein adäquates Angebot für neue Räume zu machen (vgl. dazu 'Daumenschrauben für das Frauenhaus' auf dieser Seite). Das Frauenhaus Zagreb war das erste Frauenhaus in Osteuropa und ist – mit Ausnahme der Ex-DDR – das bisher einzige auf dem Gebiet der slawischen Länder.

Deshalb wollen auch die Frauen des Frauenhauses Zagreb ein Haus kaufen, um dort ein neues Frauenhaus einzurichten. Aus diesem Grund nehmen sie jederzeit gern Spenden hierfür unter folgender Kontonummer entgegen:
Creditanstalt Graz, Herrengasse, Kto-Nr.: 0882-23714/00, BLZ: 11870.

ZENSKA INFOTEKA

Ein weiteres Frauenprojekt in Zagreb ist die Zenska Infoteka. Dies ist ein Informations- und Dokumentations-Zentrum für Frauen. Ein wichtiges und wesentliches Projekt der Infoteka ist die Einrichtung einer Frauenbibliothek. Vor einer Woche ist das geplante Bulletin der Infoteka fertig geworden und wir haben alle erfreut festgestellt, daß sich aus dem ursprünglichen Plan ein Bulletin zu machen, ein Frauenmagazin entwickelt hat.

In der Zenska Infoteka arbeiten drei Frauen Vollzeit und einige sogenannte freie Mitarbeiterinnen. Desweiteren sammelt und archiviert dieses Projekt wichtige und für Frauen relevante Statistiken und Daten. Ein zukünftiger Arbeitsschwerpunkt wird die Zusammenarbeit mit dem Zentrum für Frauen Opfer des Krieges auf dem Gebiet der Dokumentation der Arbeit in den Camps sein.

Im Dezember sind von verschiedenen Frauen- und Friedensgruppen im Rahmen einer Aktion, die sich -16 Tage Aktivismus- nennt, unterschiedliche Initiativen und Angebote veranstaltet worden. Die Zenska Infoteka organisierte für diese Zeit eine Rechtsanwältin, die kostenlose Rechtsberatung für Frauen anbietet.

DIE FRAUENLOBBY

will innerhalb dieser Aktion eine Unterschriftensammlung für eine Petition zum Thema -Frauenrechte sind Menschenrechte- beginnen. Die Frauenlobby wurde initiiert, um Frauenthemen politisch zu vertreten und durchzusetzen. Alle Frauenprojekte haben, um ihren Status als gemeinnützige Organisationen zu erhalten, auf politische Meinungsäusserungen zu verzichten. Dies ist der Grund, weshalb sich Frauen aus verschiedenen Projekten entschlossen haben, die Lobby zu gründen.

Die Lobby entstand in einer Zeit, als verschiedene frauenparteiliche Journalistinnen in der staatlichen Presse einer öffentlichen -Hexenjagd- ausgesetzt waren. Sie unterstützte die Journalistinnen, indem sie öffentlich auf die Verleugnungen und Angriffe reagierte. Desweiteren startete die Lobby eine Aktion, als bekannt wurde, daß sich einige Krankenhäuser weigern, gesetzlich zugesicherte Schwangerschaftsunterbrechungen durchzuführen.

»MEDICA« ZENICA

in Bosnien ist ein Frauentherapiezentrum, welches von Monika Hauser, einer Gynäkologin aus Deutschland, aufgebaut wurde. Medica ist seit 2 Monaten durch UNHCR als sogenannter -implemented partner- anerkannt. Das heißt, die Mitarbeiterinnen von Medica haben die Möglichkeit, um nach Bosnien hinein oder hinaus zu gelangen, UN-PROFOR Helikopter zu nutzen. Dies ist eine wichtige Erleichterung für die Arbeit von -Medica-.

Ca. 500 Frauen werden in -Medica- kontinuierlich ambulant behandelt. 22 Frauen und 14 Kinder werden z.Zt. stationär in Medica I betreut. Medica II ist ein Wohnkomplex, in dem momentan 16 Frauen und 15 Kinder leben. Dieser Wohnkomplex besteht aus einem einstöckigen und zwei zweistöckigen Häusern. Die Frauen von Medica II machen in einer nahegelegenen Textilfabrik gerade einen Nähkurs. Von ehemals 500 Näherinnen dieser Fabrik arbeiten noch 50 dort, weil durch die Blockade weder Materialien hinein, geschweige denn fertige Produkte heraus kommen. Andere Frauen aus Medica II absolvieren gerade einen Keramikkurs oder werden als Elektrowicklerinnen angelernt. Die Kinder werden täglich von einer Lehrerin unterrichtet.

Medica III liegt 35 km von Zenica entfernt in Visoko, einer Stadt direkt an der Frontlinie. Die Stadt wird von serbischen Heckenschützen belagert und seit Monaten nun auch von der kroatischen HVO granatiert. Medica III ist ein grosses zweistökkiges Haus für insgesamt 20 Frauen und Kinder. Momentan leben dort 6 Frauen mit ihren Kindern, einer Köchin und Krankenschwester. Die Besitzerin des gemieteten Gartengrundstükkes lehrt die Frauen Gartenbau. Die Frauen kauften jetzt ihre erste Kuh, die sie erst auf Probezeit hatten, doch
als sie feststellten, daß diese Kuh 17 l Milch pro Tag gibt, entschlossen sie sich unverzüglich und kauften sie.

KOSTBARKEIT DIESEL

Der Schwarzmarktpreis für einen Liter Diesel in Zenica liegt zwischen 17 und 20 DM. Medica braucht dringend Diesel, um Frauen zu bestimmten Untersuchungen ins Krankenhaus zu fahren, um Besuche in entfernteren Flüchtlingslagern machen zu können oder um Frauen aus Visoko zu Untersuchungen nach Zenica zu bringen. Doch der ersehnte Konvoi mit Dieselnachschub ist noch immer nicht gekommen. ●

ZAGREB:

Frauen-Flüchtlings-Haus

Michaela Rosa, Redaktion Frauen ● Das Zentrum wurde im Dezember 1992 gegründet und seit Februar arbeiten 24 Aktivistinnen in 13 verschiedenen Camps in und um Zagreb. Ca. ein Drittel der Frauen sind aus Bosnien und somit selbst Flüchtlingsfrauen. Diese Frauen unterstützten in den Camps die Bildung von Selbsthilfegruppen, sie bieten professionelle Einzelberatung an, sie unterstützen die Frauen in den Camps mit wichtigen rechtlichen Informationen, vor allem im Zusammenhang mit ihrer Situation als Flüchtlinge in Kroatien. Sie fanden Ärzte, die bereit sind, Flüchtlinge zu behandeln. Ebenso verteilen sie finanzielle und humanitäre Hilfe an die Flüchtlingsfrauen. Ein wesentlicher Arbeitsschwerpunkt ist die Unterstützung der Frauen, die in ein drittes Land ausreisen wollen.

Insgesamt arbeiten 30 Frauen im Zentrum. Die anderen sechs Frauen sind verantwortlich für die Büro- und Projektorganisation, die Organisation der Ausbildung für die Aktivistinnen, die Finanzplanung und -beschaffung, die Kommunikation mit ausländischen Delegation etc. Einmal pro Woche treffen sich regelmäßig 2 Selbsthilfegruppen von Flüchtlingsfrauen im Zentrum, die privat in Zagreb wohnen. Ihre Situation unterscheidet sich in manchen Punkten wesentlich von der der Frauen in den Camps. Sie leben isoliert, erhalten keinerlei oder nur wenig finanzielle oder andere Unterstützung, die Chancen, einen Job zu kriegen sind für Flüchtlinge sehr gering.

Seit ca. einem Monat werden 14 neue Frauen ausgebildet, um ab Januar in den Camps arbeiten zu können.

Unsere nächsten Pläne sind, ein Haus für Flüchtlingsfrauen zu kaufen und eine Kooperative zu organisieren, die die Unterhaltungskosten des Hauses selbst erwirtschaften kann. Somit schaffen wir gleichzeitig Arbeitsplätze für Frauen.

Das Ziel des Zentrums ist es, Flüchtlingsfrauen darin zu unterstützen, soviel Kontrolle über ihr Leben, wie unter den jeweiligen, speziellen Umständen der Frauen möglich ist, zurück zu erlangen. Das Zentrum ist eine gemeinnützige, nicht staatliche und feministische Organisation.

Wir sind jederzeit sehr empfänglich für Spenden, die uns helfen, das Frauen-Flüchtlings-Haus-Projekt zu realisieren, Häuser kosten in Zagreb zwischen 300.000 und 400.000 DM.

Spendenkonto: Creditanstalt Graz, Herrengasse, Kto-Nr.: 0882-20132/00, BLZ: 11870

KURZMELDUNGEN:

Projektvorstellung:

Das FrauenUmweltNetz

WARUM?

Der Stellenwert der Umweltbildung für eine Verbesserung der ökologischen Situation ist heute allgemein bekannt und anerkannt. Dies gilt allerdings vorrangig für -gemischte- Projekte und Bildungsträger, Frauenprojekte und Frauenbildungsmaßnahmen sind in diesem Bereich nach wie vor sehr dünn gesät und haben mit vielfältigen Schwierigkeiten zu kämpfen: Angefangen bei der Finanzierung bis hin zur Akzeptanz bei Arbeitsämtern und auf politischen Ebenen.

Um diese Situation zu verbessern, haben wir FUN – das FrauenUmweltNetz ins Leben gerufen. Es wird – so hoffen wir – sowohl die Kooperation zwischen den Frauen-Umweltprojekten erleichtern als auch vereinzelt arbeitenden Frauen die Möglichkeit zu fachlichem Austausch und zur Kontaktaufnahme mit Kolleginnen geben. Darüber hinaus soll das Thema Frauen und Ökologie stärker in die öffentliche Diskussion gebracht und die Leistungen von Frauen im Bereich Umweltpolitik und Umweltbildung deutlich gemacht werden. Wir wünschen uns, daß mit Hilfe des FrauenUmweltNetzes eine gemeinsame Öffentlichkeitsarbeit und Lobbypolitik entwickelt wird, damit in Zukunft unsere Arbeit in der Öffentlichkeit, in Fachkreisen und last but not least bei Geldgebern mehr Anerkennung und Unterstützung erfährt.

WER?

Das Netzwerk richtet sich an:

- ○ Träger von Ausbildungs-, Weiterbildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen sowie Bildungsstätten, die bei ihrer Arbeit einen Schwerpunkt in der Frauenbildungsarbeit im Umweltbereich haben oder einrichten möchten
- ○ Dozentinnen und Anleiterinnen, die Kurse im Umweltbereich für Frauen anbieten oder zukünftig anbieten möchten (jedweder Qualifikation, von der Ingenieurin über die Ökonomin und Pädagogin bis zur Handwerkerin)
- ○ Projektorganisatorinnen, die in dem genannten Bereich arbeiten
- ○ Frauen, die im Umweltbereich arbeiten und am Austausch mit Kolleginnen interessiert sind oder für Vorträge, Kursangebote zur Verfügung stehen

WAS?

Das FrauenUmweltNetz wird als Servicestelle folgende Leistungen anbieten bzw. organisieren:

- ○ Regelmäßiger Erfahrungsaustausch
- ○ Informationstransfer via Mailbox und Rundbrief
- ○ Gegenseitige Unterstützung und Hilfe
- ○ Fachbezogene Weiterbildungen und Tagungen
- ○ Gemeinsame PR-Kampagnen
- ○ Mitarbeit in Gremien der Umweltbildung
- ○ Unterstützung regionaler Kooperationen
- ○ Datenbanken zu:
  - – Finanzierungsquellen
  - – -who is who- in der Frauenumweltbildung
  - – Weiterbildungsangeboten

Das FrauenUmweltNetz ist ein Projekt von LIFE
– Frauen entwickeln Ökotechnik e.V.
Dircksenstraße 47 · 10178 Berlin
☎ (0 30) 282 69 59 · FAX (0 30) 208 43 98

NRW-WIEDEREINGLIEDERRUNGSPROGRAMM

Tagung zum NRW-Landesprogramm für Berufsrückkehrerinnen

Ende September kamen auf Einladung der G.I.B.-Landesberatungsstelle und des Arbeitsministeriums NRW rund 200 TeilnehmerInnen nach Bottrop. Das Landesprogramm fördert Berufsrückkehrerinnen, die nach mindestens dreijähriger Unterbrechung wieder zurück in den Beruf wollen.

Neben einer monatlichen Aufwandsentschädigung erhalten alleinerziehende Teilnehmerinnen in Qualifizierungsmaßnahmen auch Kinderbetreuungskosten erstattet. Wichtig bei der Verteilung der knapp sechzehn Millionen DM ist eine landesweite regionale Streuung der Gelder sowie qualitative Aspekte der Projektgestaltung. Ein besonderes Augenmerk gilt der Kooperation mit Betrieben, die die Integration der Berufsrückkehrerinnen verbessern soll. Darüber hinaus ist an eine Verzahnung von Landesgeldern mit den Mitteln der Bundesanstalt für Arbeit gedacht. Selbstverständlich werden nur solche Projekte gefördert, denen auch eine arbeitsmarktpolitische Sinnhaftigkeit bestätigt werden kann.

Die Referenten aus dem Arbeits- und Frauenministerium wiesen auf die düstere Situation des NRW-Arbeitsmarktes hin und räumten ein, daß auch hier ein Nachholbedarf an zielgruppenorientierter Arbeit mit Frauen und Berufsrückkehrerinnen bestehe. Unter dem Eindruck des nahezu völligen Ausfalls der Arbeitsmarktpolitik der Bundesregierung durch die 10. AFG-Novelle wurde die frauenspezifische Situation auf dem Arbeitsmarkt analysiert: der positive Anstieg der Frauenbeschäftigung ist gestoppt, die Arbeitslosenquote steigt wieder an. Angesichts des Rückgangs der Teilnahme von Frauen an Fortbildungs- und Umschulungsmaßnahmen in den ersten acht Monaten dieses jahres um 50%, bleibt zu hoffen, daß dieses Programm vielen Berufsrückkehrerinnen in NRW den Weg in den ersten Arbeitsmarkt ebnet.

Ungeachtet dieser Trends planen nach Angaben des Frauenministeriums in NRW ca. 625.000 Frauen ihre Berufsrückkehr. Allein in diesem Jahr suchen 132.000 Frauen den Weg zurück in den Beruf. Bundesweit hatte sich die Zahl der Berufsrückkehrerinnen zwischen 1984 und 1992 mehr als vervierfacht.

Im Zentrum der anschließenden Diskussion stand die Frage, wie die Frauenprojekte nit diesem geringen Mittelansatz gefördert werden können und wie spezifische Probleme der Projektfinanzierung – z.B. der Personalkostenbereich und die Spielräume bei der Beschaffung von Drittmitteln – gelöst werden können.

Dabei brachten einige Teilnehmerinnen ihre Erfahrungen mit Wiedereingliederungsprojekten zum Ausdruck, denn eine arbeitsmarktpolitische Frauenförderung ist in NRW keine Neuheit. Bereits 1989 finanzierte das Arbeitsministerium ein Modellprogramm, das sich speziell an Berufsrückkehrerinnen richtete. 450 Frauen konnten mit Hilfe von zwölf arbeitsmarktpolitischen Projekten den Weg in den Beruf finden. Eine Evaluationsstudie hatte ergeben, daß die dort eingesetzten Gelder ihren Zweck voll erfüllten. Anders als klassische Berufsbildungsmaßnahmen glänzten diese Frauenprojekte mit qualitativ hochwertigen Konzepten, die von der Orientierung bis hin zur Nachbetreuung der Teilnehmerinnen reichten und konnten somit eine niedrige Abbruchquote während der Maßnahme und eine hohe Übergangsquote von 80% in den ersten Arbeitsmarkt verzeichnen.

FRAUEN & COMPUTER

Mönchengladbach:

Frauen steigen ein – und auf!

In diesem Monat öffnet in Mönchengladbach die Firma -Frauen-Computer-Training- ihre Tore. Frauen und Computer – zwei Welten? Keineswegs! Im Raum Düsseldorf – Köln – Mönchengladbach gibt es viele Software-Schulen die männerorientiert sind, obwohl Frauen am meisten von der EDV-Einführung betroffen sind. Frauen trauen sich in gemischten Kursen oft nicht, Verständnisfragen zu stellen. In reinen Frauenkursen erleben die Teilnehmerinnen eine entspannte Atmosphäre, Verständnisfragen werden offen gestellt, es wird mehr Teamgeist entwickelt. Das Programmheft für Januar bis März liegt vor – 80 % der Kurse sind für Frauen, 20% sind speziell für Frauen und Männer ausgeschrieben. Das Programm kann bestellt werden über:
Frauen-Computer Training · Vierhausstr. 23
41236 Mönchengladbach.

NICARAGUA-SERIE TEIL 3: INTERVIEW MIT EINEM SEKRETÄR DER LANDARBEITERiNNENGEWERKSCHAFT ATC

APT: Erfahrungen auch in Europa nutzen

In dieser Ausgabe wollen wir die von uns begonnene Berichterstattung und Diskussion zur Situation in Nicaragua mit einem Interview mit José Adan Rivera fortführen. Dieser ist Organisationssekretär der LandarbeiterInnengewerkschaft ATC. Auf Einladung des Informationsbüro Nicaragua hat er im Frühjahr 1993 für einen Erfahrungsaustausch mit dem bundesdeutschen Selbstverwaltungssektor eine Rundreise durch die BRD gemacht. Er bewertet das Projekt und die Perspektiven des APT.

FNT-Demo

Foto: Informationsbüro Nicaragua

Informationsbüro: Welche Bedeutung hat Eigentum an Produktionsmittel für die LandarbeiterInnengewerkschaft ATC?

José Adan: Unser Ziel, wie es auch von den übrigen Gewerkschaften Nicaraguas und Mittelamerikas geteilt wird, ist, daß die Volkssektoren für ihre Kämpfe eine eigene ökonomische Basis schaffen, und deshalb ist das Eigentum eines unserer wesentlichsten Gewerkschaftsziele. Dieses Ziel steht neben unseren traditionellen Zielen, zuerst der Arbeitsplatz, dann der ausreichende Lohn und jetzt noch das Eigentum; letzteres nicht als Selbstzweck sondern als Instrument, welches rentabel anzuwenden ist, um Ressourcen zu schaffen, welche persönliche Bedürfnisse befriedigen, aber auch eine Basis sind, auf der die organisierten Volkssektoren ihre Kämpfe führen. (...)

Ist der APT (1) Antwort auf das neoliberale Programm der Reprivatisierung oder entspringt er einer bewußten Weiterentwicklung des ehemaligen APP-Sektors?

Der APT ist nicht automatisch aus der Privatisierung geboren, er ist die organisierte Zusammenfassung der Errungenschaften der Revolution. Er hat seine Vorläufer in den verschiedensten Formen der Kontrolle und Beteiligung der ArbeiterInnen des APP (2). Da der Charakter des Staates sich geändert hat, übernehmen die ArbeiterInnen direkt die Kontrolle und die Verwaltung eines Teils der Produktionsmittel und der Ländereien und bearbeiten sie zu ihrem eigenen direkten Nutzen. Vor einigen Jahren war es für eine Gewerkschaft eine Sünde, von Eigentum zu sprechen. Heute ist es auch für die lateinamerikanische und für die europäische Linke ein Thema. In diesem Rahmen sind die selbstverwalteten Betriebe in Europa,

»... Erfahrungen des APT (mit Technologien, neuen Eigentumsformen, im Umweltschutz, im Respekt vor Menschenrechten) sollen als Beispiele für andere Sektoren dienen ...«

die Dritte-Welt-Läden, das Alternativ-Handeln-System zu sehen, wodurch die Grundlagen geschaffen werden für einen Wirtschaftsaustausch von Volk zu Volk, mit gerechteren und humaneren Beziehungen, angelegt auf den Schutz der Umwelt, humaneren und attraktiveren Arbeitsbedingungen, damit die Arbeit von der Geißel zur Lebensspenderin wird. (...)

Wie unterscheidet sich der APT von den traditionellen Kooperativen bezüglich seiner inneren Verwaltungs- und Partizipationsformen?

Die Kooperativen sind der erste Schritt der ökonomischen und sozialen Organisation der ArbeiterInnen und BäuerInnen. Der APT ist ein höheres Niveau der Betriebsorganisation eines strukturierten und organisierten Zusammenschlusses von kleinen angeschlossenen ProduzentInnen, wo klar unterschieden wird zwischen Eigentum, persönlicher Verantwortung, Organisation der Arbeit – mit klaren Wegen der Entscheidungsfindung unter breiter Beteiligung. Um im System von Angebot und Nachfrage zu überleben, müssen die Kooperativen untereinander Beziehungen aufnehmen, um sich als ökonomischen Volksblock darzustellen, der den großen kapitalistischen Betrieben möglichst wenig Kapital überlässt. (...)

Welche Erfahrungen der Kooperativen habt ihr positiv genutzt, welche Defizite habt Ihr bei der Organisation des APT bewußt vermieden?

Das positive am Kooperativensektor ist die Bekräftigung der familiären und individuellen Interessen. Das heißt, die Kooperative stützte das persönliche Eigentum, die direkteste Aneignung der Produktionsmittel durch die Person oder Familie. Dann das System der Beziehungen, der Zusammenarbeit, das sie aufbauten zwischen den Familien oder Personen, ... das sind Basisprinzipien der Kooperativen, die gut sind. Die Defizite der nicaraguanischen Landkooperativen, die der APT überwinden soll, liegen in der Organisation der Arbeit. Die individuelle Verantwortung in der Arbeit muß mit einer internen administrativen Organisation der Aktivität dieser Person verbunden werden, um auch den Interessen des Kollektiv gerecht zu werden, das sich ja schließlich mit Grund zusammengeschlossen hat. So stellt der APT diese notwendige Ordnung zur funktionsfähigen Zusammenarbeit der ProduzentInnen auf. Das geschaffene arbeitsorganisatorisch-technische Verwaltungssystem führt im APT zu einer höheren Effizienz. Das zweite neue Element ist die Koordination der Selbstverwaltungseinheiten untereinander. Es gibt Vereinigungen auf verschiedenen Ebenen bis hin zum integrierten Gesamt-APT. Sie erreichen dadurch einen besseren Grad von Planung, Wettbewerb und Kooperation, gemeinsame Kreditverhandlungen und Einkäufe, gemeinsame Nutzung von Agrartechnologien etc. Indem sie sich als Block formieren, können sie im Vergleich zu anderen Produktionssektoren ein größeres Gewicht in der globalen Wirtschaft einnehmen und die Wirtschaftspolitik des Landes bestimmen. (...)

Wenn die ArbeiterInnen EigentümerInnen der Betriebe sind, welche Rolle spielt da noch die Gewerkschaft?

Die ATC ist kein Apparat, sie ist die Summe aller Aktivitäten der ArbeiterInnen, eine politische Bewegung. Sie betreut den Privatsektor, Kooperativen, landlose ArbeiterInnen und den APT: Die Rolle der ATC besteht politisch und sozial in der Förderung, Verteidigung und Unterstützung des APT und in der Entwicklung der Solidarität. Das heißt, die ATC verteidigt im APT die Ziele der Rentabilität, der Effizienz und der solidarischen Projektion auf andere ArbeiterInnensektoren im Kampf. Die ATC im eigentlichen Sinne führt nicht die Verhandlungen der einzelnen Betriebe, die ja dezentralisiert und selbstverwaltet organisiert sind.

(...) Die ATC koordiniert für den APT die internationale Unterstützung oder die der Regierung, des Staates und der Nichtregierungsorganisationen. Kurz: die ATC ist die politische Verbindung des APT, wie auch der Kooperativen und anderer Eigentumssektoren.

Kritiker sagen, daß der Kampf für den APT nur einer Minderheit nützt, da er nur den geringsten Teil der LandarbeiterInnen beschäftigt.

Das ArbeiterInneneigentum im APT ist kein Selbstzweck, dann würden wir dem Individualismus in die Falle gehen. Der APT als Wirtschaftssystem dient als weiteres Instrument im Klassenkampf. Er ist ein Beispiel für humane Produktionsbeziehungen, für gegenseitigen Respekt und Verantwortung; die Früchte der Arbeit werden bewußt und gerecht verteilt; das Konzept des individuellen ist auf den kollektiven Nutzen erweitert. Wenn z.B. über Schulbildung entschieden wird, geht es um die Kinder des ganzen Dorfes und nicht nur um die der APT-BesitzerInnen. Wenn ein Gesundheitsposten eröffnet werden soll, ist er für die ganze Gemeinde. Technologische Erfahrungen, Eigentumsformen, Umweltschutz, Respekt vor Menschenrechten, aber auch eine steigende Rentabilität oder höhere Lebensqualität sollen als Beispiele für andere Sektoren dienen: Um in Privatbetrieben Druck auf die Bourgeoisie auszuüben oder in Kooperativen das Niveau der Betriebsorganisation und Effizienz zu erhöhen.

Welche wirtschaftlichen Perspektiven siehst Du für den APT unter marktwirtschaftlichen Bedingungen? Ist er trotz Verschuldung, politischem Druck und mangelnden Krediten wettbewerbsfähig?

(...) Die APT-Betriebe sind die rentabelsten des Landes mit den besten Ländereien, den besten Industrien. Im Kaffeesektor haben die APT-Betriebe die doppelte Produktivität des nationalen Durchschnitts. Das Problem liegt in den privaten und staatlichen Finanzorganisationen, besonders wenn die Regierung sich an den Großunternehmern orientiert. Wenn wir günstige Kredite von ausländischen Freunden, Solidaritätsgruppen, Unternehmen bekommen, haben wir gute Startbedingungen. Der APT darf sich nicht auf Mittelamerika beschränken, er muß sich als Konzept und Praxis auf Europa und die ganze Welt ausdehnen. Hier gibt es Beispiele in den europäischen Kooperativen: Im deutschen Selbstverwaltungssektor – auch die Drittweltläden sind selbstverwaltete Einheiten –, in Unterstützungsbüros dieser Bewegung und anderen Ausdrucksformen dieser Kraft. Es braucht eine ökonomische und soziale Solidarität in beiden Richtungen unter gegenseitigem Vorteil, denn es gibt hier wie dort Probleme. Wir müssen also zuerst eine bessere Kommunikation aufbauen, um die gegenseitigen Erfahrungen auszutauschen. Anschließend könnten direkte Partnerschaften zwischen selbstverwalteten Kollektiven, Solidaritätskomitees, Gewerkschaften, fortschrittlichen UnternehmerInnen der BRD und ArbeiterInnenbetrieben in Mittelamerika aufgebaut werden. Ferner könnten diese Gruppen einen gemeinsamen europäischen Fonds für den APT oder den Wirtschaftssektor des Volkes gründen. Dieser Fonds könnte hier wie dort in Betriebe des Volkes investiert werden. Die Solidaritätsbewegung sollte sich nicht auf den Verkauf von Drittweltprodukten beschränken, sondern die Vermarktung auf alle Produkte mit gerechten Preisen ausdehnen. Die Mehrerlöse sollten in den Solidaritätsfonds fließen. Es gilt die Funktionsweise des Wirtschaftssystems im eigenen Sinne zu nutzen und nicht zu zerstören, sondern in humaner Richtung weiterzuentwickeln. Die Ziele einer gemeinsamen Partnerschaft wären z.B. Kreditaustausch und gemeinsame Investitionen, Austausch von Technologien und ExpertInnen verschiedener Wirtschafts- und Produktionssparten und die gegenseitige Ausbildung. ●

Zum Weiterlesen: Nicaragua – 2 Jahre nach dem Regierungswechsel, Nov.1992, DM 10,–. Der Arbeitereigentumssektor (APT) und die Landfrage in Nicaragua, Dokumentation, Juli 1993, DM 5,–. Der APT: Soziales Eigentum für Nicaraguas ArbeiterInnen?, Materialsammlung, Nov.1993, DM 10,–. Alle hrsg.von Informationsbüro Nicaragua e.V.

(1) APT ArbeiterInneneigentumssektor
(2) APP Volkseigene Betriebe (Staatssektor)

AUSSCHREIBUNG:

Besuchsreise beim APT in Nicaragua

Da neben den Ansätzen zur Kooperativenökonomie und denen der feministischen Bewegung dem APT erhebliche Bedeutung für die nicaraguanische und mittelamerikanische Entwicklung zukommt, ist die Beschäftigung mit diesem neu entstandenen arbeiterInneneigenen Sektor (APT) einer der Schwerpunkte unserer Arbeit. Wir bewerten diese Neuansätze einerseits als unmittelbare aus der Not geborene und notwendige Verteidigungsmaßnahmen der LandarbeiterInnen zur schlichten Sicherung ihrer Lebensexistenz. Ihr Erfolg hängt von unterschiedlichen Faktoren ab:

- können sie das nötige Geld zur Schuldendeckung aufbringen?
- sind die Betriebe in der Konkurrenz existenzfähig?
- produzieren sie rentabel und können ausreichenden Lohn garantieren?
- gründet sich die Beziehung zwischen einzelnen Betrieben auf Solidarität oder auf Betriebsegoismen?
- wie ist es mit den Beziehungen nach außen, z.B. gegenüber besetzten Betrieben, Land- und Arbeitslosen, Landfrauenkomitees?

Andererseits kann der APT ein Organisationsmodell für die direkte und unmittelbare Partizipation der ArbeiterInnen sein. Angesichts des weltweiten Vormarsches des Neoliberalismus gibt es kaum noch Grund zur Hoffnung auf einen Staat, der selbst Regulativ ist für die wirtschaftlichen Austauschbeziehungen, der mit protektionistischen Maßnahmen die nationale Wirtschaft schützt und selbst einen eigenen Produktionssektor – den volkseigenen Sektor – betreibt, in dem die LandarbeiterInnen tarifvertragliche soziale und gewerkschaftliche Rechte genießen und an den betrieblichen und nationalen Entscheidungen direkt bzw. über ihre Organisationen beteiligt sind. Daß der Staat diese Rolle auch in Nicaragua verloren hat, muß Ausgangspunkt für neue gewerkschaftliche Konzeptionen insbesondere bezüglich Selbstverwaltung und Produktionseigentum sein.

Bietet der APT Ansatzpunkte in diesem Sinne, Erfahrungen der Arbeiterbeteiligung in Staatsbetrieben und in genossenschaftlich geführten Landkooperativen aufzugreifen und in einer neuen Synthese zu vereinigen? Nehmen die ArbeiterInnen wirklich unmittelbar Einfluß auf die Betriebsorganisation, auf Gewinnverteilung, auf Arbeitsbedingungen sowie auf die Produktdiversifizierung und die Vermarktung?

Der APT bietet aber auch Ansatzpunkte für die Diskussion um Entwicklungsmodelle und einen sinnvollen Austausch zwischen erster und dritter Welt im Rahmen des internationalen Handelssystems. Hier geht es insbesondere darum, die traditionelle Weltmarkt- und Exportorientierung zurückzudrängen zugunsten des Anbaus von Grundnahrungsmitteln. Innerhalb der Exportbereiche geht es um eine Produktdiversifizierung, die sowohl einen Ausweg aus Abhängigkeiten bietet als auch die wachsenden ökologischen und gesundheitlichen Folgen von Monokulturen wie der Baumwolle beseitigt. Es geht weiterhin um die Experimentierung mit ökologischen und bioorganischen Anbaumethoden bis hin zu langfristigen Bodennutzungskonzepten unter dem Gesichtspunkt der Umweltverträglichkeit. Und nicht zuletzt geht es um gerechte Preise.

Indem wir die Erfahrungen öffentlich machen und diese Diskussion begleiten, wollen wir zu einem Erfahrungsaustausch zwischen APT und bundesdeutschen Kollektivbetrieben bezüglich Selbstverwaltungsansätzen und zu einer Neubewertung von Kollektiveigentum in der bundesdeutschen Linken beitragen.

Dieser Erfahrungsaustausch, der in den Zeitschriften des Selbstverwaltungssektors und der Solidaritätsbewegung, in Seminaren und mit der Erstellung von Materialsammlungen begonnen hat, soll auf einer Delegationsreise vertieft werden. Die Reise findet statt vom 24.4.-22.5.94. Sie richtet sich an Mitglieder von Selbstverwaltungsbetrieben, Dritte Welt Läden und Mittelamerika Komitees. Wir erwarten einen Teilnehmerkreis von ca 15-20 Personen. Gemäß dem oben abgesteckten Rahmen bezweckt die Reise:

- Kennenlernen der selbstverwalteten Strukturen, vornehmlich in den landwirtschaftlichen Bereichen;
- Erfahrungsaustausch mit den dort Arbeitenden;
- Beteiligung an der gewerkschaftlichen Diskussion;
- Diskussion um Entwicklungsmodelle;
- Erweiterung der Diskussion um »fairen Handel«;
- Erfahrungen der bundesdeutschen Selbstverwaltungsbetriebe einbringen und diskutieren;
- Unmittelbare Zusammenarbeit anstoßen, z.B. Vernetzung, Betriebspartnerschaften, Praktika und Ausbildungskooperationen, joint ventures, Handel, Unterstützung in juristischen Fragen (z.B. partizipationsförderliche Betriebsorganisationen).

Besuche und Gespräche sind geplant bei:

- APT Betrieben in der Landwirtschaft;
- zwei APT Industriebetrieben;
- einer Dienstleistungskooperative, zum Vergleich auch einer Agrarkooperative;
- den Handels- und Vertretungsstrukturen des APT und Kooperativsektors;
- Gewerkschaften;
- Sozialforschungs- und Fördereinrichtungen;
- Landfrauenkomitees und besetzten Betrieben.

Trotz eines randvollen interessanten Programms mit vielen Kontakten und Besuchen wird es zwischendurch auch Gelegenheit zum Entspannen und zum »Sacken lassen« geben.

Das Informationsbüro Nicaragua wird zur Fundierung der Reise 3-4 Vorbereitungsseminare, eine intensive Betreuung vorort und zwei Nachbereitungsseminare anbieten. InteressentInnen bitten wir, sich ganz schnell bei uns zu melden, damit wir Euch detailliertere Informationen geben und die Vorbereitung weiter planen können.

Informationsbüro Nicaragua (Klaus und Thomas)

Anschrift:
Informationsbüro Nicaragua
Postfach 101320 · 42013 Wuppertal

HAMURG-ST. PAULI: HAFENSTRASSE

»Der Senat hat seinen Anspruch verwirkt...«

Im November entschied das Landgericht in der letzten Instanz über die Rechtmäßigkeit der Kündigung der Mietverträge in der Hafenstraße. Streitpunkt war, ob der Kündigungsschutz für gewerbliche Zwischenmietverträge, der im September 1993 umfassender geregelt wurde, auch auf den Hafenstraßen-Vertrag anzuwenden sei. Wie zu erwarten, entschied sich das Landgericht gegen die Anwendbarkeit und setzte den BewohnerInnen ein Räumungsultimatum bis zum 28.2.1994 (in einem Fall bis zum 31.5.94). Mitte Dezember gab es die letzten noch offenen Räumungsurteile. Damit ist der Weg frei für die »rechtsstaatlich einwandfreie« Räumungslösung, die der Senat seit Abschluß der 87er Verträge konsequent verfolgt hat. Juristisch ist noch der Weg vor das Verfassungsgericht offen. Letztendlich kann es aber nur eine politische Lösung geben, ein Umdenken der verantwortlichen und eine Abkehr von der Vernichtungs- und Rachelogik...
Nachfolgend dokumentieren wir einen Flugblatt-Text vom 17.12.1993, in dem die alltäglichen Schikanen von Senat und der vermietenden »Hafenrand GmbH« dargestellt werden.

Redaktion Heidelberg ● »Wir lassen die Hafenrand GmbH unsere Häuser nicht mehr betreten. Ab jetzt werden wir unsere Energie nicht mehr damit verschwenden, das Ende eines sowieso gescheiterten Vertrages möglichst lange herauszuzögern. Wir werden neues in Angriff nehmen.

Wir mußten Dirksen (Geschäftsführer der Hafenrand GmbH) den heutigen Tag als Begehungstermin nennen, um nervige und teure Prozesse zu vermeiden. Dirksen hatte den Termin verlangt, weil vor dem Haus ein Schutthaufen lag – womöglich hat es ja sogenannte »bauliche Veränderungen« gegeben, und das interessiert ihn natürlich brennend. Vielleicht läßt sich daraus ja die 138. Kündigung schmieden. Es gab auch Umbauten. Das geht bloß Dirksen nichts an.

Dieser Schritt ist lange überfällig. Lange Jahre mußten wir uns immer wieder und wieder mit Dirksen rumschlagen. Von Anfang an war klar, daß er nur angetreten ist, um uns zu räumen (vgl. Kasten). Immer wieder ging es darum, keine neuen Kündigungsgründe zu liefern und Zeit zu gewinnen. Dafür hatten wir ständig nervigste Auseinandersetzungen um Begehungstermine, Verfügungen und Prozesse.

Und nicht zuletzt haben wir Monat für Monat einen Haufen Geld (13.000 DM) zur Hafenrand GmbH geschleppt. Insgesamt haben wir allein an Miete (ohne Betriebskosten) ca. 132.000 DM an Dirksen gezahlt – wir bezahlen unseren eigenen Henker. Und daß, obwohl wir wissen, daß davon nicht eine Mark in die Häuser zurückfließt.

Im Gegenteil: Wir führen jede Menge Baumaßnahmen von der durchlöcherten Regenrinne über Schwammsanierung und Lichtschachtverglasung bis hin zu zig kaputten Fallrohren mit eigenem Geld und eigener Arbeitskraft durch. Hätten wir das nicht all die Jahre gemacht, wären die Häuser lange wirklich unbewohnbar (und sie sind wirklich schön). Dafür überzieht Dirksen uns dann mit Unterlassungsklagen incl. Androhung von Zwangsgeld (wie bei der Lichtschachtverglasung) und Strafanzeigen (wegen Sachbeschädigung!). Oder er läßt, nach einer Fassadenrenovierung mit einem Riesenpolizeieinsatz unser Gerüst klauen, das wir dann für 15.000 DM wieder auslösen müssen. Wir waren für Fassadenrenovierungen immer auf Blitzaktionen an Tagen angewiesen, an denen sich Dirksen keinen Polizeieinsatz leisten konnte, am letzten Hafengeburtstag zum Beispiel.

Die größte Gefahr – mal aus der Sicht der Häuser gesehen – heißt Voscherau. Gar keine Gefahr besteht dagegen, wenn Leute von uns aus was an den Häusern machen... Das Haus freut sich, wenn es eine unserer »illegalen« Baustellen auf sich zukommen sieht, und das Lachen bleibt ihm im Schornstein stehen, wenn dann Dirksen mit seinen Unterlassungsverfügungen und Begehungen kommt.

Voscherau sieht sich jetzt nach den Urteilen endlich am Ziel seiner Träume. So kann man sich täuschen.

○ Wir leben hier seit zum Teil 10 Jahren und länger – einige von uns wurden hier geboren. Die Hafenstraße ist für uns existenziell, und genauso werden wir auch drum kämpfen. Seit Jahren wird unsere Existenz hier in Frage gestellt und angegriffen. Das zehrt an uns und soll uns kaputt machen. Wir haben ein Recht, hier zu leben und darüber gibt es nichts zu verhandeln. Die ganze Diskussion um Räumung und Abriß muß endgültig vom Tisch.

○ Der Senat hat seinen Anspruch auf die Häuser verwirkt. Er hat keinen Finger krumm gemacht, um sie zu erhalten. Alle notwendigen Arbeiten sind von uns gemacht worden. Die Häuser gehören sowieso uns.

○ Eine Konstruktion, in der ein Senat oder ein Bürgermeister über das Eigentumsrecht die Entscheidungsgewalt über unsere gemeinsame Existenz oder Nicht-Existenz hat, scheidet für uns als Möglichkeit aus. Die Fortführung der Dirksen-Variante sowieso. Und wenn sie nicht gestorben sind, prozessieren sie noch heute.

○ Wir wollen unsere Häuser den Menschen anpassen, die hier leben und nicht andersherum. Wenn Umbauten in den Häusern notwendig sind, brauchen wir keinen Vermieter, der uns das erlaubt. Wir achten selber darauf, daß uns nicht die Mauern einstürzen. Solange der Abriß der Häuser auf der Tagesordnung steht, ist es absurd, bauliche Mängel feststellen zu wollen.

○ Wir wollen unsere Häuser nicht als »Privatbesitz«. Schlimm genug, daß Wohnraum überhaupt Ware sein kann. Wir können uns eine »Vergesellschaftung« unserer Häuser vorstellen. Deswegen haben wir als Rechtsform die Genossenschaft ausgesucht. In der Genossenschaft »St. Pauli Hafenstraße«, die es schon gibt, sind wir als BewohnerInnen Gleiche unter Gleichen; wir wollen sie als Trägerin der Häuser – innerhalb der Genossenschaft verwalten wir uns selber. Unsere Entscheidungen wollen wir weiter auf unserem Plenum bzw. in den Hausgemeinschaften treffen. Das Genossenschafts-Modell verlangt von uns die Bereitschaft zur Auseinandersetzung mit den Leuten, die bereit sind, die Verantwortung für die Häuser mitzutragen (schon jetzt sind das mehr als 500). Und die Bereitschaft haben wir auch. Wir setzen uns mit allen auseinander, die unser Existenzrecht anerkennen.

○ Daß wir bleiben und drumrum unsere FreundInnen & NachbarInnen vertrieben werden, weil die Mieten unbezahlbar sind, soziale Einrichtungen schließen, auf dem DFDS-Gelände ein Monster-Aquarium und ein Luxushotel entsteht und Dirksen uns seinen stumpfen Neubau vor die Nase setzt, kann es jedenfalls nicht sein. Die BewohnerInnen St. Paulis haben da eigene Vorstellungen und wissen selber am besten, was sie brauchen. ●

DER SENAT UND DIE HAFENSTRASSE

Es war für uns nicht besonders überraschend, daß unser Verhältnis zu Dirksens Hafenrand GmbH sich so entwickeln würde: Schließlich war Dirksen schon in früheren Zeiten (bei der »SAGA«) mit Räumungsklagen gegen uns beschäftigt. Klar ist aber, daß Dirksen nur ausführendes Organ ist. Der Chef heißt Henning Voscherau. Den verbindet schon seit Jahren ein inniger Haß mit uns: schon 1985, also vor fast neun Jahren erklärte er: »Das Projekt Hafenstraße ist gescheitert«. 1987 tritt er sogar von seinem Job als SPD-Fraktionschef zurück, weil er seine Weste nicht mit Dohnany's Verhandlungskurs beschmutzen wollte: Dohnany hatte nach einem Gespräch mit uns – dem bisher einzigen zwischen einem Bürgermeister und uns – erklärt, er wolle sich im Senat für eine Vertragslösung einsetzen. Doch er bekam damals weder im Senat noch in der SPD-Fraktion dafür eine Zustimmung.

Mit Voscherau als Leithirsch setzte sich zunächst ein Machtgefüge aus rechter SPD, Wirtschaftsgrößen, Polizeiführung und Springer-Presse durch. Niemand hat mehr Hebel gegen eine Vertragslösung gezogen als gerade Voscherau. Hinter den Kulissen wirkte er als Wühlmaus, öffentlich forderte er immer wieder den Abriß des 6er-Blocks als Vorbedingung (»Ich will eine Rauchwolke sehen«). Hinter den Kulissen verhandelte unser Anwalt mit Dohnany über einen möglichen Vertrag. Die erste 3-seitige Version haben wir akzeptiert. Doch Dohnany wurde zurückgepfiffen. Bei der nächsten Runde erschien er mit – nach eigenen Angaben von Voscherau diktierten – für uns nicht mehr annehmbaren Bedingungen. »Ohne Voscherau's Zustimmung«, so Dohnany damals, »ist keine Vertragslösung durchsetzbar«. Das Ergebnis von Voscherau's Anstrengungen: Am 10.11.87 erklärte der Senat die Vertragslösung für erledigt, einen Tag später bestätigte das die Bürgerschaft.

Daraufhin bauten wir die Barrikaden rings um die Häuser. Ein Aufruhr ging durch's Land. Der gesellschaftliche und politische Preis einer militärischen Räumung war durch die breite Unterstützung unabsehbar geworden. Der Senat sah sich aus unmittelbarem Zwang heraus veranlaßt einzulenken.

Wir konnten zwar mit den vielen anderen Menschen zusammen durchsetzen, daß der Senat überhaupt einen Vertrag unterschreiben mußte – Voscherau aber hat erreicht, daß es dann dieser unsägliche, nicht nur von Mieter helfen Mietern als »sittenwidriger Knebelvertrag« bezeichnete Pachtvertrag war. Aus den Zeilen dieses Vertrages sprang geradezu heraus, daß es nur darum geht, uns möglichst bald rausschmeißen zu können. Das war uns auch damals schon klar, wir hatten aber die Pistole auf der Brust – die Stadt war schließlich von Bullen, BGS und Sonderkommandos belagert, unsere Gesundheit und unser Leben stand auf dem Spiel. Wir sahen keine Möglichkeit, Verbesserungen an dem Vertrag durchzusetzen.

Unser Ziel zu bleiben hatten wir erstmal erreicht – wir haben aber damals den Vertrag nicht als ernsthafte Grundlage für die nächsten Jahre angesehen. Diese Einschätzung wurde ja auch ganz schnell von der Wirklichkeit bestätigt: Die zugesagten Instandsetzungsmittel wurden innerhalb kürzester Zeit wieder eingefroren, statt dessen bekam die SAGA eine halbe Million für die Verplanung des Hafenrandes. Dem Verein Hafenstraße und der Lawaetz-Stiftung als Eigentümerin der Häuser wurden alle erdenklichen Knüppel zwischen die Beine geworfen; weder die noch existierenden Unbewohnbarkeitserklärungen noch die Abrißgenehmigungen für den 6er-Block landeten im Mülleimer. Als Voscherau Dohnany dann vertreiben konnte, erklärte er uns ein weiteres Mal für gescheitert.

Die Lawaetz-Stiftung weigerte sich, eine von Voscherau geforderte Abmahnung wegen einer Parole an unseren Wänden auszusprechen. Voscherau nahm das zum Anlaß, kurzerhand »den Instrumentenkasten in Ordnung zu bringen« (O-Ton):

Die Hafenrand GmbH wurde gegründet, der bewährte für zwei Jahre von der SAGA ausgeliehene Dirksen wurde als Chef eingesetzt und unsere Häuser der Hafenrand GmbH überschrieben. Zielvorgabe: Räumung und Abriß innerhalb von zwei Jahren. Ruck-zuck war dann auch der Pachtvertrag gekündigt – letztendlich wegen eines Farbeies auf einen gegen die Tür pissenden besoffenen Fischmarkttouris.

Voscherau: »Die Mühlen der Justiz mahlen langsam, aber trefflich fein«. ●

St.-Pauli-Hafenstraße, 17.12.93

SCHWEIZER FICHEN UND STASI-AKTEN

Observiert von Ost und West

Er hat sich gern als Fichen-König bezeichnet; angesichts der Unmengen Aktenmaterials vom Schweizer »Schnüffelstaat« durchaus eine berechtigte Bezeichnung für Theo Pinkus. Die Akten der Stasi, ebenfalls stattliche 160 Seiten dick, hat er nicht mehr zu Gesicht bekommen. Ein Vergleich der durchaus ähnlich absurden und einer eigenen Wirklichkeit entstammenden Akteneinträge kann vielleicht zu etwas mehr Distanz und Humor in der Stasi-Debatte beitragen.

Peter Streiff, Redaktion Heidelberg ● Wer im vereinigten Deutschland als sogenannte Person des öffentlichen Lebens mit der Stasi in Verbindung gebracht wird, der/die ist sich mindestens einiger gieriger JournalistInnen sicher und hat dadurch eine Etikettierung am Hals, die er/sie nicht so schnell wieder los wird. Unterschwellig wird damit einer Institution Glaubwürdigkeit verschafft, die sie vor der Wende im Westen – wenn überhaupt – in ganz andrer Form hatte. Die Glaubwürdigkeit der Akteneinträge an und für sich wurde von leidgeprüften Stasi-Geschädigten schon zur Genüge bestritten. Daß sie allerdings oft darum falsch sind, weil sie auf Grund voreingenommener Sichtweise des Stasi-'Agenten' entstanden sind, wird dann erst verständlich, wenn als Vergleich die Arbeitshaltung anderer Nachrichtendienste und deren Notizen beigezogen wird. Die Arbeit der Bupo (Bundespolizei) in der Schweiz z.B. wurde in den letzten Jahren auch ans Licht der Öffentlichkeit gezerrt, wobei Akteneinträge meist viel über Weltbild und geistigen Hintergrund der/s Eintragenden und wenig bis nichts über den/die BeobachteteN aussagten. Tiefgründige Notizen wie »trinkt abends gern mal ein Bier« über eine links-grüne Nationalrätin trugen einiges zur Lächerlichkeit des ganzen »Fichenskandals« (Fiche: Akte) bei.

Warum stehen nun diese Zeilen hier in der CONTRASTE?, werden sich vielleicht einige fragen. Zum einen würde der ganzen Stasi-Debatte sicher ein wenig Humor (wenn auch schwarzer, aber der versteckt sich mit Sicherheit zwischen manchen Aktendeckeln) gut tun. Zum andern läßt sich an Stasi- und Bupo-Akten des in Selbstverwaltungskreisen bekannten, leider verstorbenen Theo Pinkus zeigen, in welch engen, vom jeweiligen System vorgegebenen Grenzen die für die sogenannte Sicherheit des Staates Arbeitenden gedacht haben (und natürlich heute noch denken). Außerdem ist die akribische Pedanterie, mit der am einmal festgelegten Bild eines zu beobachtenden Menschen festgehalten wird, schon sehr erstaunlich. Den folgenden Text haben wir den Informationen der »Studienbibliothek zur Geschichte der Arbeiterbewegung« (Zürich), Autor Otto Böni, entnommen:

Theo Pinkus – nicht nur der Bupo, sondern auch der Stasi suspekt.Im Januar letzten Jahres erhielt Amalie Pinkus von der Berliner-Gauck-Behörde zwei umfangreiche Dossiers (über 150 Seiten), Theo Pinkus betreffend.

Der umfangreichste Teil dieser Dossiers sind die Überwachungsrapporte. Die Observation erfolgte rund um die Uhr z.B. während der Leipziger Frühjahrsmesse 1962. Hier erfährt man, wann Theo Pinkus einen Kaffee konsumierte (wo er doch immer nur Tee getrunken hatte), wann und wo er flaniert ist, Auslagen von Buchhandlungen angeschaut hat und natürlich vor allem wen er getroffen hat. Die Namen seiner GesprächspartnerInnen sind allerdings meistens abgedeckt, genau wie in den Schweizer Fichen.

Hauptgrund für die Überwachung waren seine Kontakte zu einem Freund aus der Weimarer- und Emigrationszeit, Hans Holm. Dieser hatte einen Kreis von SED-GenossInnen um sich versammelt, die sich in Gesprächen kritisch mit der Entwicklung der DDR befaßten. So sind denn die beiden Dossiers mit »Verschwörer« überschrieben. Die der Verschwörung verdächtigen Genossen nutzten jeweils die Leipziger Buchmesse, um mit ausländischen GenossInnen allgemeine, den DDR-GenossInnen aber nicht zugängliche Informationen auszutauschen. Drei »Ausländer« fanden dabei die besondere Aufmerksamkeit der Stasi: Theo Pinkus, Julius Deutsch, der Leiter des kommunistischen Wiener Globus-Verlags und der ehemalige Chef der während des Krieges in der Schweiz operierenden »Roten Kapelle«, Alexander Rado.

Die Schweizer Polizei, die Bupo, gab sich alle Mühe, aus Theo Pinkus einen Revolutionär und Umstürzler, ja einen Agenten der östlichen Nachrichtendienste zu machen. So findet man denn in der Fiche vom 16.5.49 einen Hinweis des Eidgenössischen Polizeidepartements, wonach es sich bei Pinkus um einen Agenten der Kominform handle, und in der Fiche vom 8.10.59 wird festgehalten, daß »die Buchhandlung des P. heute der Knotenpunkt int. kommun. Linien ist u. es wird nicht gezweifelt, dass der Laden auch eine Rolle im östlichen ND spielt.«

Die Stasi kommt in ihren Beobachtungen zu ganz anderen – erstaunlich sowohl für Pinkus' Freunde wie Feinde – Schlüssen.

Statt eines treuen Gesinnungsgenossen sehen sie in ihm einen mit oppositionellen Kräften in der DDR Sympatisierenden und einen, der sich abfällig zur Politik der DDR äußert. So heißt es: »Er (Pinkus) verurteilt die Politik der KPdSU und anderer sozialistischer Bruderparteien vor dem XX. Parteitag der KPdSU und vertritt die Meinung, daß in der DDR die Lehren aus dem XX. Parteitag der KPdSU nicht gezogen wurden. Desweiteren äußerte Pinkus, daß die marxistisch-leninistischen Parteien erstarrt seien, überzentralisiert, ohne innerparteiliche Demokratie und ohne Massenbasis.«

Kommt diese Kritik für Freunde nicht überraschend, so dürfte seine Ernennung zum Schweizer Patrioten doch etwas erstaunen. Die Stasi wirft ihm nämlich vor, daß-er die Schweizer Demokratie als die vollkommenste werte. ●

GESPRÄCH ÜBER POLITISCHE GEFANGENE, SOLIDARITÄT UND WAS TUN?:

Drinnen und Draußen – Ein Kampf?

Freiheit

Das nachfolgende Gespräch fand Anfang November 1993 in Berlin statt. Da solche Gespräche zwischen verschiedenen Teilen der Linken nicht gerade alltäglich sind, kamen wir nicht über ein Anreizen der verschiedenen Themenkomplexe hinaus. Von daher kann dieser Text auch nur einen Einblick wiedergeben. In dem Gespräch wird immer wieder auf die Auseinandersetzungen zwischen den Gefangenen Bezug genommen. Dabei geht es um die Auseinandersetzung zwischen Teilen der Gefangenen und der RAF. Vorwurf ist folgender: »Die Gefangenen in Celle und die Illegalen haben versucht, die Gefangenen aus der RAF in eine Politik und einen Weg einzuspannen, von dem sie nicht erfahren sollten und in dem das, was ihr Leben und ihren Kampf ausmacht, zur Disposition gestellt werden sollte.« (aus einer Erklärung der Angehörigen der Gefangenen)

Nachzulesen ist diese Auseinandersetzung in folgenden Zeitungen: Brief von Birgit Hogefeld an Helmut Pohl, veröffentlicht im »Angehörigen-Info« Nr. 129, Erklärung der RAF, veröffentlicht in der »Frankfurter Rundschau« v. 6.11.1993, Text von Karl-Heinz Dellwo für die Gefangenen in Celle, veröffentlicht in der »taz« vom 1.11.1993, verschiedene Texte von Gefangenen in der »Clockwork 129a«, Nr. 33/34, vom 16.11.1993, »Angehörigen-Info« Nr. 132 ff. mit Stellungnahmen verschiedener politischer Gefangener.

Bei Interesse an dieser Auseinandersetzung können entweder die Zeitungen direkt angeschrieben werden (siehe auch Anzeige »Angehörigen-Info« auf der Seite 10) oder es kann bei CONTRASTE eine Dokumentation mit den o.g. Texten bestellt werden. Der Preis beträgt 15 DM und der Überschuß geht auf das Soli-Konto.

Die TeilnehmerInnen an diesem Gespräch waren Axel (ID-Archiv, Amsterdam), Chris (u.a. Taxifahrer und Mitarbeiter in einem Berliner Kollektivverbund), Leh (Mitarbeiter eines Repro- und Foto-Kollektivs sowie in einem Wohn-Kollektiv in Berlin), Konny (Mitarbeiterin in einer linken Tageszeitung und seit Jahren in der Solidaritätsarbeit mit politischen Gefangenen), Roland (ehemaliger politischer Gefangener) und Waldemar (für CONTRASTE).

Kundgebung vorm Knast Berlin-Plötzensee, 2.4.89 — Foto: Umbruch Bildarchiv

Waldemar: Seit der sogenannten »April-Erklärung« der RAF ist eine Reihe im Bewegung geraten. Von seiten der Illegalen wurde der bewaffnete Kampf zurückgenommen, gekoppelt mit der Forderung nach Freilassung der politischen Gefangenen. Man kann heute feststellen, daß dies nicht geklappt hat und der Staat in dieser Frage keine Beweglichkeit zeigt. Zwar gibt es »draußen« eine Reihe von Initiativen, die versuchen, sich solidarisch und praktisch zu den Gefangenen zu verhalten, andererseits habe ich schon das Gefühl, daß ein Stillstand eingetreten ist. Woran liegt das und auf welcher Grundlage kann ein Verhalten zu den politischen Gefangenen geschehen?

Leh: Ich war Anfang Oktober bei der Demonstration zur Freilassung von Irmgard Möller in Lübeck und habe da gedacht, auf was für einen Haufen ist in diesem Land die kritische Öffentlichkeit zusammengeschmolzen. Zu dieser Demo wurde bundesweit mobilisiert, indes kommen bestenfalls 1.000 Leute. Ich denke, daß dies auch etwas über unsere desolate Lage aussagt.

Axel: Ich habe bei der ganzen Diskussion um die Situation und Positionen der Gefangenen das Gefühl, daß versucht wird, eine Projektionsfläche zu finden, eine Gruppe zu finden, die sozusagen die Gesamtverantwortung, die Konsequenz übernimmt. Was bei allen Diskussionen im Zusammenhang mit RAF und Knast meiner Meinung nach eine Rolle spielt, ist die Angst: Die GenossInnen verlassen einen und gehen weg. Das ist immer auch psychologisch bedingt und davon muß man einfach mal weg. Ein wesentlicher Punkt ist die soziale Verantwortung – oder um es auch größer zu sagen, die politische Verantwortung. Was mich immer aufgeregt hat, ist große Sprüche zu machen und wenn die Leute dann sitzen, dann sich nicht mehr darum zu kümmern, auch materiell. Von daher finde ich den Ansatz zur finanziellen Unterstützung der politischen Gefangenen gut, sozusagen das »garantierte Mindesteinkommen« für Gefangene aus der RAF. Dies ist die Mindestvorraussetzung um sich überhaupt zusammen zu setzen und diskutieren zu können.

Konny: Ich kann nur sagen, daß aus Berlin erstaunlich viele Leute aus den unterschiedlichsten Szenen bei der Demonstration zur Freilassung von Irmgard Möller in Lübeck waren. Trotzdem war es erschreckend, wie wenig Leute da waren, auch wenn insgesamt die Bereitschaft der Leute, auf die Straße zu gehen, weniger geworden ist. Sei dies beim Thema Flüchtlinge oder Antifa, welches im Prinzip die gleichen Kreise umfaßt und wo zur Zeit wenig überspringt. Es bleibt jedoch die Aufgabe, daß man die Arbeit weiterführt und die ganzen Dinge, die in den letzten zwanzig Jahren geschehen sind, nicht vergißt – seit über zwei Jahrzehnten befinden sich politische Gefangene im Knast – obwohl diese Situation ganz bedrohlich ist. Die Perspektive liegt nicht in der Schwäche, sondern präsent zu sein, trotz der zur Zeit vorhandenen Situation, in der man nicht das Gefühl haben kann, daß es klappt. Die Auseinandersetzungen unter den Gefangenen ist meiner Meinung nach auch Ausdruck dessen, daß keine Perspektive da ist, auch aus dem Knast raus zu kommen.

Chris: Das Problem ist eigentlich das der Schwäche. Im Grunde genommen ist doch die Situation so, daß sämtliche Angebote vom Staat mit der Forderung, dem bewaffneten Kampf abzuschwören, verknüpft werden. Zur Zeit ist der Staat nicht darauf angewiesen, sich in dieser Frage zu bewegen. Deutlich wird dies bei den Prozessen, die zum Beispiel gegen Christian Klar geführt werden. Obwohl schon zu lebenslänglich verurteilt, wurden nochmals Prozesse gegen ihn und andere geführt, die keinen Sinn machen. Dreimal lebenslänglich – was soll das?! –, dies ist Ausdruck der herrschenden Meinung auf Staatsseite. Was könnte nun die Perspektive einer Bewegung oder Initiative sein, die die Geschichte des Knastes berücksichtigt? Vorstellen könnte ich mir zum Beispiel – ohne zu sagen, daß dies die Perspektiv ist – eine Initiative zu starten, die die Forderung stellt, daß die Höchstdauer von Knast auf 15 Jahre begrenzt wird. Dies ist keine Forderung mit einer revolutionären Perspektive, jedoch sind dabei auch andere Gefangene und Organisationen mit einzubeziehen. Dies wäre eine reformistische Bewegung, welche nicht das System des Knastes in Frage stellt, die aber versucht, eine Perspektive – ein absehbares Ende der Haft – für die zu zwei- bis dreimal lebenslänglich Verurteilten zu erreichen.

> »Wir haben mehr Fragen als Antworten.«

Leh: Was mir an den kontroversen Briefen der RAF-Gefangenen aufgefallen ist, ist das symbolische Türknallen in der Diskussion. So als hätten welche absolut Recht mit ihrer Einschätzung oder Meinung. Für mich ist diese Haltung nicht angesagt. Wo es doch in den letzten Jahren immer hieß: Wir haben mehr Fragen als Antworten. Dazu gibt es zu unterschiedliche Ebenen, die ich alle total wichtig finde. Zum Beispiel durch die Vermittlung von linker Widerstandsgeschichte der letzten Jahrzehnte. Wir haben hier in Berlin im letzten Frühjahr die »SO-36-Tage« veranstaltet. Unter anderen erzählten dort auch Brigitte Asdonk und Ralf Reinders gemeinsam einen Abend lang, wie sie als Beteiligte die verschiedenen Geschichten von RAF und der Bewegung 2. Juni erlebt haben. Und ich habe dort Leute beobachtet, die waren vielleicht 13 oder 14 Jahre alt, die den beiden an den Lippen gehangen haben. Das heißt für mich: Natürlich ist das Rauskommen der Gefangenen wichtig und wir müssen diskutieren, wie wir das schaffen können. Aber genauso wichtig ist die Geschichtsvermittlung. Und: Verdammt noch mal, wie geht es eigentlich in den momentanen und künftigen Kämpfen weiter? Da sind die da drinnen nicht schlauer als wir! Aber wir brauchen ihre Einschätzungen genauso wie sie vielleicht unsere.

Waldemar: Wenn man sagt: Ich will diskutieren mit den politischen Gefangenen, ist es wichtig anzusehen, wie eigentlich die Kommunikationsstrukturen sind, um mit den Gefangenen im Knast zu reden. Wie sind die Besuchsbedingungen oder wie kommen Briefe, Bücher und Broschüren in den Knast rein oder auch nicht. Auf der praktischen Ebene wird vom Staat her einfach ein Riegel vorgeschoben, um die Kommunikation, die politische Diskussion, zwischen Drinnen und Draußen zu erschweren bzw. unmöglich zu machen. ...

Fortsetzung nächste Seite

VORWÄRTS UND NICHT VERGESSEN...

Aufruf zur Unterstützung: Für das Leben und die Freiheit der politischen Gefangenen!

Seit über 20 Jahren befinden sich politische Gefangene in bundesdeutschen Gefängnissen. In der Regel sind sie erschwerten Sonderhaftbedingungen, wie z.B. Isolationshaft, unterworfen. Ziel dieser auch als »weißer Folter« bekannt gewordenen Sonderhaft ist es, die Gefangenen zu brechen, sie dazu zu bringen, ihre politische und persönliche Identität aufzugeben und ihre eigene Entwicklung und Geschichte zu verleugnen. Die einzelnen Haftgeschichten unterscheiden sich kaum voneinander. Alle Gefangenen, die derart lange in Haft sind, leiden massiv an den Auswirkungen, die schwere und langwierige gesundheitliche Schäden zur Folge haben können. Diese Haftbedingungen sind nicht willkürlich, sondern sie werden wissenschaftlich erforscht eingesetzt. Die Auswirkungen sind geplant und treten unweigerlich auf. Bernd Rössner, haftunfähiger politische Gefangener, steht hierfür exemplarisch.

Bernd Rössner war 18 Jahre in Haft, 10 Jahre davon in Isolationshaft. Kein anderer Gefangener in der BRD war derart lange einzelisoliert. Als Folge dieser Haftbedingungen wurde er schwer krank. Erst nach öffentlichen Protesten wurde ihm für 18 Monate eine Therapie außerhalb des Gefängnisses zugestanden. Das Oberlandesgericht Düsseldorf hat bereits jetzt die Fortsetzung der Haft nach Ablauf oder Abbruch der »Gnadentherapie« beschlossen. Das ist nur ein Beispiele, wie in der BRD mit politischen Gefangenen umgegangen wird. Trotz der Entlassung von Günter Sonnenberg (das ist die einzige Freilassung – die anderen sind regulär rausgekommen!) ist ihre Situation davon gekennzeichnet, daß entgegen aller Bekundungen aus Teilen der Regierung und Justiz die Gefangenen weiterhin unter erschwerten Haftbedingungen leben müssen. Als Beispiel soll hier die weitere Inhaftierung von Hanna Krabbe, Lutz Taufer und Karl-Heinz Dellwo (jeweils seit 18 Jahren in Haft) genannt werden.

Die Fortsetzung ihrer Haft wurde vom Oberlandesgericht Düsseldorf mit ihrer Weigerung an der Teilnahme einer »psychiatrischen Begutachtung« begründet. Die Befürchtungen, daß sich Staat und Justiz entgegen aller Beteuerungen keinen Zentimeter bewegen werden, scheinen sich zu bestätigen. Es gabe keine Zusammenlegung, nicht einmal alle haftunfähigen Gefangenen wurden freigelassen, stattdessen gab und gibt es neue Prozesse selbst gegen Gefangene, die bereits mehrfach zu lebenslänglicher Haft verurteilt sind. Angesichts dieser Tatsachen dürfen wir die Gefangenen und ihre Angehörigen in den Bemühungen um die Freilassung nicht allein lassen. Projekte, Kollektive und selbstverwaltete Betriebe haben sich auch schon in der Vergangenheit für die Belange der politischen Gefangenen eingesetzt. Praktische Solidarität mit den Gefangenen und ihren berechtigten Forderungen nach Verbesserung der Haftbedingungen und Freilassung ist nötiger den je. Konkret schlagen wir vor, daß Betriebe und Projekte sich bereit erklären, monatlich einen Beitrag (mindestens 20,– DM) zur medizinischen und anderweitigen sozialen Unterstützung der politischen Gefangenen in einen Fonds einzuzahlen. Es sollen damit Kosten der medizinischen Versorgung, unabhängige Gutachten und die notwendige soziale Unterstützung nach der Haftentlassung (z.B. Mietkautionen) finanziert werden. Der Fond soll von einen/r RechtsanwältIn treuhänderisch verwaltet werden. Über die Verteilung der Gelder soll eine Gruppe entscheiden, die sich aus TreuhänderIn, ehemaligen politischen Gefangenen und VertreterInnen der einzahlenden Betriebe und Projekte zusammensetzt und den EinzahlerInnen rechenschaftspflichtig ist.

Dieser humanitäre Akt ersetzt natürliche keine politische Diskussion zwischen den Gefangenen und den sie unterstützenden Menschen aus Projekten und Betrieben.

Die Solidarität mit den politischen Gefangenen ist ein Prüfstein für die Intention und Praxis unserer politischen Vorstellung! ●

Das Konto wird verwaltet von Rechtsanwältin Seifert, Roland Mayer und Waldemar Schindowski. Eingehende Beiträge werden von diesem Kreis verteilt.

Konto: Rechtsanwältin Seifert, Frankfurt/Main, Kto-Nr. 50010-606, Postbank Frankfurt/Main (BLZ 500 100 60).

ZUM BEISPIEL: IRMGARD MÖLLER

Irmgard Möller wurde im Juli 1972 verhaftet. Im März 1976 wurde sie wegen Mitgliedschaft in der RAF zu 4 1/2 Jahren Haft verurteilt. Kurz vor ihrem Entlassungstermin erging ein neuer Haftbefehl gegen sie, der sich auf Aussagen von Gerhard Müller stützte. Müller war nach jahrelanger Isolationshaft zusammengebrochen und hatte sich als »Kronzeuge« zur Verfügung gestellt. Irmgard Möller wurde in einem neuen Prozeß zu lebenslänglich und 15 Jahre Haft verurteilt. Ihr wurde vorgeworfen, an den Anschlägen der RAF auf US-Militäreinrichtungen beteiligt gewesen zu sein. Anfang 1977 wurde sie in das Gefängnis Stuttgart-Stammheim verlegt.

Am 5. September 1977 entführte die RAF den Arbeitgeberpräsidenten H.-M. Schleyer, um die Freilassung von 13 Gefangenen zu erreichen. Gegen die RAF-Gefangenen wurde sofort Kontaktsperre verhängt; sie waren von der Außenwelt abgeschnitten und konnten auch untereinander nicht mehr kommunizieren. Mitte Oktober entführte ein palästinensisches Kommando eine Lufthansa-Maschine nach Mogadischu, um die Forderungen der RAF zu unterstützen. In der Nacht zum 18. Oktober wurde die Maschine gestürmt. In derselben Nacht starben Andreas Baader, Jan Carl Raspe und Gudrun Ensslin in ihren Zelle. Irmgard Möller hatte mehrere tiefe Messerstiche in der Brust und überlebte schwerverletzt. In den Medien wurde die offizielle Version verbreitet, die Gefangenen hätten kollektiven Selbstmord begangen. Obwohl Irmgard Möller dies bestreitet und auch zahlreiche Indizien gegen die Selbstmordthese sprechen, werden bis heute alle, die von staatlicher Tötung oder Mord sprechen, strafrechtlich verfolgt.

Seit Juli 1980 ist Irmgard Möller in Lübeck inhaftiert. Mitte 1987, nach 15 Jahren Haft, überprüfte ein Gericht, den gesetzlichen Vorschriften endsprechend, ob sie entlassen werden könnte. Die Entscheidund war negativ. Ende 1992 beantragte sie erneut ihre Haftentlassung. Sie ist jetzt 46 Jahre alt, seit über 21 Jahren ist sie in Haft, länger als jede andere Frau in einem deutschen Gefängnis.

ZUM BEISPIEL: BERND RÖSSNER

Bernd Rössner ist heute 46 Jahre alt. Am 25. April 1975 wurde er nach der Besetzung der BRD-Botschaft in Stockholm durch ein RAF-Kommando von der schwedischen Polizei verhaftet. Ziel der Aktion war, die Freilassung der damals 26 RAF-Gefangenen durchzusetzen. Zusammen mit vier anderen Mitgliedern des Kommandos wurde er an die BRD ausgeliefert und im Juli 1977 zu zweimal lebenslänglich verurteilt. Er war in dauernder Isolationshaft und wurde ständig von einem Knast in den anderen verlegt. Aufgrund der Haftsituation verschlechterte sich sein Gesundheitszustand kontinuierlich. In den folgenden Jahren stellte er mehrfach Anträge, mit den anderen RAF-Gefangenen zusammengelegt zu werden. Alle Anträge wurden abgelehnt. Er beteiligte sich an zehn Hungerstreiks, um seine Haftsituation zu verbessern.

Ab 1986 wiesen BesucherInnen und Angehörige darauf hin, daß er krank sei und aus der Haft entlassen werden müsse. 1988 wurde dies von einem Arzt bestätigt. Er kann sich kaum noch auf Lesen und Schreiben konzentrieren, zeitweise konnte er keine Nahrung mehr zu sich nehmen. Anstatt ihm aber, wie es die Gesetze der Bundesrepublik für haftunfähige, kranke Gefangene vorsehen, freizulassen, sollte er in eine psychiatrische Haftanstalt verlegt werden. Der massive Protest von FreundInnen und Angehörigen und vor allem sein eigener Widerstand verhinderten das. Im März 1990 wurde sein Antrag auf Haftentlassung abgelehnt. Anfang 1991 reichte seine Mutter ein Gnadengesuch beim Bundespräsidenten ein. Im Sommer 1992 wurde ihm für einen befristeten Zeitraum (12-18 Monate) Haftverschonung gewährt, so daß er in eine offene therapeutische Einrichtung verlegt werden konnte. Dort ist es ihm möglich, sich langsam wieder zu erholen, doch wird dieser Prozeß sehr lange dauern.

Ende 1993 läuft die Frist der Haftverschonung ab, und es muß befürchtet werden, daß er erneut in den Knast kommt. Eine solche Entscheidung könnte für ihn lebensgefährlich werden.

FORTSETZUNG VON SEITE 1:

Drinnen und Draußen – Ein Kampf?

Waldemar: ... Andererseits habe ich den Eindruck, daß wenn es in staatlichem Interesse ist, läuft auf einmal die Kommunikation. Zum Beispiel die Initiative um Antje Vollmer und anderen, dann klappt es auf einmal. Es werden immer wieder bestimmte Sachen zugelassen und andere nicht.

Roland: Aufgrund der aktuellen Situation, den Streitereien unter den Gefangenen ist mir wichtig zu betonen, daß es hier für mich um Solidarität mit allen Gefangenen geht, daß es für mich um die Freiheit letztlich aller Gefangener geht. Die Schwierigkeit der Vermittlung von Realität von Draußen nach Drinnen ist objektiv davon bestimmt, daß es wahnsinnig schwierig ist, Informationen in den Knast reinzubekommen, mit denen sich die Gefangenen auseinandersetzen können. Es gibt aber auch noch ein zusätzliches Problem.

> »Ein wichtiger Aspekt ist, zu zeigen, daß es ein solidarisches Verhältnis zu den Gefangenen nach wie vor gibt ...«

Angesichts des Hintergrunds der Zeit, daß viele Gefangene 10, 15 bis 20 Jahre im Knast sind, daß niemand über die Information durch Papier die ganze Realität von Draußen im Knast mit erfahren kann. Das weiß ich aus meiner eigenen Knastzeit. Man hat bestenfalls eine Ahnung von dem, was da draußen abläuft, sei es über Papiere oder Besuche. Alles was draußen Stimmung ausmacht, wie die Sachen einfach aussehen, wie sie wirken, das bekommt man im Knast alles nicht mit oder nur ganz rudimentär vermittelt. Das macht für mich auch ein Teil der Schwierigkeit der Diskussion aus, wo ich auch immer merke, daß ich an Grenzen stoße: Wie innerhalb der Linken miteinander umgegangen wird, ganz banale Geschichten, wie geredet wird, oder was für Beziehungen – in Anführungszeichen - jenseits der objektiv politischen, zwischen den Leuten bestehen, das ist nur ganz schwer vermittelbar. Und je länger jemand im Knast ist, umso weniger ist es für einen im Knast nachvollziehbar. Das ist ein Punkt der Schwierigkeit. Ansonsten ist es auch so, daß die Gefangenen schon sehen, daß die objektive Situation der Linken Draußen – die ganzen Umbrüche, Zusammenbrüche – sich verändert hat. Zum Beispiel der letzte Hungerstreik 1989 mit einer relativ breiten Mobilisierung, wo sich viele artikuliert haben: Schon wenige Monate nach Ende des Hungerstreiks war nichts mehr davon übrig. Viele waren auch nicht mehr für eine konkrete Unterstützung ansprechbar. Ich denke, dies ist Ausdruck einer allgemeinen Entwicklung, hat aber bestimmt noch andere Gründe. Auch bei der sogenannten »Kinkel-Initiative« haben Leute versucht, etwas damit anzufangen, wieder eine Initiative zu entwickeln, etwas einzufordern von den Verantwortlichen im Bezug auf die Situation der Gefangenen. Hier hat es einerseits innerhalb der Linken Diskussionen gegeben hat, ob es reformistisch ist, sich darauf zu beziehen, was zu machen oder nicht. Andererseits muß man von heutiger Sicht aus betrachtet sagen, daß die »Kinkel-Initiative« wahrscheinlich nur ein Ablenkungsmanöver für ihren V-Mann (Klaus Steinmetz/Anmerkung d. Red.) war, um zu suggerieren, wir müssen jetzt eine politische Initiative starten, weil wir sonst nichts auf die Beine kriegen. Es ist zur Zeit nicht möglich, eine konkrete Initiative zu starten mit dem Ziel »Freiheit für alle politischen Gefangenen«: Dies erreichen wir dadurch, daß wir die und die Schritte machen, an deren Endpunkt die Freiheit der politischen Gefangenen steht. Darum geht es mir, daß sie rauskommen und zwar möglichst bald. Aber wie das jetzt organisierbar ist, das kann ich heute auch nicht sagen. Ein wichtiger Aspekt ist, zu zeigen und auch praktisch zu machen, daß es Solidarität gibt, daß es ein solidarisches Verhältnis zu den Gefangenen nach wie vor gibt und daß sich dieses in konkreter und praktischer Unterstützung niederschlägt – auch jenseits von irgendwelchen kontroversen Diskussionen.

11.2.1989 in Essen: Mehr als 10.000 Menschen demonstrieren für die Freilassung von Ingrid Strobel, gegen den § 129a und für die Zusammenlegung der politischen Gefangenen # Foto: Umbruch-Bildarchiv

> »Es gibt im Moment keine absoluten Wahrheiten, sondern alle müssen versuchen, etwas herauszufinden«

Also: Diskussionen und Auseinandersetzungen, da wo es möglich ist, z.B. mit denen, welche in den letzten fünf Jahren aus dem Knast rausgekommen sind.

Ich werde des öfteren mal gefragt: Was macht ihr ehemaligen politischen Gefangenen untereinander, seht ihr euch? Es ist natürlich nicht so, daß es einen größeren Zusammenhang gibt, was mit der ganzen Knastgeschichte und politischen Geschichte zu tun hat, aber auch ganz klar mit materiellen Dingen. Wir müssen weitgehend individuell sehen, wie wir den Alltag organisieren, uns einfach eine Existenz und einen Lebensunterhalt aufbauen. Ich sehe darin nicht den Hauptgrund dafür, daß es keine organisierten Diskussionen gibt, aber auch dies spielt eine Rolle. Ich denke aber, falls solche Initiativen zur Unterstützung organisiert werden könnten, wären diese ein Beitrag, mit dem man zumindest dieses Problem anpacken und auch anders bewerkstelligen könnte. Konkret bei Bernd Rössner: Es ist klar, daß er aus dem Knast raus muß, aber auch nicht irgendwo in eine Wohnung einquartiert werden kann. Auf der anderen Seite besteht aber keine Möglichkeit, von der gesagt werden kann: okay hier ist ein Haus, hier ist eine große Wohnung, in der Leute wohnen und Menschen sind, die seine Geschichte haben, wo er erstmals sein kann, ohne total eng aufeinander zu hocken.

Leh: Das habe ich jetzt nicht verstanden?

Roland: Alle ehemaligen politischen Gefangenen wohnen allein oder in Zwei- oder Drei-Zimmerwohnungen. Natürlich könnte Bernd Rössner da rein, aber ein größerer Kontext besteht nicht. Und eine andere Form von Zusammenleben, daß existiert erstmal nicht.

Leh: Es gibt aber auch Kommunen, Wohnprojekte und Lebensgemeinschaften, wo diese Aufnahme durchaus vorstellbar wäre. Ob es in der Stadt oder auf dem Land ist. Also, wir versuchen seit 1989 so etwas wie verbindlichere Strukturen zwischen unseren Gruppen zu organisieren, durch Besuche, Treffen und verschiedene andere Sachen. In deiner speziellen Frage gibt es was zu tun, und zwar von beiden Seiten, den Kommunen und von euch. Erstmal die Strukturen, die gibt es und es leuchtet mir nicht ein, daß sie ausgerechnet bei der Aufnahme von Gefangenen nicht tragfähig sein sollten.

Waldemar: Uns geht es bei dieser CONTRASTE-Initiative nicht darum zu sagen: Jetzt machen wir mal was humanitäres, sondern man kommt nicht an der Frage des Interesses an den politischen Gefangenen vorbei. Es gibt tausend gute Gründe, Initiativen materiell zu unterstützen. Spontan fällt mir eine Initiative von Frauen ein, die Geld sammeln für die jetzt noch lebenden weiblichen KZHäftlinge in Polen.

Konny: Ich denke schon, daß alles enorm wichtig ist, was einen materiellen Charakter hat. Andererseits gab es ja schon mal so etwas, und zwar 1984 die »Grußaktion an die politischen Gefangenen«, in der Leute und Gruppen die Gefangenen nicht nur materiell unterstützen, sondern auch den Gefangenen ihre politische Arbeit darstellen. Damals ist das ganz formal gelaufen. Viele Gruppen haben ihre Materialien eingepackt und in den Knast geschickt, die Gefangenen standen vor einem Berg von Papier. Ich finde es wichtig, daß trotz aller Auseinandersetzungen eine soziale Verantwortung da ist. Man kann nicht nur sagen, daß der Staat die Kommunikation behindert, sondern es ist auch so, daß in den letzten Jahren vieles offener geworden ist. Man redet auch über vieles anders als vor fünf Jahren, mehr über Schwierigkeiten, versucht einen neuen Weg herauszufinden. Das kann mobilisieren und beitragen, alte Sachen mal zu lassen. Ich würde nicht sagen, es liegt alles darnieder. In den vergangenen Auseinandersetzungen, finde ich, daß dieser »neue Wind« einfach nicht präsent war. Es wurde von Wahrheiten ausgegangen. Durchgängig in jedem Brief finde ich etwas Richtiges und auch was Schreckliches. Und das ist etwas Auffälliges, hier ist keine abgeschlossene Diskussion, wo man die Tür zuknallen kann. Im Grunde müßte man vielmehr so rangehen: Es gibt im Moment keine absoluten Wahrheiten, sondern alle müssen zusammen etwas herausfinden. Eine materielle Unterstützung ist notwendig, aber ebenso müßte über den kleinen Kreis der »UnterstützerInnen« hinaus gegangen werden. Ich merke dies auch an mir selbst, ich werde auch müde. Ich bin nur eine Person mit einer Lebensgeschichte, ich kann nur ein kleines Bündel vermitteln. Es müßten viel mehr Leute ein Gefühl dafür bekommen, wie wichtig es ist, auch mal den Gefangenen zu schreiben. Bei einen persönlichen Kontakt würde sich auch eine andere Dimension herstellen lassen. Es geht auch darum, Geschichte zu vermitteln. Weil einfach viele nicht wissen, was einzelne Gefangene, außer ein paar Anschlägen, noch gemacht haben. ●

ZEITSCHRIFTEN:

Herausgegeben von Angehörigen, Freunden und Freundinnen politischer Gefangener in der BRD:

ANGEHÖRIGEN INFO

Seit dem Hungerstreik der Gefangenen aus RAF und Widerstand 1989 berichtet das Angehörigen Info auf acht Seiten vierzehntägig aktuell und authentisch über die Situation und die Haftbedingungen von politischen Gefangenen. Herausgegeben von ihren Angehörigen, dokumentiert es Briefe und Erklärungen der Gefangenen, deren politischen Aussagen allzuoft in der Presse verfälscht wiedergegeben werden, um damit Haftverschärfungen zu legitimieren.

Informationen über Solidaritätsveranstaltungen, -aktionen und Diskussionsbeiträge auch zu aktuellen Themnen »draußen« sind darin ebenso enthalten wie Berichte über den Kampf um Gefangenenrechte – in der BRD wie international.

Halbjahresabo: 13 Ausgaben, 26,80 DM (Förderabo 39 DM).

Bestellungen an:
GNN-Verlag, Güntherstr. 6a, 22087 Hamburg

Hinweis der CONTRASTE-Redaktion:

Mit einer inhaltlich ähnlichen Aufgabenstellung, erscheinen außer dem »Angehörigen Info« noch zwei andere Zeitungen:

Rote Hilfe-Zeitung
vierteljährlich. Gibt es für 2,50 DM in vielen Buch- und Infoläden oder gegen 4,00 DM (15 DM/Abo 1 Jahr) in Briefmarken bei folgender Adresse:
Rote Hilfe, Postfach 6444, 24125 Kiel

clockwork 129a
Informationen über 129a-Verfahren und andere politische Prozesse. Ebenfalls in Buch- oder Infoläden. Ein Abo kostete 4 DM für fünf Exemplare einer Nummer (da ansonsten die Kosten des Versandes zu teuer sind).
Kontakt: clockwork 129a, Leibnizstr. 24, 55118 Mainz

POLITISCHE GEFANGENE:

Objekt der staatlichen Kriegsführung

Vor 11 Jahren hat Rechtsanwalt Gerd Klusmeyer begonnen, politische Gefangene zu vertreten. Obwohl alle Auswirkungen der Isolationshaft bekannt waren, wurde sie uneingeschränkt fortgeführt und institutionalisiert.
Ein materialreicher Bericht, der sowohl das Schicksal der inhaftierten Gefangenen wiedergibt als auch die permanente Verfeinerung und Systematisierung des Staatsapparates beleuchtet.

Wenn ich hier über 22 Jahre Sonderhaftbedingungen und Sondermaßnahmen gegen die politischen Gefangenen spreche, dann fällt mir das schwer.

Nicht etwa deshalb, weil mit das Material fehlt. Es gibt zig medizinische Gutachten über die zerstörerischen Auswirkungen der Isolationshaft. Es sind Hunderte von Büchern und Broschüren geschrieben und tausende von Vorträgen gehalten worden. Qui habet aures audiendi, audiat – wer Ohren hatte zu hören, der konnte hören. Nein, es fällt mir schwer, weil ich nicht über Zahlen spreche, sondern über Menschen. Zeit ist für den Menschen keine unerschöpfliche Ressource. Ich spreche von Irmgard Möller, die demnächst in ihr 21. Haftjahr geht. Ich spreche von Lutz Taufer, Karl-Heinz Dellwo, Hanna Krabbe, Christine Kuby, Knut Folkerts und Stefan Wisniewski, die 18, 16 und 15 Jahre in Haft sind. Ich spreche von Bernd Rößner, 18 Jahre in Haft und schwer krank, dem der Staat weiterhin die Gesundung verweigert und für den das Oberlandesgericht (OLG) Düsseldorf bereits jetzt die Fortsetzung der Haft nach Ablauf oder Abbruch der »Gnadentherapie« beschlossen hat. Ich spreche von Rolf Heissler, Christian Klar, Brigitte Mohnhaupt, Manuela Happe, Rolf-Clemens Wagner, Eva Haule, Ingrid Jakobsmeier, Sieglinde Hofmann, Helmut Pohl, Heidi Schulz, Norbert Hofmeier, Erik Prauss, Christian Kluth, Andrea Sievering, Sigrid Happe, Gabi Hanka, Ali Jansen, Stefan Feifel und Sven Schmidt, alle zwischen 4 und 14 Jahren in Haft. Ich spreche z.B. von Günther Sonnenberg und Angelika Goder, die zwar jetzt aufgrund unser aller Arbeit in Freiheit sind, was uns aber die an ihnen vollzogenen Maßnahmen nicht vergessen läßt. Und ich spreche auch von 10 Hungerstreiks, mit denen sich die Gefangenen gegen die Isolationshaft zur Wehr gesetzt haben. In diesen Streiks hat es Tote gegeben.

Als ich vor 11 Jahren, damals noch als Referendar, anfing, politische Gefangene zu vertreten, waren alle Tatsachen über die Auswirkungen der Isolationshaft bereits bekannt. Ich habe in der Folgezeit als Verteidiger der Gefangenen hautnah miterlebt, wie die Auswirkungen sind. Nach zwei oder drei Jahren unter verschärfter isolierender Haft zeigen alle Gefangenen dieselben Symptome körperlicher Erschöpfung, Orientierungslosigkeit in der Zeit, Verlust von Sprachfähigkeit, wie wir sie aus der Erfahrungen der Gefangenen aus den frühen 70er Jahren kennen, die als erste mit Isolation konfrontiert waren.

Die Gefangenen haben gelernt, gegen diese Haft Widerstand zu leisten. Aber der reale Zerstörungsprozeß kann dadurch immer nur verlangsamt, nicht gestoppt werden, und nach 5, 10, 15 und mehr Jahren gibt es bei jedem Gefangenen qualitative Einbrüche in die Gesundheit, die irreversibel sind. Die seelische Qual, die es für jede und jeden bedeutet, die eigenen Erfahrungen nicht austauschen zu können – bei aller Differenzierung der Haftbedingungen ist der geplante und bis ins Kleinste gesteuerte Entzug von Kommunikation immer noch das zentrale Bekämpfungsmittel der Justiz – dieser psychische Druck produziert körperlichen Schmerz, der umschlägt in Krankheiten. Genauso erzeugt auch die körperliche Tortur – Trennscheibe, dauerndes Nackt-Ausziehen, und das tausende Male für die meisten Gefangenen – eine Beeinträchtigung des Fühlens, Denkens, der Vorstellungskraft. Gefangene, die jahrelang unter diesen Bedingungen versucht haben zu überleben, zu leben und zu kämpfen – diesen Gefangenen gegenüber kann nichts mehr »normalisiert« werden.

GERICHTLICHE FOLTERBESCHLÜSSE

Die Haftbedingungen sind Ergebnis der Folterlogik des Staates, die sich als Kontinuum bis heute durchzieht. Ich will dies kurz durch Zitate aus Beschlüssen von Staatsschutzgerichten verdeutlichen. Der 3. Strafsenat des Bundesgerichtshofes führt in seinem Beschluß vom 22.10.1975 aus, daß »es nicht ernsthaft bezweifelt werden kann, daß die Angeklagten die Auswirkungen der isolierenden Haftbedingungen seit langem erkannt haben. Wenn sie gleichwohl seit Jahren das Verhalten fortsetzen, das die staatlichen Organe zur Anwendung dieser Haftbedingungen zwingt, so haben sie damit die Herbeiführung ihrer Verhandlungsunfähigkeit in Kauf genommen.«

Die Gefangenen selbst werden für die gesundheitlichen Schäden verantwortlich gemacht. Als »verschwindend kleine Minderheit«, die die gesellschaftlichen Verhältnisse in der BRD mit Gewalt verändern wolle. Diese Entscheidung wurde vom Bundesverfassungsgericht im Januar 1976 bestätigt. Seitdem ist in der Bundesrepublik die Folter des politischen Gegners verfassungskonform. Ganz auf dieser Linie auch heute das OLG Frankfurt am 21.4.1992 in seinem Beschluß, den schwerkranken Ali Jansen nicht zu entlassen: »Diese Erkrankung mag zwar seine Strafempfindlichkeit erhöhen, eine daraus sich ergebende Sinneswandlung ist jedoch nicht feststellbar.«

Das OLG Hamburg am 16.2.1993 in seiner Begründung, warum Christine Kuby nach 15 Jahren nicht entlassen werden soll: »Eine Untersuchung ist geboten, weil die Verurteilte selbst erklärt hat, durch die lange Inhaftierung auch psychisch beeinflußt worden zu sein. Ob sich aus der vorgebrachten psychischen Beeinträchtigung positive oder negative Auswirkungen auf die Gefährlichkeitsprognose ergeben, wird durch eine psychiatrische Begutachtung zu klären sein.«

Dies sind die neusten Folterbeschlüsse der deutschen Justiz. In der ersten Entscheidung macht das Gericht die Krankheit des Gefangenen zum Druckmittel, um bei ihm einen »Sinneswandel« hervorzurufen. Ali Jansen, der unter schwerem Asthma leidet und in den letzten Jahren durch akute Anfälle in lebensbedrohende Situationen kam, soll damit täglich weiter unter Druck gesetzt werden, solange er seine politische Haltung nicht aufgibt.

Der Hamburger Beschluß wiederum besagt, daß das Gericht zunächst psychische Schäden durch die Haftbedingungen zugesteht, daraus dann aber den Schluß zieht, ob dies nun »positiv« oder »negativ« zu beurteilen wäre. Positiv i.S. des Hamburger OLG wäre, wenn die Gefangene durch die Haftbedingungen dazu gebracht werden könnte, ihre politische Identität aufzugeben. Negativ, wenn die Haft dem Staat dieses Ergebnis nicht gebracht hat. Die Gefangenen sitzen dafür, weil sie den Staat angegriffen haben. Aber kein Staat hat das Recht, seinen politischen Gegner zu foltern.

HAFTBEDINGUNGEN ZUNEHMEND AUSDIFFERENZIERT

Einzelheiten und Ausformungen der Haftbedingungen darzustellen, würde hier den Rahmen sprengen. Ich kann hier nur exemplarisch sein. Alle Maßnahmen gegen die Gefangenen zeichnen sich dadurch aus, daß sie Ausnahmecharakter haben. Sie waren teilweise illegal und mußten erst nachträglich durch Ad-hoc-Gesetze legalisiert werden. Die Haftbedingungen wurden in den letzten Jahren immer weiter ausdifferenziert – sie sind für Außenstehnde weniger durchschaubar in ihrer Zielsetzung.

Anfang der 70er Jahre wurden die Gefangenen in einem leeren abgetrennten Flügel eines Gefängnisses untergebracht (Ossendorf, Lübeck, Hannover, Straubing). Zu jener Zeit wurde gegen die Gefangenen während der U-Haft durchweg das sog. 24-Punkte-Programm verfügt. Dieses Programm sah ausnahmslos die strikte Trennung von anderen politischen Gefangenen und von anderen Gefangenen überhaupt vor. Durch die in der Regel mehrjährige U-Haft hieß das für die Gefangenen über einen langen Zeitraum 23 Stunden allein in der Zelle und eine Stunde allein auf dem Hof. Ich will aus einem Bericht von Karl-Heinz Dellwo aus dem Jahre 1988 zitieren, aus dessen spröden Worten das ganze Ausmaß deutlich wird:

»Zusammenfassend: Ich bin nun fast 13 Jahre inhaftiert, seit über 9 Jahren im Hochsicherheitstrakt. Ich war insgesamt 21 Monate allein, 29 Monate zu zweit. 47 Monate zu dritt, 49 Monate zu viert (5 Monate davon beschränken sich auf die Stunde Hofgang), 5 Monate zu fünft, anderthalb Monate in Kontaktsperre und vor fast 10 Jahren zu drei verschiedenen Zeitpunkten insgesamt 3 Monate während der Stunde Hofgang mit mehreren sozialen Gefangenen zusammen.

Von April 1977 bis Februar 1985 habe ich 12 Hungerstreiks durchgeführt, kollektiv oder allein, zeitweilig auch als Durststreik – von insgesamt 14 Monaten und 15 Tagen Dauer. Während der Hungerstreiks wurde ich über 90mal von Rollkommandos aus der Zelle geschleppt und unter Fesselung gewaltsam intravenös oder mit Sonde zwangsernährt. Das Abschleppen und Fesseln im »Bunker«, mitunter 50 Stunden auf dem Rücken liegend, insbesondere in den ersten Jahren wegen »Ungehorsam« oder Widerstand gegen terrorisierende Wärter nicht mitgerechnet.

Während einem Jahr, von Oktober 1977 bis Dezember 1978, gehörte ich ebenso zu jenen Gefangenen, die aus Rache für Angriffe der Guerilla mit allen nur möglichen Mitteln drangsaliert wurden: Monatelang saß vor meiner Zelle ein Wärter, guckte alle 3 Minuten durch den Spion und notierte, was ich gerade tat. Zwischendurch schlugen sie gegen die Tür oder riefen Beleidigungen oder höhnende Bemerkungen rein. Ein Jahr lang brannte auch nachts über das Licht, kamen nachts Rollkommandos rein, um die von mir angebrachten Verdunkelungen herunterzureissen und mich oft in den Bunker zu schleppen. Ein Wink beim Hofgang zu irgendeinem unbekannten Fenster reichte aus, um den Hofgang gewaltsam abzubrechen. Was mir aus der Zelle geholt werden konnte, wurde herausgeholt. Täglich buchstäblich auf den Kopf gestellt, immer wieder Papiere zerstreut, mit Essen vermischt oder einfach zertrampelt, es gab Tage, da mußte ich mich 10mal vollständig umkleiden, denn jedesmal, wenn ich die Zelle verließ oder zurückkam, mußte ich einen neuen Satz Kleider anziehen.«

GESTEUERTE KONTAKTE

Dieser Bericht steht exemplarisch für die einer Vielzahl anderer Gefangener. Gefangene, die in Stuttgart ihren Prozeß hatten, waren über einen langen Zeitraum den in Stammheim praktizierten verschärften Isolationsbedingungen ausgesetzt. Christian Klar und Manuela Happe waren beide 6 Jahre dort. Isolation ist heute differenzierter. Sie ist nicht mehr mit den Stichworten »Toter Trakt« oder »camera silens« zu fassen. Aber qualitativ hat sich nichts geändert. Die Gefangenen, die allein im Knast sind, haben Kontakte zu anderen Gefangenen, aber, und das ist der entscheidende Punkt, nicht zu ihren Genossinnen und Genossen. Der »Normalvollzug bis zur Vergasung« (so ein Bundesanwalt in den 80er Jahren – d. Red.) ist eine besondere Form der Isolation. Die medizinischen Gutachten von 1976 sind weiter gültig. Eine interaktionsfähige Gruppe ist erst dann gegeben, wenn 15 Gefangene, die etwas verbindet, zusammen sind.

Foto: Umbruch-Bildarchiv

Kontakte zu anderen Gefangenen bedeuten keine qualitative Verbesserung der ursprünglichen Einzelhaft. Kontakte mit anderen Gefangenen werden durch dauerndes Wechseln, der Belegung in einem Flügel und andere Methoden total gesteuert. Nichts um den politischen Gefangenen herum soll dem Zufall überlassen bleiben.

Hier nur ein Beispiel aus dem letzten Jahr: Brigitte Mohnhaupt, seit November 1972 in Haft, seitdem unter wechselnden Isolationsbedingungen immer nur mit ausgesuchten Gefangenen beim Hofgang zusammen, wurde die Teilnahme an einer Sportgruppe verweigert, mit dem Hinweis des Anstaltsleiters in Aichach, sie hätte ja noch nicht einmal die Hälfte ihrer Haftzeit abgesessen.

Auch die bestehenden Kleingruppen in Ossendorf, Lübeck und Celle bedeuten keine Aufhebung der Isolation. Kleingruppenisolation zielt auf den gleichen Kern wie die Einzelisolation.

22 Jahre Sonderhaftbedingungen heißen auch 22 Jahre Häftlingsüberwachung. Für die sog. »Häftlingsüberwachung« gibt es kein Gesetz. Es gibt sie, seitdem es die ersten Gefangenen aus der RAF gibt – jeder politische Gefangene aus bewaffneten oder Widerstandsgruppen unterliegt dieser Überwachung, die im BKA zentralisiert wird. Hier werden alle Informationen über die Gefangenen gesammelt, ausgewertet, die dem Staatsschutz nur irgendwie in die Hände kommen. In keinem Prozeß wurden diese Akten jemals offengelegt.

Die Daten aus der »Häftlingsüberwachung« werden gespeist durch die Überwachung aller BesucherInnen der politischen Gefangenen (nach der Verhaftung durch das BKA, später durch das LKA), der gesamten aus- und eingehenden Post, durch Berichte des Vollzugspersonals über das Verhalten der einzelnen Gefangenen in der Haft, durch Spitzelberichte und illegal abgehörte Gespräche der Gefangenen – auch, wie eine neue Anweisung der Koordinationsgruppe Terrorismus (KGT) belegt, Telefongespräche der Gefangenen mit ihren AnwältInnen. 1989 wurden durch den Streik zum erstenmal Ausnahmen von dieser Regel erkämpft: Unbewachte Besuche von Angehörigen für die meisten der Gefangenen und erste unbewachte Besuchsgruppen in zwei Knästen.

Aber sonst wird die Häftlingsüberwachung immer weiter ausgebaut und institutionalisiert. Besuchsberichte werden an die Bundesanwaltschaft, den Verfassungsschutz und die Landeskriminalämter in der ganzen BRD weitergeleitet. BesucherInnen, Angehörige, FreundInnen, AnwältInnen werden in diesem System miterfaßt als »Kontaktperson«, die darüber selbst wieder weiter überwacht werden. Die Folge ist direkte Repression und Kriminalisierung. Zuerst gegen die Gefangenen, aber potentiell ist jeder, der Kontakt mit ihnen aufnimmt, davon betroffen. Da die Überwachung nachrichtendienstlichen Zwecken dient – zur Ausforschung, Funktion für Fahndung oder für Entsolidarisierungskampagnen in der Öffentlichkeit – ist sie in ihrem Wesen manipulativ. Aus »Erkenntnissen« aus den Zellen werden sog. »Sicherheitslagen« konstruiert und gezielt in die Medien gestreut: »Die Gefangenen planen einen Hungerstreik«, »Die Gefangenen planen die Aktionen der Illegalen«, »Zellensteuerung« usw. – diese alle Jahre wiederkehrenden psychologischen Kampagnen sind jedem/r Interessierten hinreichend bekannt.

Es soll hier nur gezeigt werden, daß der oder die einzelne Gefangene – solange sie an ihrer politischen Geschichte festhalten und auch in der Gefangenschaft um politische Diskussion, Auseinandersetzung und Organisierung kämpfen – immer Objekt der staatlichen Kriegsführung sind – jede einzelne sowie die Gruppe der politischen Gefangenen als politischer Zusammenhang. Für die politischen Gefangenen gibt es keine normale Lebenssituation im Gefängnis. Sie sind weder Untersuchungs- noch Strafgefangene, sondern, wie der Justizminister von NRW 1991 feststellte: »Gefangene des Bundes«. Für diese Gefangenen gilt die zentrale Zuständigkeit von Bundesanwaltschaft und BKA vom ersten bis zum letzten Tag der Haft. Sondergesetze und Sondergerichte bestimmen das Verfahren. Selbst gegen Gefangene, die bereits mehrmals zu lebenslänglicher Haft verurteilt wurden, finden neue Prozesse statt, aufgrund von erdealten Kronzeugenaussagen.

STAATSGEISELN SEIT 1977

Das Kontaktsperregesetz ist bis heute nicht abgeschafft. Die Gefangenen sind Staatsgeiseln – unabhängig von ihrem Verhalten in der Haft. Hier nur je ein Beispiel aus den 70er und 90er Jahren:

Als im September und Oktober 1977 über 100 politische Gefangene unter Kontaktsperre gehalten wurden, die drei der Gefangenen nicht überlebt haben, hatte die damalige Regierung unter Kanzler Schmidt dies mit einer angeblich bestehenden »Zellensteuerung« der RAF-Aktionen begründet. Auch wenn sich in der Folgezeit herausstellte, daß es dafür weder Anhaltspunkte gab, noch daß es von den Verantwortlichen auch nur angenommen wurde, wurde im Sommer 1991 von Bundes- und Landesjustizministerien gemeinsam beschlossen bei der nächsten Aktion der RAF die Gefangenen, die zu der Zeit zusammen waren, auseinanderzulegen.

Und der seit Jahrzehnten gültige Geiselstatus der Gefangenen wird auch an folgenden Zitaten deutlich: »Doch die Chancen dafür (Begnadigung – d. Red.) stehen schlecht im Augenblick. Der Bundeskanzler sei strikt dagegen, heißt es in Bonn – jedenfalls so lange die Morde am Vorstandsvorsitzenden der Deutschen Bank, Herrhausen, und an Treuhandchef Rohwedder nicht aufgeklärt seien.« (»Die Zeit« vom 2.4.93)

»Der Bundespräsident wiederum würde, falls doch Anträge kämen, nicht begnadigen, weil er weiß, daß der Kanzler dagegen ist.« (»Spiegel« vom 5.4.93)

»Eine Begnadigung des kranken Terroristen Bernd Rößner unterblieb, weil das Bundeskanzleramt dem Bundespräsidenten die Rückendeckung dafür nicht zusichern wollte.« (»SZ« vom 30.3.93)

Diese kurzen Beispiele sollten hier genügen, um die wesentliche Bedrohung von Gesundheit und Leben der politischen Gefangenen – ihren Geiselstatus – zu dokumentieren.

Um die Gefangenen aus der RAF und aus dem Widerstand besteht seit über 20 Jahren ein Ausnahmezustand, der nur durch eine zentrale Entscheidung der politischen Apparate beendet werden kann.

Stattdessen wird seit Frühjahr 1991 durch die Schaffung der »Koordinierungsgruppe Terrorismus« – KGT – die staatliche Gewalt gebündelt und konzentriert gegen die Gefangenen eingesetzt. In der KGT sind unter Leitung des BKA die Bundesanwaltschaft, Verfassungsschutzämter, LKA's und die Innen- und Justizministerien der Länder zusammengefaßt. Dabei hat sich schnell gezeigt, daß das Hauptziel der operativen Maßnahmen, die dort koordiniert werden, die politischen Gefangenen sind:

»Dringende Verbesserung der Häftlingsüberwachung – dabei ist der Justiz, insbesondere den Leserichtern, bei der Überwachung der Häftlingspost die sachkundige Unterstützung der Polizei und des Verfassungsschutzes anzubieten. Die Justiz wird gebeten sicherzustellen, daß sachdienliche Erkenntnisse sofort an die Polizei und die Verfassungsschutzbehörden übermittelt werden... Verbesserung der Häftlingsüberwachung, einschließlich der Kommunikationsbeziehungen zwischen einsitzenden Gefangenen und ihren Verteidigern, sowie Einführung einer Übermittlungspflicht der Haftbehörde gegenüber der Polizei... Ständige und anlaßbezogene Presse- und Öffentlichkeitarbeit zur Sensibilisierung der Bevölkerung..« (Ständige Konferenz der Innenminister der Länder, 3.5.1991, zitiert nach einer Presseerklärung der PDS vom 16.7.1991)

Ungeachtet der bestehenden gesetzlichen Zuständigkeitsregelungen soll die Kriegsführung gegen die Gefangenen noch weiter ausgebildet werden. Die einzige, politisch und menschlich richtige Konsequenz aus 23 Jahren Sonderhaft ist die Freilassung aller politischen Gefangenen. ●

Dieser Beitrag wurde am 20. März 1993 auf einer Veranstaltung »Freiheit für alle Gefangenen aus RAF und Widerstand!« gehalten.

Die politischen Gefangenen aus RAF und Widerstand in der BRD:

Karl Heinz Dellwo
11.4.1942 (Gef. aus der RAF)
Urteil: lebenslänglich
seit 19 Jahre inhaftiert
zur Zeit:
JVA, Trift 14, 29221 Celle

Stefan Feifel
(Gef. aus dem Widerstand)
Urteil: 7 Jahre
seit 5 Jahren inhaftiert
zur Zeit:
JVA, Obere Kreuzäckerstr. 6-8,
60435 Frankfurt

Knut Folkerts
1.1.1952 (Gef. aus der RAF)
Urteil: lebenslänglich
seit 17 Jahren inhaftiert
zur Zeit:
JVA, Trift 14, 29221 Celle

Manuela Happe
28.2.1956 (Gef. aus der RAF)
Urteil: 15 Jahre
seit 10 Jahren inhaftiert
zur Zeit:
JVA, Münchener Str. 33,
86551 Aichach

Eva Haule
16.7.1954 (Gef. aus der RAF)
Urteil: 15 Jahre
seit 8 Jahren inhaftiert
zur Zeit:
JVA, Obere Kreuzäckerstr. 6-8,
60435 Frankfurt

Rolf Heissler
3.6.1948 (Gef. aus der RAF)
Urteil: lebenslänglich
seit 15 Jahren inhaftiert
zur Zeit:
JVA, Ludwigshafener Str. 20,
67227 Frankenthal

Sieglinde Hofmann
14.3.1945 (Gef. aus der RAF)
Urteil: 15 Jahre
seit 14 Jahren inhaftiert
zur Zeit:
JVA, Rochusstr. 350,50827 Köln

Norbert Hofmeier
1.1.1947 (Gef. aus dem Widerstand)
Urteil: 8 Jahre
seit 7 Jahren inhaftiert
zur Zeit:
JVA, Krümmede 3, 44791 Bochum

Birgit Hogefeld
(Gef. aus der RAF)
Gerichtsverfahren noch nicht eröffnet
zur Zeit:
c/o Richter beim BGH,
Herrenstr. 45a, 76125 Karlsruhe

Ingrid Jakobsmeier
26.12.1953 (Gef. aus der RAF)
Urteil: 15 Jahre
seit 10 Jahren inhaftiert
zur Zeit:
JVA, Obere Kreuzäckerstr. 6-8,
60435 Frankfurt

Christian Klar
20.5.1952 (Gef. aus der RAF)
Urteil: lebenslänglich
seit 12 Jahren inhaftiert
zur Zeit:
JVA, Schönbornstr. 32,
76646 Bruchsal

Hanna Krabbe
24.10.1945 (Gef. aus der RAF)
Urteil: lebenslänglich
seit 19 Jahren inhaftiert
z. Zeit:
JVA, Marliring 41, 24114 Lübeck

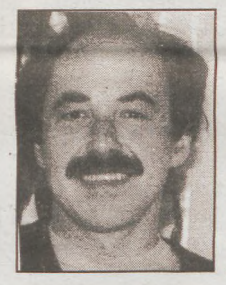
Christine Kuby
15.12.1956 (Gef. aus der RAF)
Urteil: lebenslänglich
seit 16 Jahren inhaftiert
zur Zeit:
JVA, Marliring 41, 24114 Lübeck

Irmgard Möller
13.5.1947 (Gef. aus der RAF)
Urteil: lebenslänglich
seit 22 Jahren inhaftiert
zur Zeit:
JVA, Marliring 41. 24114 Lübeck

Brigitte Mohnhaupt
24.6.1949 (Gef. aus der RAF)
Urteil: lebenslänglich
seit 12 Jahren inhaftiert
zur Zeit:
JVA, Münchener Str. 33,
86551 Aichach

Helmut Pohl
14.9.1943 (Gef. aus der RAF)
Urteil: lebenslänglich
seit 10 Jahren inhaftiert
zur Zeit:
JVA, Paradeplatz 5,
34613 Schwalmstadt

Adelheid Schulz
31.3.1955 (Gef. aus der RAF)
Urteil: lebenslänglich
seit 12 Jahren inhaftiert
zur Zeit:
JVA, Rochusstr. 350, 50827 Köln



Lutz Taufer
26.3.1944 (Gef. aus der RAF)
Urteil: lebenslänglich
seit 19 Jahren inhaftiert
zur Zeit:
JVA, Trift 14, 29221 Celle

Inge Viett
(Gef. aus der RAF)
Urteil: 15 Jahre
seit 2 Jahren inhaftiert
zur Zeit:
c/o OLG, 2. Strafsenat,
Stresemannstr. 1, 56068 Koblenz

Rolf-Clemens Wagner
30.8.1944 (Gef. aus der RFA)
Urteil: lebenslänglich
seit 15 Jahren inhaftiert
zeit Zeit:
JVA, Paradeplatz 5,
34613 Schwalmstadt

Stefan Wisniewski
8.4.1953 (Gef. aus der RAF)
Urteil: lebenslänglich
seit 16 Jahren inhaftiert
zur Zeit:
JVA, Krümmede 3, 44791 Bochum

Aufgenommen wurden alle politischen Gefangenen die zum Zeitpunkt der Erstellung (Dezember 1993) noch im Gefängnis inhaftiert waren, bzw. die nicht in allernächster Zeit entlassen werden. Keinesfalls sollen damit andere Gefangene ausgegrenzt werden. Es fehlen z.B. ausländische politische Gefangene, die in bundesdeutschen Gefängnissen einsitzen. Auch sollen nicht die sogenannten »sozialen« Gefangenen damit vergessen werden. Wo natürlich Solidarität auf seine Grenze stößt, ist bei den Gefangenen – den Kronzeugen aus der ehemaligen DDR – aufgrund deren Aussagen eine Reihe von Gefangenen zusätzlich zu langjährigen oder lebenslänglichen Freiheitsstrafen verurteilt worden sind. Inge Viett war dabei als ehemalige DDR-Bürgerin die einzige, die sich nicht auf den »Deal« mit dem Staat eingelassen hat. Grundsätzlich bleibt aber festzustellen, daß alle Gefangenen, unabhängig ihrer sozialen und politischen Biographie, nicht unter Haftbedingungen leben sollen, deren Inhalt die Zerstörung und Erniedrigung ist.

Die Intention dieser Liste ist auch, daß Einzelne oder Gruppen direkten Kontakt mit den Inhaftierten aufnehmen können.

EIGENTUMSVORBEHALT

Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist diese Zeitung solange Eigentum der Absenderin, bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. »Zur-Habe-Nahme« ist keine persönliche Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie der Absenderin mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wird die Zeitschrift nur teilweise persönlich ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile, und nur sie, der Absenderin mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

RÜCKMELDECOUPON

O Wir haben einen monatlichen Dauerauftrag in Höhe von ..... DM (Mindestbetrag 20,00 DM) eingerichtet.

O Wir möchten gerne 100 Ex. der CONTRASTE-Special-Ausgabe zum verteilen (10 DM für Versandkosten beigelegt).

O Wir haben nichts dagegen wenn unser Projektname mit Ort auf einen Plakat zu dieser Aktion abgedruckt (Planung ist vor Januar/Februar 1994 vorgesehen; bei Bereitschaft wird nochmals der Text des Plakates übermittelt).

O Wir könnten uns vorstellen Veranstaltunge/Diskussionen in unserer Stadt/Region zu organisieren.

O Wir möchten angerufen werden, da wir uns noch nicht zur einer finanziellen Unterstüzung bereiterklären können.

Adresse:

Name: _____

Straße: _____

PLZ, Ort: _____

Telefon: _____

Datum, Unterschrift: _____

Coupon einsenden an:
CONTRASTE e.V., Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg

CONTRASTE ZUM GRAUEN ALLTAG

– Sind wir vor unseren Utopien noch zu retten?

Seit nun bald 10 Jahren erscheint CONTRASTE, die einzige überregionale Monatszeitung für Selbstverwaltung. Entgegen dem herrschenden Zeitgeist, der sich in allen Lebensbereichen breitmacht, wird hier regelmäßig aus dem Land der gelebten Utopien berichtet: über Arbeiten ohne ChefIn für ein selbstbestimmtes Leben, Alternativmedien, Frauenprojekte, Kommunen, Kultur von unten und andere selbstverwaltete Zusammenhänge.

Desweiteren gibt es nützliche Infos über Verbände im Selbstverwaltungs-Bereich, Seminare, Veranstaltungen und Neuerscheinungen auf dem Buchmarkt.

Unsere Szene ist buntgemischt, und die vielen Ansätze zu einem besseren Leben lassen sich glücklicherweise nicht in einer einheitlichen Ideologie zusammenfassen. CONTRASTE ist ein Spiegel dieser Vielfalt und versteht sich als Forum der alternativen Bewegungen. Alle und jedeR können und sollen sich ruhig zu Wort melden. Die RedakteurInnen arbeiten selber in den verschiedenen Regionen und Zusammenhängen. Sie arbeiten ehrenamtlich und aus Engagement.

BUNTE SEITEN

– Adreßverzeichnis selbstverwalteter Betriebe und Projekte

Ein besonderer Service von CONTRASTE sind die BUNTEN SEITEN, das Adreßverzeichnis der selbstverwalteten Betriebe und Projekte im deutschsprachigen Raum (BRD, CH, A). Obwohl es eine Reihe von Verzeichnissen aus der Alternativ- und Ökologiebewegung auf dem Markt gibt, sind die BUNTEN SEITEN vom Spektrum der vertretenen Projekte bisher unerreicht. Sie werden im wahrsten Sinne des Wortes »von unten getragen«, die Adressen sind hauptsächlich durch aktive Mitarbeit der BenutzerInnen zusammengekommen.

Die HerausgeberInnen wollen damit die Kommunikation, Vernetzung und praktische Kooperation zwischen den verschiedenen ökologischen, sozialen, kulturellen und selbstverwalteten Ansätzen fördern. Alle diese Projekte folgen ihrem eigenen, verschärft selbstbestimmten Weg. Trotzdem soll aus dieser bunten Vielfalt – ganz ohne Organisation von oben – etwas gemeinsames entstehen. Jede Adresse ist auf ihre Art ein Kontrast zum grauen Alltag – sind wir vor unseren Utopien noch zu retten?

Die neueste Ausgabe der **BUNTEN SEITEN** kann für 20,– DM bestellt werden. Wer **CONTRASTE abonniert** (80,– DM/Jahr), erhält die BUNTEN SEITEN als **kostenlose** Zugabe.

Zum **Kennenlernen** wird ein **Schnupperabo** angeboten: 3 Monate CONTRASTE zum **Sonderpreis von 10,– DM** (Verlängerung als Normalabo incl. BUNTE SEITEN möglich).

Kennenlernen könnt Ihr CONTRASTE natürlich auch zum Einzelpreis von 8,– DM (einmaliges Probeexemplar), dann allerdings ohne Option auf Abo und Bunte Seiten.

SCHNUPPERABO

Ich/Wir bestellen CONTRASTE zum dreimonatigem kennenlernen zum Schnupper-Preis von 10 DM. Das Schnupper-Abo ist auf drei Monate befristet und läuft ohne weitere Verpflichtung aus. 10 DM habe ich in Briefmarken/Schein/Verrechnungsscheck beigelegt.

Name: .....

Straße: .....

PLZ, Ort: .....

Datum, Unterschrift: .....

Coupon ausgefüllt an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg einsenden.

»VOM NEUEN ZEITALTER ZUR BRAUNEN HEILSLEHRE?«

Betr.: CONTRASTE Nr.: 110, November 1993, Rudolf Bahro

Zum Bahro-Interview:

Es ist erschreckend und erhellend, wie selbstverständlich sich Bahro in dem Interview mit Elisabeth Voß zu Biologismus und Rassismus bekennt. Denn nichts anderes ist seine Aneinanderreihung von »Horde, Stamm und Volk, Nation«. Der Nation-Begriff der amerikanischen und französischen Revolutionen, in denen Menschen »hier und unten« unabhängig von ihrer Abstammung sich zusammenschlossen gegen »die da oben«, ist Bahros biologistischem Nation-Verständnis entgegengesetzt. Hierzu passen dann seine Sätze über die »Festung Europa«, in denen er sich eben nicht dafür ausspricht, Deutschland als Einwanderungsland zu akzeptieren. Es bleibt gänzlich unklar, was Bahro eigentlich meint, wenn er vom Durchbrechen der »Identifikationen« auf den »Ebenen« Horde, Stamm, Volk, Nation spricht. Seine Unterschrift unter den Aufruf zur doppelten Staatsbürgerschaft scheint mir vor dem Hintergrund seines biologistischen Nation-Verständnisses eher taktisch bedingt zu sein.

Befremdlich ist es aber auch, wenn Elisabeth Voß angesichts des gesellschaftlichen Rechtsrucks Bahro darin zustimmt, das »völkische Element« sei ein gewissermaßen naturwüchsiges, überdauerndes und deshalb erst einmal in seiner Existenz hinzunehmendes Phänomen. Wo war dieses Element denn in den 70er Jahren, als die internationale Solidarität modern war und die Neofaschisten keine Chance hatten? Wo war das »völkische Element« im Hochmittelalter, als man keine Völker, sondern nur eine Christengemeinschaft kannte? Offenbar ist es doch eine sehr temporäre Entscheidung, und deshalb sollte nach den tatsächlichen Ursachen gefragt werden, statt einen menschlichen Wesenszug zu postulieren, der wohl auch in unserer Biologie wurzeln soll. Am 29.10.87 schrieb Robert Jungk in der »taz« unter der Überschrift »Sein Kampf« eine Rezension von Bahros Buch »Logik der Rettung«. Darin warf er Bahro vor, »zurück auf alte Unheilswege (zu) führen« und »Begriffe und Haltungen aus den Mottenkammern reaktionärer Historie (hervorzuholen), die verführen und irreführen«. Bahro sei »unbekümmert um die fruchtbare historische Belastung solcher Schlagworte. Nein, schlimmer noch: Bahro weiß wohl um ihre verführerische, böse Strahlkraft, aber er meint, man werde sie schon beherrschen können, sie friedlich zu nutzen wissen – da ist er wieder, der alte eingebildete – und sehr deutsche – Hochmut, man könne das Gefährliche 'im Griff behalten'«. Sodann distanziert sich Jungk von der Widmung, die Bahro ihm in das Buch »Logik der Rettung« hineingeschrieben habe. Trotz dieser Rezension von 1987 behauptet Bahro am 17.5.93 in der Studentenzeitung der HumboldtUni namens »UNaufgefordert« gegen seine KritikerInnen: »Als 1987 meine 'Logik der Rettung' erschienen ist, hat das Buch keinen Eklat hervorgerufen«. Lügen tut er auch noch, und er kann sich sicher sein: Kaum jemand hat die alte »taz« aufbewahrt.

Zu Fritz Vilmar:

Wie Bahro vertritt Vilmar in der gesellschaftlichen Entscheidungsfindung das Konsensprinzip »anstelle bloßer (!) Mehrheitsentscheidungen«. Er verbindet dies mit dem Aufruf, zurückzukehren aufs Dorf. Ob er eine neue Dorf-Struktur will, ob er den Konformitätsdruck und die Borniertheit des Dorflebens aus etwas anderem als der dörflichen Produktions- und Lebensweise erklärt und wie er diese Borniertheitsdiktatur vermeiden will, sagt er nicht. Ich für meinen Teil habe keine Lust, auf Kino und Theater zu verzichten, auch nicht auf Kneipentour und Disko. Bahro allerdings sagte mir 1984 auf einer Veranstaltung in Bonn, »auch Eure Stereoanlage« dürften wir nicht mitnehmen ins Neue Zeitalter. Das bezog sich wohl auch auf die Informationselektronik. Ich könnte gegen Vilmar polemisch auf die Filme Yilmaz Güneys verweisen, der uns eindrucksvoll des Elend des Konformitätsdrucks in den Dörfern Anatoliens darstellte. Diese »idealen« Dörfer funktionieren heute noch so, wie die Eifeldörfer in den 20er Jahren, wenn ich den Erzählungen meiner Eltern und Großeltern glauben kann.

Doch es gibt auch ein klares rationales Argument gegen das Konsensprinzip. Konsens schließt aus, daß einer Minderheit die Legitimität ihrer Position zugestanden wird. Die Legitimität für die Minderheit ist aber das Bestimmungselement der Freiheit. Wird die Legitimität bestritten – und dies ist im Konsensprinzip der Fall –, erstickt eine Gesellschaft am Konformitätsdruck. Die Möglichkeit, auf einer Minderheitsposition zu beharren, bietet einzig die Möglichkeit, Alternativen zur Mehrheit zu bewahren und gegebenenfalls einen Entscheidungswechsel herbeizuführen, indem Minderheiten zu Mehrheiten werden. In Vilmars System – und strenger noch bei Bahro – ist an einen Wechsel wohl gar nicht gedacht. Wo jedoch von vorneherein schon die Möglichkeit zur Korrektur der Entscheidung als illegitim ausgeschlossen wird, da herrscht das Prinzip der Unfehlbarkeit, das nach aller Erfahrung der Menschheitsgeschichte ein diktatorisches ist. Von Bahro erwarte ich nichts anderes, bei Vilmar hat es mich überrascht. Er mag doch einmal darlegen, wie Minderheitenschutz in seinem »Dorf« gewährleistet wird, wie ein Entscheidungswechsel machbar sein soll.

Noch eine Information zu Ernst Lutterbeck, dessen unsachliche Ausfälle Ihr leider abgedruckt habt:

Vor Jahren rief er mich an und lud mich ein, weil er mir Informationen über die nazistische »Deutsche Unitarier Religionsgemeinschaft e.V.« mitzuteilen habe. Er war mir bis dahin unbekannt. Er sei jahrelang bei der DUR aktiv gewesen, jedoch seit langem bereits ausgeschieden und zu den Anthroposophen gewechselt. Bis zu seiner Pensionierung habe er als leitender Ministerialbeamter im Verteidigungsministerium gearbeitet. Als ich ihn besuchte, zog er sich jedoch auf eine Erinnerungsschwäche zurück, die von einem früheren Schlaganfall herrühre. Über die DUR erfuhr ich nichts von ihm, weil er sich in meiner Anwesenheit nicht erinnerte, wie er sagte. Ich hatte beim Weggehen aber den Eindruck, daß er von mir hatte erfahren wollen, was ich über die DUR recherchiert hätte. Zufällig stieß ich später in DUR-Quellen auf Lutterbeck-Texte, die seine Angabe über den Zeitpunkt seines angeblichen Ausscheidens aus der DUR als falsch bewiesen.

Was Lutterbeck bezweckt, ist mir nicht ganz klar. Mit seiner Suada (»das Gegeifer Jutta Ditfurths«, »stinkende Quelle«, »nicht das Geringste begriffen«, »hirnverbranntes Geschwätz« usw.) wird er nicht einmal den AnthroposophInnen gegen deren KritikerInnen helfen können.

Peter Kratz, BIFFF..., Bonn

Betr.: Ernst Lutterbeck in CONTRASTE Nr. 110

Eigentlich wollte ich den Platz kostbarer CONTRASTE-Seiten nicht mit einem weiteren Leserbrief zur grün-braunen Spiri-Diskussion belasten, aber die Ausführungen von Ernst Lutterbeck lassen mich nochmals zur Feder greifen. Zunächst eine Anfrage: Wenn ich richtig informiert bin, gibt es das Gerücht einer Nazijagd auf Steiner, aber keinen quellenmäßigen Beleg. Den Autor Lutterbeck ersuche ich um eine diesbezügliche Mitteilung. Weiters: Sicherlich paart sich diese so notwendige Diskussion über bräunliche New Age-Dämpfe immer wieder mit verbalen Untergriffen. Wer locker von »stinkenden Quellen« (Ditfurth) und »verantwortungslosen Schreiberlingen« (Kritiker der Anthroposophie) spricht, sollte darauf verzichten, die deftigen Wortspiele anderer Autoren zu kritisieren. Und: Der essentielle »Beweis« Lutterbecks für die antirassistische Position des gesamten Steinerwerkes gipfelt in der Aussage: »Wer nicht den ganzen Steiner gelesen hat – mehr noch: Wer nicht selbst Anthroposoph ist – sollte den Mund halten, da sie/er gar nichts verstehen kann.« Diese sinngemäß hier wiedergegebene Aussage ist arrogant und wird von autoritären Gurusekten gebraucht. Dabei sein oder Mund halten. Ich meine, so geht es nicht. Rassistische Steinerzitate sind eben rassistisch, sie sind nicht aus dem Zusammenhang gerissen, lösen sich nicht in einem höheren Bewußtsein zu Pommes Frites auf und die KritikerInnen müssen nicht gleich historische Ignoranten sein. Es geht auch anders. Ich bin kein Anthroposoph und finde Steiners Werke – sanft formuliert – »befremdlich«, aber dennoch muß ich zugeben: Anthroposophen wie die Herausgeber der »Flensburger Hefte« und der Zeitschrift »Jedermensch« sind glaubhaft um antirassistische Positionen bemüht. Sie gehören zu jenen eher seltenen Ausgaben der Gattung homo esotericus, die bewußt eine Vergangenheitsbewältigung ihrer Tradition betreiben. Ich würde mir das von vielen esoterischen Schulen wünschen. Wen das näher interessiert, den verweise ich – neben der »Jedermensch«-Zeitschrift und der auf dieser Seite stehenden Rezension – auf die »Flensburger Hefte« 8, 32, 41. Diese Differenzierung ist wichtig, um eine Basis für eine faire Diskussion zu schaffen. Lutterbecks Beitrag deutet leider nicht in eine derartige Richtung.

Roman Schweidlenka

Die »Dialektik« einiger »Antifaschisten«:

Es ist schon erstaunlich, wie sich die selbsternannten Antifaschisten roter Couleur über die »Faschisten« Bahro, Langhans, Cohn-Bendit, Zülch und Steiner, Stirner und Gesell und ihre Anhängerschaft und die Genossenschaftler der von dem Juden Oppenheimer mitbegründeten Kolonie Eden usw. usf. ereifern, aber nicht, z. B., über den roten Schlächter Milosevic'. Weil sie selber Rote sind? Weil die Serben keine Amerikaner sind? Oder was?

In der CONTRASTE vom Juli/August '93 wiederkäut ein gewisser Louis Lerouge, was bereits vor 10 Jahren im »Schwarzen Faden« von irgendwo abgeschrieben stand: Wer – wie Gesell – »Zinsnehmer« statt »Jude« schreibt, ist Antisemit und Faschist. Nach dieser Logik sind Milosevic' und Genossen keine Faschisten und Rassisten, weil sie sich offen zum Völkischen bekennen. Weil sie offen propagieren, daß die Serben ein biologisch höherwertiges Volk seien, was deren »Schädelformen« (1) beweisen sollen! Weil sie unverblümt mit Soldateska und schweren Waffen Rassisten und Faschisten unterstützen, die ein völkerrechtlich anerkanntes Land ethnisch »säubern«, Hunderte verhungern lassen, Tausende Mädchen und Frauen vergewaltigen, Männer kastriern, Kinder foltern, Hunderttausende massakrieren und für den Kosovo eine »Endlösung« (2) ankündigen, um ein völkisch reines »Großserbien« (3) zu gründen.

Das passiert nicht weit weg in Vietnam. Das passiert mitten in Europa. Doch von den »Antifas« wird die Zusammenarbeit ihrer kommunistischen Freunde mit völkischen und faschistischen Mörderbanden geflissentlich übersehen. Wie paranoide Verschwörungstheoretiker sehen sie den Feind da, wo er kaum zu finden ist: bei den Gesellianern, Anthroposophen usw.

Wer »Zinsnehmer« schreibt, müsse »zu recht Antisemitismus vorgeworfen werden, denn er/sie weiß, wie dies verstanden wird«, schreibt Lerouge. Lerouge meint, die »Bevölkerung« sei so blöd, daß sie darunter »Jude« verstehen würde. Diese (angebliche) Gleichsetzung der »Bevölkerung« von Jude und Zinsnehmer legt Lerouge demjenigen zur Last, der den sachlich absolut korrekten Begriff »Zinsnehmer« benutzt! Dieser »Dialektik« zufolge müssen alle Bezieher von Mehrwert (was laut Marx, »Kapital«, Bd. 3, S. 840, »Profit« = Kapital- und Geldzins und »Rente« = Bodenzins ist) für Sozialrevolutionäre tabu sein! Was ja auch der Fall ist bei Leuten wie Lerouge (der noch nicht einmal die Begriffe Profit- und Unternehmerlohn auseinanderhalten kann).

Gesell hat es ausdrücklich abgelehnt, die Juden für die Zinsknechtschaft verantwortlich zu machen und deshalb nicht speziell von Juden, sondern allgemein von Zinsnehmern gesprochen. Warum also dieser Haß einiger verwirrter »Antifaschisten« ausgerechnet auf den libertären Kosmopoliten Gesell? Spielt hier der Neid eine Rolle, weil sie ahnen, daß mit Gesells Lehre mehr anzufangen wäre, als mit ihrer marxistischstaatskommunistischen Utopie, die auch mit Gewalt und Blut nicht zu realisieren ist, wie die Geschichte zeigt? Und die Ohnmacht, weil sie einem ungenierten Stirnerianer, der ihre volks- und massenverherrlichende und zentralistischplanwirtschaftiche Ideologie nicht teilt, sachlich nichts am Zeug flicken zu können? Allenfalls seinem »Biologismus«, mit dem er in der Tradition von Engels und Kropotkin steht.

Wer im Zusammenhang mit dem Zins nie von Juden redet, macht sich verdächtig! Mit seiner ausdrücklichen Distanzierung von den Antisemiten seiner Zeit (speziell von dem Hofprediger Stökker) (4) dürfte Gesell sich bei Lerouge und seinesgleichen noch ganz besonders verdächtig gemacht haben: Und daß er mit Juden befreundet war, werden sie gemäß stalinistischer Tradition dahingehend interpretieren, daß das nichts als Tarnung ist. (Orwell läßt grüßen.) Die Schlußfolgerungen von Lerouge & Co. fallen noch hinter die Logik der päpstlichen Inquisition zurück: Wer unter der Folter gesteht, ist eine Hexe, wer nicht, ist auch eine Hexe, denn ihr Widerstand beweist, daß sie vom Teufel geschützt wird! Na, bitte.

Die CONTRASTE sollte nicht ihre teuren Seiten mit »Antifa«-Gewäsch verschwenden, vielleicht aber mal über die roten Faschisten berichten. Die scheinen jedoch in einer Szene, die sich links dünkt, tabu zu sein. Das war einmal bei Reich, Rühle und Marcuse anders.

Klaus Schmitt

Anmerkungen:

(1) R. Djurice' / B. Bengsch, Der Zerfall Jugoslawiens, 1992, S. Bengsch, Der Zerfall Jugoslawiens, 1992, S. 133
(2) aaO., S. 120
(3) Memorandum der Serbischen Akademie der Wissenschaften, aaO., S. 96
(4) Gesell, Nervus Rerum, Buenos Aires 1891

REZENSIONEN

IINDIANER

Rudolf Steiner, Begründer der Anthroposophie, hatte ein recht eigenartiges Verhältnis zu den IndianerInnen Nordamerikas. Zum einen meint er, alle MitteleuropäerInnen seien reinkarnierte IndianerInnen; zum anderen vertrat er die merkwürdige Ansicht, daß der Völkermord an den UreinwohnerInnen Nordamerikas wenig mit dem weißen Kolonialismus zu tun hätte – vielmehr seien unsere roten Geschwister unter dem Einfluß des Saturn, der laut Steiner die »Abenddämmerung« der Menschheit signalisiere und durch ehernes kosmisches Schicksal die rote Rasse zum Aussterben führe.

Etwas wohlwollender als ihr geistiger Vater Steiner gehen die Herausgeber der Flensburger Hefte an das Thema heran. Durchaus Informatives zur Geschichte des bis heute andauernden Völkermordes wechselt mit geheimnisvollen Beiträgen zu Mythos, Kult & Magie einzelner Stämme, gefolgt von qualitätsvollen Beiträgen zu den uralten Felszeichnungen im Südwesten der USA. Peinlich allerdings und wieder im Schatten Steiners stehend ist das abschließende Interview mit dem umstrittenen New Age-Guruehepaar Keyserling, das Lehren selbsternannter »Schamanen« – sogenannter Plastikmedizinleute – mit Versatzstücken europäischer Esoterik verbrämt. Auf einer Wiener VHS-Diskussion hatte Keyserling erklärt, daß es gar keine indianische Kulturen mehr gebe und daß die, die für indianische (Land)Rechte demonstrieren, lediglich zeigen, daß sie ihre Agressionen nicht anders ausleben können. Im Grund hätte diese lesenswerte Aufsatzsammlung einen seriösen Schlußbeitrag verdient.

Roman Schweidlenka

Flensburger Hefte (Hg): Indianer. Heft 37, 212 Seiten, Flensburger Hefte Verlag, DM 24,80

DIE NEUGESTALTUNG DER GESELLSCHAFT

Ökologie ist ein, je nach Standpunkt, heiß geliebter oder bekämpfter Begriff: den einen dient er als alles erklärende Wischi-Waschi-Vokabel, für die anderen ist er – immer noch – ein nur bürgerlicher Begriff. Nur wenige bemühen sich um eine Verbindung von ökologischen und sozialen Problemstellungen.

Zu ihnen gehört Murray Bookchin (siehe auch CONTRASTE 110, S. 8), der aus einer anarchokommunistischen Tradition kommt. Er lebt in den USA und publiziert seit den 60er Jahren zu Problemen der ökologischen Krise und den Möglichkeiten einer freiheitlichen Veränderung der Gesellschaft. In »Die Neugestaltung der Gesellschaft« beschreibt Bookchin, wie aus der Herrschaft des Menschen über den Menschen das Denken entstand, das auch die Natur unter Herrschaftsaspekten betrachtete und das zur Zerstörung der Umwelt führte. An einzelnen Beispielen – Entwicklung der Städte oder der Nationalstaaten – wird detailliert erläutert, wie und warum Herrschaft und daraus der Staat entstanden.

In der zweiten Hälfte des Buches entwirft Bookchin seine Utopie einer herrschaftsfreien und ökologischen Gesellschaft. Seine Grundthese: eine öklogische Veränderung ist nur zusammen mit mit der Abschaffung und Zurückdrängung von Macht und Herrschaft möglich. Als Mittel dazu nennt er u.a. einen ‚Libertären Kommunalismus', der die Demokratie auf lokaler Ebene stärken soll. Bookchin plädiert für eine antimythische an Vernunft und Aufklärung orientierte Ökologie und kritisiert aus seiner Kombination von ökologischen und anarchistischen Gedanken die reformistischen wie autoritären (esoterischen) Antworten auf die Ökokrise. Das Buch enthält auch eine Bibliographie von Bookchin's Veröffentlichungen.

Bernd Hüttner

Murray Bookchin: Die Neugestaltung der Gesellschaft. Pfade in eine ökologische Zukunft; Trotzdem Verlag Grafenau 1992, 251 Seiten, 24 DM

KLAGE DER ERDE

Als die indianische Freiheitskämpferin Rigoberta Menchú den Friedensnobelpreis erhielt, bedeutete das ein Signal der Hoffnung für die unterdrückten eingeborenen Nationen Süd- und Nordamerikas. In Menchú vereinigt sich auf eigenwillige Weise die schamanische Spiritualität ihrer Vorfahren mit revolutionär-christlichen Ideologien und einer unermüdlichen politischen Agitation für die Rechte der UreinwohnerInnen. Im vorliegenden Buch wird Guatemala lebendig, ein Land, in dem die Armee einen brutalen Krieg gegen die Armen führt; einen Krieg, der bereits über 100.000 Opfer forderte. Gegen diesen Wahnsinn kapitalistischer Machthaber kämpft das Komitee der LandarbeiterInnenvereinigung (CUC), dessen Vorsitzende die Autorin ist. »Klage der Erde« ist ein spannendes politisches Buch, das trotz aller geschilderten Repressionen Mut macht, auch bei uns den Widerstand gegen lebenszerstörende Kräfte voranzutreiben. Nicht zuletzt ist das ein Bericht, der den Wert der Gemeinschaft und des Kollektivs betont, ohne den kaum ein politischer Kampf gewonnen werden kann.

Roman Schweidlenka

Rigoberta Menchú: Klage der Erde. Der Kampf der Campesinos in Guatemala, Lamuv, Göttingen 1993, 176 Seiten, DM 22,– DM

INDIANISCHE FRAUEN

– Indianischer Widerstand

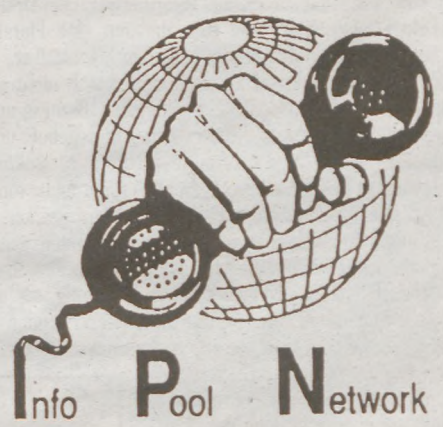
Die Rolle indianischer Frauen ist von Weißen immer unterschätzt worden. Das hat sich bis heute kaum geändert. Während immer noch Hollywoodklischees von »blöden Squaws« ihre Runden ziehen, sind es indianische Frauen, die als Rückgrat des nordamerikanischen, indianischen Widerstandes zahlreiche Selbsthilfeprojekte gegründet haben. Die Ethnologinnen Fricke und Nahr zeigen engagiert und mit Liebe zum Detail das Wirken ihrer roten Schwestern und erklären dazu verständlich den allgemeinen politischen Hintergrund, d.h. die meist mörderische US-Indianerpolitik. Neben bekannten Landrechtskämpferinnen wie Janet Mc Cloud erfahren wir auch Wissenswertes über bei uns eher unbekannte Persönlichkeiten wie z.B. Wilma Mankiller, »Häuptling« der Cherokee. Sie versucht, durch Basisarbeit die Cherokee-Nation neu aufzubauen und setzt dabei auf dezentrale Wirtschaftsprojekte, die die Gemeinden zu kreativer Selbsthilfe anregen. So zeigt u.a. ihr Beispiel: Überlebensfähige wirtschaftliche Alternativen jenseits des real existierenden Kapitalismus sind möglich; ein Buch, das aufklärt und letztlich Mut macht. Ein kleiner, den Wert dieser Arbeit nicht abschwächender Kritikpunkt: Die Adreßliste europäischer Indianerunterstützergruppen ist unvollständig.

Roman Schweidlenka

Kerstin Fricke, Sibylle Nahr: Indianische Frauen – Indianischer-Widerstand. Leben für die siebte Generation. Infoe Verlag, Mönchengladbach 1992, 305 Seiten, 29,80 DM

Anzeige

IPN-Mailbox
Connectivity at its best



Info Pool Network

Die Netze
APC, BerliNet, CL, Z-Netz

Der Service
DFÜ-Beratung, Hotline, Installationen, Schulungen

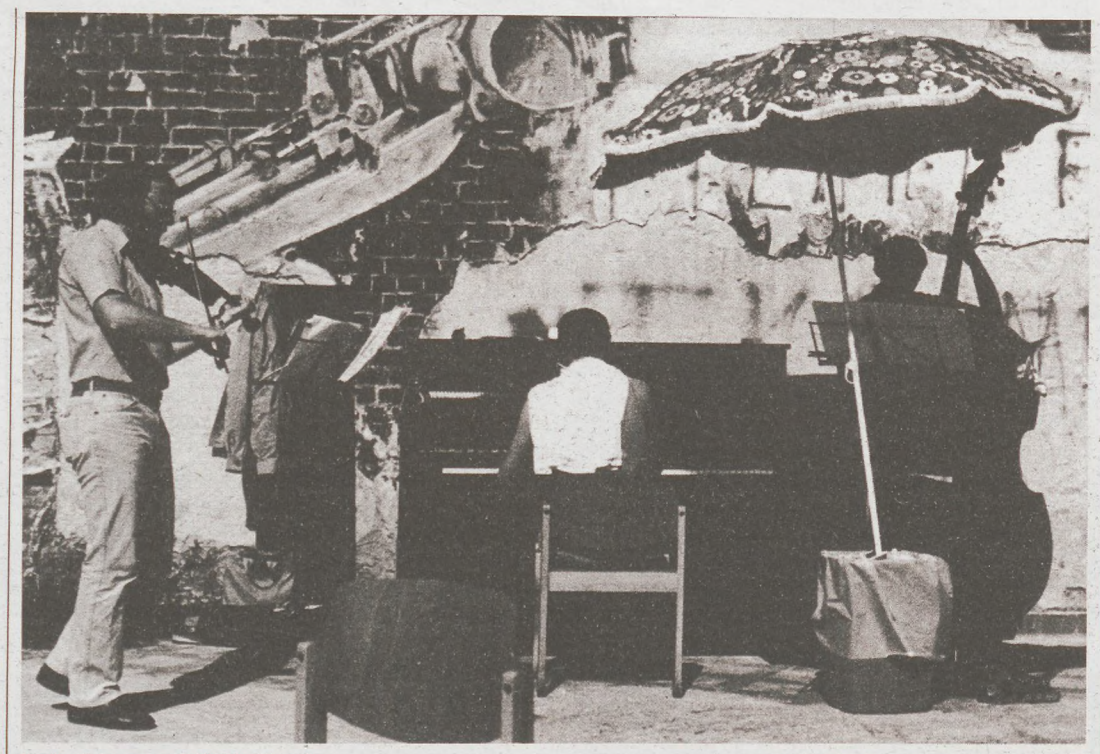
Die Zeitung
JUNGE WELT
Ab 19 h am Vorabend erhältlich

Info Pool Network
Mailboxsystem und Pressebüro
Postfach 11 01 47
10831 Berlin
Tel/Fax: 030 / 693 22 38
Data-Nr.: 030 / 694 70 61

SOZIOKULTURELLE ZENTREN:

Zwischen Haushaltslöchern und Strukturwandel

Die soziokulturellen Zentren werden sich in der nahen Zukunft vor allem auf zwei grundlegende Problembereiche einzustellen haben, die für sie nicht nur eine große Herausforderung bedeuten, sondern zu existenziellen Fragen werden können.
Falls Demokratie als Staatsform ernst genommen wird, müßten gerade die soziokulturellen Zentren in Zeiten des Strukturwandels Orte von Diskurs und Pluralität sein und darum nicht von der Förderliste gestrichen werden. Eine Anregung zu neuen Konzepten und Strategien.



Vor dem Kulturzentrum Schlachthof, Kassel — Aus: »10 Jahre Kulturzentrum Schlachthof« (1986)

Udo Husmann, Redaktion Heidelberg ● Zum einen wird immer deutlicher, daß die Finanzkrise der öffentlichen Haushalte keine kurzfristige, vorübergehende Erscheinung ist, sondern für einen längeren Zeitraum die Rahmenbedingungen der gesamten Politik bestimmen wird. Für die Kulturpolitik muß diese Tatsache einschneidende Konsequenzen haben. Wenn nicht einfach der bestehende Zustand auf niedrigstem Niveau fortgeschrieben und alle neuen, innovativen, vor allem soziokulturellen Formen zukünftig nicht mehr gefördert werden sollen, dann muß die städtische Kulturpolitik erstmals eine grundlegende Aufgabenkritik und Prioritätendiskussion vornehmen, an deren Ende auch schmerzhafte Entscheidungen und Umschichtungen in den Kulturhaushalten stehen müssen.

Weder Rückzug auf Klientelpolitik noch Status-Quo-Denken werden auf Dauer ausreichen. Notwendiger als Sparmaßnahmen sind Strukturveränderungen der großen Kultureinrichtungen und der Kulturverwaltung selbst, ihrer inneren Abläufe, ihrer betriebswirtschaftlichen Organisation und ihrer Arbeitsweisen. Wer heute allein Kürzungen im Kulturbereich beklagt und die Pflicht der öffentlichen Hand zur Kulturfinanzierung einfordert, ohne gleichzeitig Strukturreformen der Kulturinstitutionen und -verwaltung zu verlangen, wird nicht nur unglaubwürdig, sondern trägt ungewollt seinen Teil zur Verödung der städtischen Kulturlandschaft der Zukunft bei.

Darauf muß die Soziokultur mit Nachdruck hinweisen, damit die eigenen Spielräume nicht noch enger werden!

Soziokulturelle Einrichtungen und Projekte haben gerade in finanziell schwierigen Zeiten ein gewichtiges Faustpfand in die kulturpolitische Diskussion einzubringen: das Engagement und die Phantasie der BürgerInnen; Potentiale, die in vielen Kulturinitiativen, -vereinen und -projekten vorgelebt werden und erlebbar sind. Vor allem eine innovative Kulturarbeit braucht flexible offene Organisationsstrukturen, wie sie in vielen soziokulturellen Projekten und Zentren vorhanden sind. Nicht von ungefähr sind ihre kurzen, nicht hierarchischen Entscheidungswege aber auch der – notgedrungen – effektive Einsatz der vorhandenen finanziellen Mittel traditionellen Verwaltungen nachweislich überlegen.

»Innovative Kulturarbeit braucht flexible offene Organisationsstrukturen«

Zum anderen gehört es zu den unumstrittenen sozialwissenschaftlichen Befunden, daß unsere heutige Gesellschaft durch einen tiefgreifenden Strukturwandel gekennzeichnet ist. Vor dem Hintergrund der Entwicklungs- und Beschleunigungsdynamik einer westlichen Industriegesellschaft ist dabei zum einen eine zunehmende soziale Polarisierung (Ein-Drittel / Zwei-Drittel-Gesellschaft) und zum anderen eine Pluralisierung von Lebensverläufen und Lebensstilen festzustellen.

Die Mehrzahl der Erwachsenen orientiert sich nicht mehr an einer, sondern an mehreren wechselnden Bezugsgruppen und Institutionen, sie nutzt beispielsweise die Angebote unterschiedlicher Kultur- und Bildungseinrichtungen. Zukünftig wird das Image dieser Einrichtungen auch nicht mehr von der jeweiligen weltanschaulichen Position, sondern stärker von den – subjektiv wahrgenommenen Schwerpunkten geprägt sein. Modernes Leben bedeutet für den einzelnen also sowohl neue Möglichkeiten individueller Lebensgestaltung, als auch Verunsicherungen und einen Verlust traditioneller Bindungen.

Die Tatsache, ob man zu den sogenannten Modernisierungsgewinnern oder -verlierern gehört, d.h. die materielle Grundlage, schränkt dabei entscheidend die Chancen der freien Wahl des eigenen Lebensstils mit ein. Auf der anderen Seite gibt es schwierige und komplexe gesellschaftliche Problemlagen, geraten lebens- und überlebenswichtige Fragen für den Einzelnen in eine »neue Unübersichtlichkeit«. Globalstrategien und Einheitslösungen früherer Jahre greifen weniger denn je.

»Konzepte und Strategien der Differenz und Pluralität sind nötig«

Wolfgang Welsch beschreibt diese sich verändernde Gesellschaft mit dem Begriff Postmoderne und betont die Wichtigkeit neuer gesellschaftlicher Strategien:

»Man glaubt nicht mehr, daß solche Generalstrategien – eine Glücksvision und eine Handlungsform für alle Situationen und Betroffenen – systematisch das Heil brächten. Eher hat man erkannt, daß sie sytematisch das Unheil bringen. Postmodern tellt sich die Gesellschaft als ein Gewebe höchst unterschiedlicher Gruppen, Lebensformen und Ansprüche dar. Daher sind Konzepte und Strategien der Differenz und Pluralität, nicht solche der Einheit angebracht und nötig.« (1)

Wolfgang Welsch fordert von der Kulturpolitik, gerade die Konzepte und Einrichtungen zu fördern, die den Diskurs und damit auch den Dissenz organisieren.

»Eine solche Kulturpolitik wäre bereit, sich grundsätzlich auf den Dissens von Kulturkonzepten und Kulturformen einzulassen. Zugleich sage ich, daß genau eine solche Kulturpolitik dem Sinn der Demokratie entspräche. Denn die Demokratie ist eine Organisationsform nicht so sehr für den Konsens als vielmehr für den Dissens von Überzeugungen, Ansprüchen und Rechten. Sie ist auf eine Situation gravierender Pluralität zugeschnitten. Eine einheitliche Gesellschaft wäre mit anderen Staatsformen besser bedient. Zur Demokratie hingegen gehört die grundsätzliche Präsentation, daß in der Gesellschaft unterschiedliche, gleichermaßen legitime, im letzten jedoch unvereinbare Ansprüche bestehen. Dies – eine Organisationsform für legitime Uneinigkeit in Grundüberzeugungen darzustellen – scheint mir der eigentliche Sinn zu sein.« (2)

In einer Zeit, in der, wie beschrieben, gesellschaftliche Desintegrationsprozesse vorherrschen, die den Einzelnen aus tradierten Lebensbanden und Sinnstrukturen herausreißen, können soziokulturelle Zentren zu wichtigen Kultureinrichtungen werden, die im gesellschaftlichen Entwicklungsprozeß entstandenen und im Marktgeschehen nicht verwertbaren Bedürfnisse nach Kommunikation, Partizipation und Selbstorganisation einzulösen versuchen. Dies ist in der Vergangenheit vielfach bereits geschehen: Über eine Vielzahl von Angeboten, über basisdemokratische Organisationsmodelle und kollektive Selbstverwaltung, durch themenspezifische Projektarbeit zu politisch brisanten Themen wie über die Funktion, Forum für unterschiedliche Aktivitäten zu sein. Die dabei entstehenden Lernprozesse haben vielerorts langfristige und politisch bedeutsame Veränderungs- und Widerstandspotentiale geschaffen. Soziokultur war in diesem Sinne emanzipationsfördernd und innovativ für gesellschaftliche Veränderung und Reformansätze.

In der Organisationsform der Zentren und ihren damit verbundenen Konzeptionen der Vielfalt ist aber auch, gerade zu Zeiten »neuer Unübersichtlichkeiten«, die Gefahr der Beliebigkeit angelegt, die Eintönigkeit und Indifferenz produziert.

»Die soziokulturellen Zentren müssen ihren gesellschaftspolitischen Standpunkt neu bestimmen«

»... weil dort, wo alles möglich wird, auch alles egal wird im doppelten Sinn des Wortes: gleichwertig und gleichgültig. Die vielen Möglichkeiten neutralisieren sich gegenseitig und konsonieren im weißen Rausch der Indifferenz.« (3)

Für die soziokulturellen Zentren kommt es darauf an, mehr denn je das positive Potential, das strukturell vor allem in ihrer Organisationsform angelegt ist, konzeptionell weiterzuentwickeln. Das bedeutet vielfach aber auch, daß sie ihren gesellschaftspolitischen Standpunkt neu oder erneut bestimmen müssen. Kultur und besonders Soziokultur ist nicht ohne die Frage nach dem politischen Interesse der in diesem Feld Agierenden zu bewerten, eine – eigentlich – sehr alte Frage, die in den Diskussionen um die Soziokultur in den vergangenen Jahren häufig vernachlässigt wurde. Zentren müssen also, trotz aller materieller wie personeller Probleme, gegen »Oberflächenpluralismus und Kompensation« arbeiten, wie es Wolfgang Welsch bezogen auf seine Erwartungen an eine Kulturpolitik beschrieben hat: »Lassen sie mich an dieser Stelle mein Pluralitätstheorem gegen die gängige Rede von Pluralismus absetzen. Diese versteht die Vielfalt bloß als oberflächliche Buntheit, ohne ihren einschneidenden Charakter anzuerkennen. Und sie verbindet damit ein Interesse. Solche Buntheit kann und soll eines gerade nicht tun: Sie soll nicht in Basisdefinitionen unserer Gesellschaft eingreifen. Sie soll vielmehr – hübsch im Überbau verbleibend – kompensatorische oder Auffang-Funktionen gegenüber den Negativfolgen einer unverändert weiterlaufenden, gesellschaftlichen Reproduktionsweise erfüllen. In meinem Konzept dagegen wird die Pluralität gerade dort erst interessant, wo diese übliche Rede von Pluralismus, wie sie in der offiziösen Bundesrepublik en vogue ist, davon nichts mehr wissen will: wo nämlich ein Dissens über Basisdefinitionen besteht und wo eine entsprechende Kultur in gesellschaftliche Prozesse eingreift.« (4)

Soziokultur gerät häufig in eine für sie gefährliche Ambivalenz: sie läuft Gefahr, sozialpolitisch instrumentalisiert zu werden oder aber auch bestimmte marginalisierte Gruppen auszugrenzen. Gesellschaftliche Probleme, die sich mit Begriffen wie Zweidrittelgesellschaft, Arbeitslosigkeit, neue Armut etc. fassen lassen, müssen eine Kulturarbeit zwangsläufig tangieren, die gerade den gesellschaftlichen Bezug für sich als konstitutiv beschreibt.

Trotz dieser aufgeführten Ambivalenz bestehen für soziokulturelle Zentren aber gute Voraussetzungen, gerade vor dem Hintergrund des beschriebenen gesellschaftlichen Strukturwandels auch langfristig zu einem wichtigen kulturellen wie gesellschaftspolitischen Faktor in ihren Kommunen zu werden.

Gerade Soziokulturarbeit bedeutet eine Beschäftigung mit allen Lebensverhältnissen der Menschen (Freizeit, Wohnen, Arbeiten, Verhältnis zur Umwelt). Erfolg und Wissen müssen ressortübergreifend ausgetauscht werden. Vor allem soziokulturelle Zentren können diesen Austausch organisieren. Siegfried Hummel, Kulturreferent der Stadt München, hat schon vor Jahren davon gesprochen, daß die Kulturpolitik spätestens in den 90er Jahren die Gedankenverknüpfer sein werden, die sich in allen Politikbereichen zu Wort melden werden.

Die Arbeit vor allem der soziokulturellen Zentren ist geradezu idealtypisch für einen übergreifenden Arbeitsansatz jenseits vorhandenen Sparten- und Ressortdenkens; sie können zu der institutionalisierten Variante einer neuen Kulturpolitik werden. Die Projektarbeit ist dabei quasi ein Extrakt ihrer gemeinsamen Arbeit.

Soziokulturelle Zentren als Diskursfeld

Gerade Kooperation, Vernetzung, Austausch und Gleichzeitigkeit sind wichtige Voraussetzungen dafür, daß Soziokulturarbeit ihre gesellschaftspolitischen Einfluß-, Gestaltungs- und Veränderungsmöglichkeiten entfalten kann. Ohne eine Vernetzung verschiedener Arbeitsfelder, sei es im Kleinen in einem Großstadtzentrum oder arbeitsteilig innerhalb der Kulturlandschaft einer Stadt, entsteht nicht das kritische und kreative Spannungsverhältnis, das über Ressortgrenzen hinausweist, ausgetretene Bahnen verläßt und ein Denken und Handeln in Querschnittskategorien ermöglicht. Soziokulturelle Zentren können so die gesellschaftlich entstandenen Verständnislücken füllen, indem sie ein Diskursfeld über Sinn und Sinnressourcen und über Verteilungskonflikte von gesellschaftlichen Chancen anbieten, daß nur zum Teil von den Interessensparteien selbst vordefiniert wird. Im Prinzip ist dies eine sehr mächtige Position, gerade dann, wenn potentielle Zukünfte von der Gesellschaft erdacht und erprobt wurden.

Die Arbeit in den einzelnen Bereichen soziokultureller Zentren hat ihre jeweils eigene spezifische Zielsetzung und Arbeitsform. Arbeiten gleicher Art finden daher nicht nur in soziokulturellen Zentren statt, sondern auch in anderen sozialen und kulturellen Einrichtungen. Diese mangelnde programmatische Eigenständigkeit auf der Ebene der Arbeitsformen wird häufig als Kritik gegenüber den Zentren geäußert. Unabhängig davon ist es unseres Erachtens auch eine zukunftsentscheidende programmatisch-professionelle Frage, wie es den soziokulturellen Zentren gelingt, ihre Eigenständigkeit neben den anderen (Kultur-)Institutionen zu gestalten und zu behaupten.

Jede Kunstform entwickelt im Laufe ihrer Entstehung eigene spezifische Ausdrucksmittel und Arbeitsweisen. Darüber hinaus entstehen in einem bestimmten Umfang Grenzüberschreitungen, Transzendierungen bzw. Vermischungen mit anderen, »danebenliegenden« Kunstrichtungen. In diesem Prozeß der Vermischung geht es häufig um ein neues spezifisch künstlerisches Ziel (PerformancekünstlerInnen beispielsweise bedienen sich der Kombination verschiedener künstlerischer Medien). Es gehört zum Selbstverständnis und zur Praxis fast aller soziokulturellen Zentren, unterschiedliche Kunstformen vorzustellen bzw. darin eigene kulturpädagogische Angebote zu machen. Hierbei unterscheiden sie sich zunächst von kommerziellen, traditionellen oder anderen neuen (z.B. kulturpädagogischen) Kultureinrichtungen nicht so sehr in den Kunstbereichen, sondern eher in der Auswahl der künstlerischen Produktionen (d.h. eher nicht kommerzielle, experimentelle Kunst, eher noch unbekannte oder unbequeme KünstlerInnen) und im Versuch anderer Rezeptionsformen.

Eine neue spezifisch soziokulturelle Dimension entwickelt sich aber erst aus einem diskursiv geplanten und bewußt genutzten Zusammenspiel verschiedener künstlerischer Bereiche untereinander und mit anderen Arbeitsfeldern im Zentrum.

Zentren verlieren um so mehr an eigenem Profil, je mehr sie selbst versuchen, es über andere (vor allem künstlerische) Bereiche zu gewinnen. Durch eine Transzendenz der Arbeitsformen können soziokulturelle Zentren verschiedene Arbeitsansätze und andere Kunst- und Kulturrichtungen in den Dienst ihrer Ziele stellen und gleichzeitig ein eigenes Profil als mulimediale Drehpunktorganisation gewinnen. Eine besondere Bedeutung kommen daher in diesem Rahmen die Arbeitsfelder der »Soziokultur im weiteren Sinne« zu:

- Netzwerkarbeit,
- Projektarbeit,
- spezielle Kooperationsformen in der Außenvertretung.

Diese speziellen soziokulturellen Arbeitsformen können den beteiligten Gruppen und Einzelpersonen als Träger unterschiedlicher gesellschaftlicher Interessen und mit jeweils eigenen medialen / künstlerischen / kulturellen Ausdrucksformen ein Maximum an eigener Identität erhalten und gleichzeitig einen erheblichen Multiplikationseffekt und Qualitätsgewinn ermöglichen.

Kultur ist keine freiwillige Leistung

In den Haushaltsdiskussionen im Herbst wird es mehr denn je darauf ankommen, die zentrale Rolle von Kunst und Kultur und dabei vor allem der Soziokultur, für die Bildung der Menschen und ihr Zusammenleben, für eine humane Stadtentwicklung offensiv zu vertreten. Es muß deutlich werden, daß Kultur keine freiwillige Leistung ist, die in kargen Zeiten getrost zusammengestrichen werden kann und Kulturpolitik sich nicht gegen Kindergartenplätze, Altenheime und sozialen Wohnungsbau ausspielen läßt. Gerade in der Situation des Auseinanderfallens der Gesellschaft, zunehmender Entsolidarisierung, dramatisch wachsenden Rechtsextremismus und gewalttätiger Ausschreitungen gegen Minderheiten und Schwache ist eine um Solidarität in der Stadt bemühte Kulturpolitik dringender denn je.

Aber wie sagte Otto Rehhagel: Irgendwann wird ehrliche Arbeit belohnt, und hat er nicht Recht behalten ... ●

Anmerkungen:
(1) **Wolfgang Welsch**, Kulturpolitische Perspektiven in der Postmoderne, in: Comel. **Hajo/Knigge, Volkhard (Hg.)**: Das neue Interesse an der Kultur, Dokumentation Nr. 34 der Kulturpolitischen Gesellschaft, Hagen 1990, S. 78
(2) ebd. S. 85
(3) ebd. S. 81
(4) ebd. S. 86

Aus: Informationsdienst Soziokultur Nr. 4/93. Der Beitrag erschien zuerst in rundbrief Nr. 11, November 1993, Landesarbeitsgemeinschaft soziokultureller Zentren in Niedersachsen (Hg.)

BUCHTIP

Soziokulturelle Zentren

Diese Studie ist die erste umfassende Analyse der Entwicklung der soziokulturellen Zentren in der Bundesrepublik. Untersucht werden u.a. die Geschichte der Zentren, ihre BesucherInnenzusammensetzung, die Programmangebote und die MitarbeiterInnenstruktur sowie – daraus abgeleitet – Anforderungen an die Qualifikation für ein Berufsfeld »soziokulturelle Zentren«.

Udo Husmann, Thomas Steinen: Soziokulturelle Zentren. Rahmenbedingungen, Grundfunktionen, Berufsfeld und Qualifikationsvoraussetzungen. ISBN 300474-080-6, 279 S., 32 DM

PROJEKTMITTEL

Kultur trotz(t) Rezession

Öffentliche Ausschreibung: Die soziokulturelle Landschaft ist von den aktuellen Sparbeschlüssen der öffentlichen Haushalte akut bedroht (s. auch die Erklärung zur Einstellung der Förderung soziokultureller Projekte in den neuen Bundesländern durch die »Stiftung Kulturfonds« auf Seite 14). Finanziell und politisch schlecht abgesichert, gehören die freien Kulturinitiativen und Projekte in der Regel zu den ersten Opfern der »Sparpolitik«.

Aber die Soziokultur lebt – trotz Rezession. Sie setzt mit phantasievollen und kreativen Projektideen Zeichen für die Notwendigkeit und Widerständigkeit der Kultur (auch) in Zeiten knapper Kassen. Der »Fonds Soziokultur« unterstützt die AkteurInnen bei diesem Bemühen.

Der Fonds Soziokultur fördert seit 1988 zeitlich befristete Projekte im Bundesgebiet, die sich um die Entwicklung und praktische Erprobung neuer Angebots- und Aktionsformen bemühen. Die Vorhaben sollen Modellcharakter besitzen und geeignet sein, anderen soziokulturellen Initiativen und Einrichtungen ein nachahmenswertes Vorbild zu geben. Dem Fonds steht im Haushalt 1994 ein Etat von DM 800.000 zur Verfügung.

Initiativen und Vereine können ab sofort Förderanträge stellen. **Einsendeschluß ist der 31. Januar 1994.** Anträge von Einzelpersonen, Kommunen und Einrichtungen in kommunaler Trägerschaft können nicht berücksichtigt werden. Auch eine Beantragung von Zuschüssen für Investitionen ist nicht möglich. Am 19. April 1994 entscheidet das Kuratorium des Fonds über die eingangenen Anträge.

Antragsvordrucke für die Mittelvergabe 1994 und die Förderrichtlinien können bei der Geschäftsstelle des Fonds angefordert werden: Fonds Soziokultur e.V., Hohenhof, Stirnband 10, 58093 Hagen, Tel. (0 23 31) 5 85 01, Fax 5 68 24.

FORTSETZUNG VON SEITE 1:

Der europäische Finanzdschungel – ein Wegweiser

Das gemeinschaftliche Förderkonzept von EU, Bund und Ländern orientiert sich an 5 Förderzielen für jeweilige Zielgebiete:

Ziel 1: Förderung der Entwicklung und der strukturellen Anpassung rückständiger Regionen. (Zielgebiet FNL).

Ziel 2: Umstellung der vom industriellen Niedergang ernsthaft betroffenen Regionen.

Ziel 3: (früher)Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit – (neu) Erleichterung der Eingliederung der vom Ausschluß aus dem Arbeitsmarkt betroffenen Personen in das Erwerbsleben.

Ziel 4: (früher) Förderung der beruflichen Eingliederung junger Menschen – (neu) Erleichterung der Anpassung der Arbeitskräfte an die industriellen Wandlungsprozesse und an Veränderungen der Produktionssysteme.

Ziel 5: Agrarreform a) Anpassung der Agrarstruktur, b) (früher) Förderung der Entwicklung ländlicher Gebiete – (neu) Entwicklung und strukturelle Anpassung des ländlichen Raums (z.B.: Zielgebiet Bayerischer Wald).

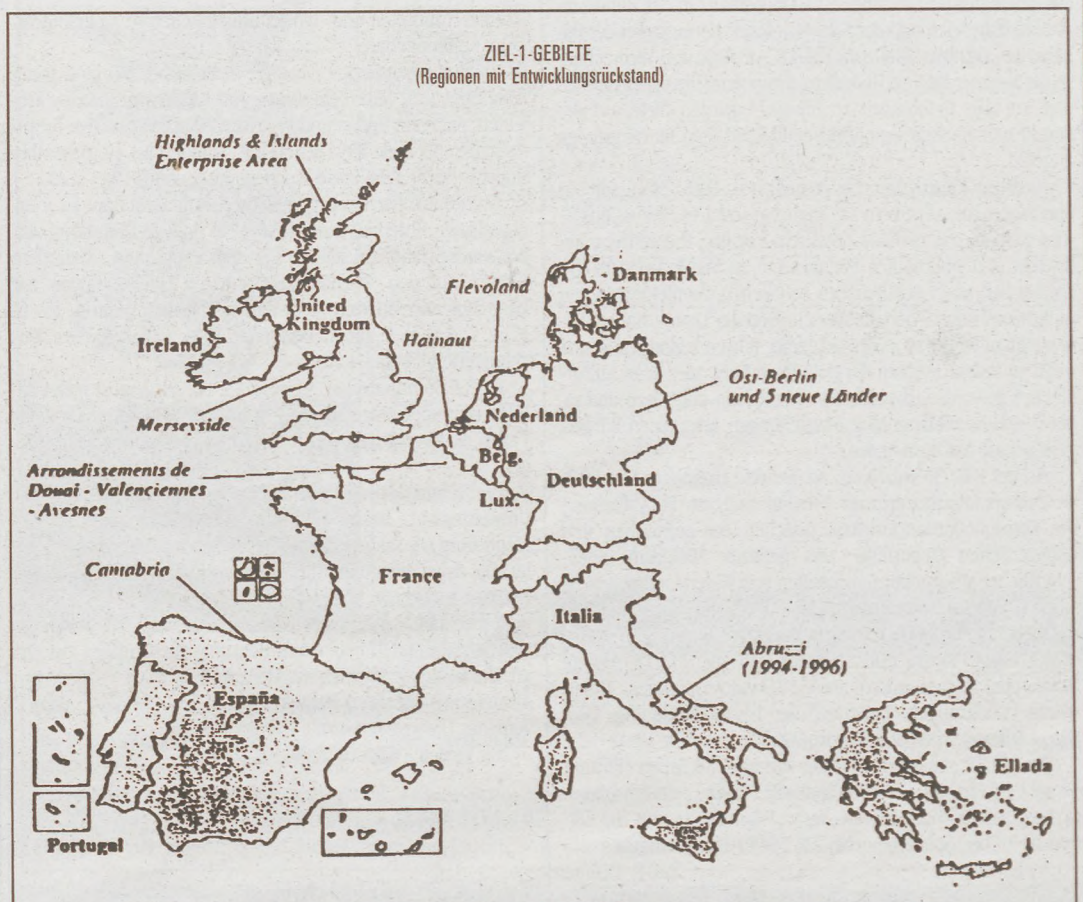
Die aktuelle Festlegung der Zielgebiete gilt für sechs Jahre (1994 bis 1999).

Jahr	Insgesamt	Zielgebiet 1
1994	20.135,00	13.220,00
1995	21.480,00	14.300,00
1996	22.740,00	15.330,00
1997	24.026,00	16.396,00
1998	25.690,00	17.820,00
1999	27.400,00	19.280,00
	in Mio. ECU	in Mio. ECU

In Materialien zum GFK lassen sich die Förderschwerpunkte des Bundes und der Länder studieren: in Hessen gibt es z.B. Beihilfen für Selbsthilfefirmen für psychisch Behinderte und Körperbehinderte, Maßnahmen zugunsten von Wanderarbeitern, Maßnahmen zugunsten besonders benachteiligter Jugendlicher und zur Bekämpfung von Langzeitarbeitslosigkeit. Besondere Erleichterungen für Bearbeitungs- und Entscheidungsverfahren bestanden für das »Gemeinsame Förderkonzept für die ehemalige DDR«, dem einzigen Ziel 1 betreffenden Raum in Deutschland (gültig bis Ende 93) und werden auch nach dem neuen Rahmenkonzept der EU bevorzugte Förderschwerpunkte (auch für das Zielgebiet 1) aus dem Kohäsionsfonds ermöglichen.

Der für die Zielgebiete mögliche EG-Förderanteil differiert erheblich: Fast 70 % (Tendenz steigend) aller Strukturfondsmittel sind für das Ziel 1 vorgesehen. Bis 1999 werden insgesamt ca. 280.000 Mio. DM (141.471 Mio. ECU) aus den Strukturfonds fließen, von denen ca. 180.000 Mio. DM allein für Ziel 1 bestimmt sind. Redaktionsschluß für die aktuelle Programmplanung war Anfang November 1993.

Interventionssätze der EG differieren jedoch auch stark in ihrem jeweiligen Finanzierungsanteil: Für Ziel 2 bis 4 und 5 b)-Gebiete sind es in der Regel 50 %: in Ziel 1-Gebieten sind es in der Regel 75 % der Gesamtkosten (bei äußerst entfernt liegenden griechischen Inseln sogar bis zu 85 %).



Ziel-1-Gebiete im Zeitraum 1989-1993 und im Zeitraum 1994-1999 (ausgenommen Abruzzen bis 31. Dezember 1996).

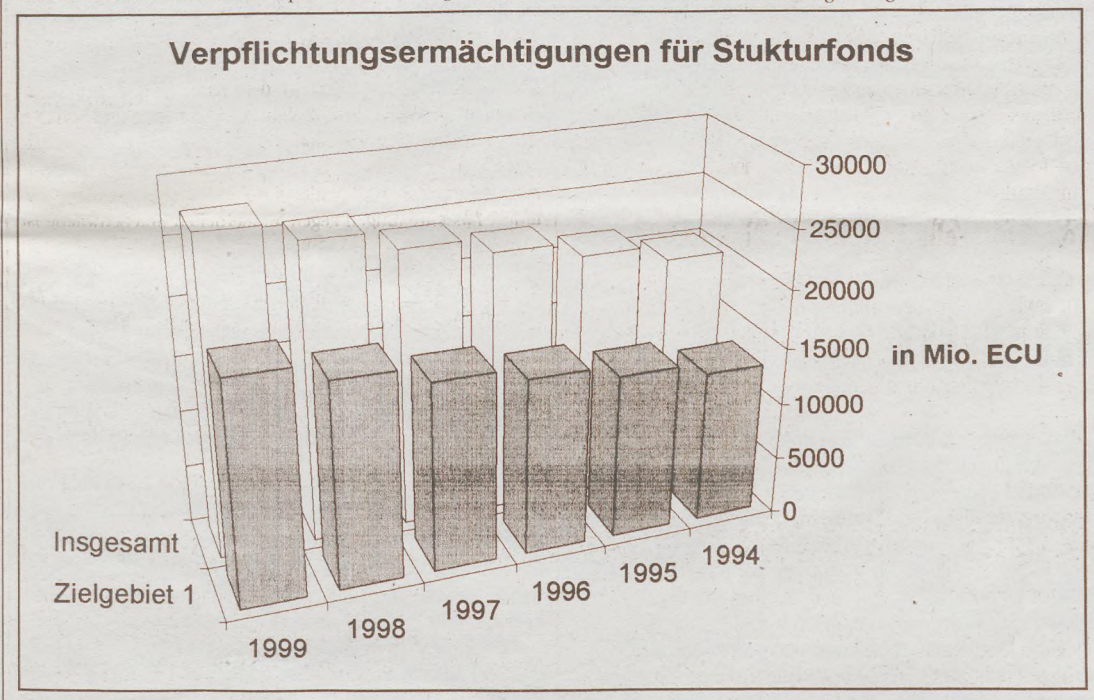
Neue Ziel-1-Gebiete im Zeitraum 1994-1999.

ANWENDUNGSBEREICHE

Auch die Anwendungsbereiche sind nach der Änderung ihrer jeweiligen Verordnung für den Zeitrahmen 1994 bis 1999 fonds- und zielgebietsspezifisch definiert:

- Der **Regionalentwicklungsfonds EFRE** förderte bislang schon produktive Investitionen, Infrastrukturen, endogene Entwicklung (Aktivitäten lokaler Entwicklungsinitiativen und der KMU) sowie Pilotvorhaben, legt aber nebst der Hinzunahme des Förderschwerpunkt transeuropäische Netze neuerdings auch weitere Förderakzente für Zielgebiet 1 auf Investitionen im Erziehungs- und Gesundheitswesen und für Zielgebiete 1, 2 und 5 b) auch auf Forschung und Entwicklung.
- **Der Sozialfonds (ESF)** konzentrierte sich bisher auf die berufliche Bildung, Anstellungsbeihilfen und Innovationen und fördert neuerdings in letzteren Zielgebieten nebst Forschung und Entwicklung auch Systeme der allgemeinen und beruflichen Ausbildung unter besonderer Stützung von Ausbildungssystemen speziell im Zielgebiet 1.
- **Der Landwirtschaftsfonds (EAGFL)** fördert nicht mehr nur Betriebsmodernisierung und gezielt in Ziel 1 und 5 b)-Gebieten landwirtschaftliche Entwicklungsmaßnahmen – wie bisher –, sondern in letzteren Gebieten in der neuen EAGFL-Verordnung auch Vermarktung örtlicher Erzeugnisse, durch Randlagen bedingten Karastrophenschutz sowie Dorfsanierung, Schutz des ländlichen Besitzstandes und – wie es etwas lapidar heißt – Finanzierungstechniken. Außerdem kommt der fischereispezifische Fonds FIAF hinzu.

Angesichts der breiten Palette somit möglicher EG-Finanzierungen schreibt die zugrundegelegte Koordinierungsverordnung jedoch fest, daß jeder Mitgliedsstaat »in allen betroffenen Gebieten seine öffentlichen Strukturausgaben oder Ausgaben gleicher Art mindestens in der Höhe des vorangegangenen Programmplanungszeitraums aufrechterhält«, wobei jedoch »gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen« – etwa die konjunkturelle Entwicklung der einzelnen Volkswirtschaft – aber auch »einige spezifische wirtschaftliche Entwicklungen« – so etwa Privatisierungen oder außergewöhnliche Höhe bisheriger Strukturausgaben – berücksichtigt werden.



BISHER GEFÖRDERTE AKTIVITÄTEN

Das gemeinschaftliche Förderkonzept (GFK) unterstützt zahlreiche Aktivitäten, die für Projektearbeit nicht alle von Relevanz sind. Die wichtigsten Aktivitäten der Strukturfonds sind:

- Investitionen in öffentliche Infrastrukturen gesamtwirtschaftlicher Bedeutung: Straßen, Fernmeldeeinrichtungen, See- und Flughäfen, Binnenwasserstraßen, Seeschifffahrt, Dämme, Berufsbildungszentren, Einrichtungen für Transportunternehmer, Fremdenverkehrseinrichtungen, Unternehmensberatung und -förderung.
- Investitionen in industrie- und markt- oder nicht marktbezogene Dienstleistungen.
- Investitionen in der Agrar- und Lebensmittelindustrie und im Fischereiwesen (Verarbeitung und Absatz) u.U. auch für Bau und Erwerb von Immobilien (keine Ländereien), Maschinen und Anlagen, Computersoftware, Studien, Sachverständigenberichte.
- Investitionen in Fischerei und Meereswirtschaft (Bau von Schiffen, Verarbeitung, Lagerung und Absatz).
- Zuschüsse bei Einstellung von Personal und Gründung selbstständiger Existenzen.
- Berufsbildungsprogramme.
- Beihilfen für speziell auf KMU zugeschnittene Strukturen und Dienste: KMU-Gruppierungen, Marktstudien, Technologietransfer- und Innovationsprojekte, Starthilfe.
- Anpassung der land- und forstwirtschaftlichen Produktionsstrukturen: Hilfe bei Betriebsgründung oder -aufgabe, Erzeugergruppen, Flurordnung.

FÖRDERMITTEL

Projektrelevante Fördermittel stecken eher in den Gemeinschaftsinitiativen der EG, für die seit 1989 ca. 10% der Verpflichtungsermächtigungen der Strukturfonds aufgebracht wurden. Gemeinschaftsinitiativen sind solche, »die für die Gemeinschaft von besonderem Interesse sind«. Für sie ist auch für die Planung 1994 bis 1999 9% der Verpflichtungsermächtigungen der Strukturfonds vorgesehen. In der Planung kann des weiteren »ein begrenzter Teil der Mittel für regionalbezogene Initiativen... außerhalb der unter die Ziele 1, 2 und 5 b) fallenden Gebiete verausgabt werden.«

Gemeinschaftsinitiativen bestehen nach Vorschlag eines Grünbuchs der Kommission vom 16. Juni 1993 (»als Diskussionsrahmen über die Zukunft dieser Initiativen«) für »Beschäftigung und Entwicklung von Humanressourcen«, aber auch »Bewältigung des industriellen Wandels«, »grenzübergreifende, transnationale und interregionale Zusammenarbeit und Netze«, »ländliche Entwicklung« und »Förderung der ultraperipheren Regionen«.

Das gemeinschaftliche Förderkonzept kennt folgende Zuwendungsarten: Operationelle Programme, Großprojekte, Globalzuschüsse, nationale Hilfsprogramme (sofern sie nicht den Wettbewerb aushebeln), innovationsfördernde Maßnahmen.

Gemeinschaftsinitiativen hingegen »haben in der Regel die Form operationeller Programme, können jedoch auch die Form von Globalzuschüssen haben.« Ein Ausschuß für Gemeinschaftsinitiativen bei der Kommission (EU-Mitgliedsstaaten unter Vorsitz eines Vertreters der Kommission) wacht über die Zuwendungen. Charakteristisch ist auch ihre transnationale Orientierung, da Antragsteller in Zusammenarbeit mit Antragstellern aus mindestens zwei anderen EU-Ländern vorgehen müssen (Liste siehe Kasten). ●

In unserer nächsten Ausgabe setzen wir den Artikel mit einer Dokumentation der wichtigsten Einzelmaßnahmen, einer Darstellung von Förderbeispielen, einer Aufzählung und Erklärung von Kooperations- und Vernetzungsmöglichkeiten sowie einer Bekanntgabe der wichtigsten Lobbyadressen fort.

BISHERIGE UND KÜNFTIGE EG-GEMEINSCHAFTSINITIATIVEN

Liste der von der Kommision zwischen 1989 und 1993 beschlossenen Gemeinschaftsinitiativen:
(in Mio. ECU zu Preisen von 1989)

- **Envireg:** 500 reg. Aktionsprogramm im Umweltbereich
- **Interreg:** 800 Zusammenarbeit von Grenzgebieten
- **Rechar:** 300 Diversifizierung von Kohlegebieten
- **Regis:** 200 Integration der ultraperipheren Regionen
- **Stride:** 400 Förderung d. reg. Forschgs., Techn. u. Innovationspotentials
- **Regen:** 300 Energieverbundnetze
- **Telematique:** 200 Telematikdienste und -netze
- **Prisma:** 100 Vorbereitung der Unternehmen auf den Binnenmarkt
- **Euroform:** 300 Neue Berufsqualifikation
- **Now:** 120 Förderung der Chancengleichheit (Frauenprojekte)
- **Horizon:** 180 Zugang von Behinderten und Benachteiligten z. Arbeitsmarkt
- **Leader:** 400 Ländliche Entwicklung

Insgesamt 3.800

Darüberhinaus wurden unlängst beschlossen

- **Retex:** Diversifizierung in Geb. m. Abh. v. d. Textilindustrie und
- **Konvex:** Diversifizierung in Geb. m. Abh. v. d. Rüstungsindustrie

sowie die Aufstockung der Mittel für Now und Horizon. Ein zusätzlicher Betrag von 0,3 Milliarden ECU wurde zur Verfügung gestellt.

Für umweltpolitische Vorhaben dürfte nach der Empfehlung der Kommission im Grünbuch künftig interessant sein die »grenzübergreifende, transnationale und interregionale Zusammenarbeit und Netze« im Rahmen von Interreg und Regen sowie die »ländliche Entwicklung« (im Rahmen von Leader) sowie die »Förderung der ultraperipheren Regionen« (im Rahmen von Regis).

Für sozial/kulturell/industriell aktive Projekte hingegen bietet sich an die Zielsetzung der »Entwicklung der Humanressourcen« (mit Now, Horizon und Euroform) sowie die der »Bewältigung des industriellen Wandels« (mit Resider, Retex, Konver, aber auch Prisma, Telematique und Stride in den Ziel-1-Gebieten).

Als erklärte Gemeinschaftspolitik wird hierbei angesehen:

- Anwendung des Grundsatzes der Chancengleichheit für Männer und Frauen,
- Anwendung der Wettbewerbsregeln (spez. Prüfung bei Vorhaben über 50 Mio. ECU),
- Einhaltung gemeins. Vorschriften über die Vergabe öffentlicher Aufträge und
- Einhaltung einer gemeinsamen Umweltpolitik.

Insbesondere die Umweltauswirkungen vorgesehener Maßnahmen und Sondervorschriften der Mitgliedsstaaten sind gesondert auszuweisen.

Programme ohne transnationale Trägerschaft

Darüberhinaus bestehen jedoch auch noch fast 300 Einzelprogramme, für deren Antragstellung keine transnationale Trägerschaft erforderlich ist. Diese haben klangvolle Namen wie Lingua (finanziert Sprachunterricht), Kaleidoskop (unterstützt Kulturveranstaltungen) oder Petra (unterstützt selbstorganisierte Jugendprojekte). ●

Die bundesdeutsche Gesellschaft verfügt über einen großen Fundus bewußter und unbewußter als Wissensvorräte behaupteter Urteile über die hier lebenden Roma.
Ein gesellschaftliches Interesse, dieses Wissen kritisch zu überprüfen, Wahrnehmungsmuster zu hinterfragen, gibt es allenfalls sporadisch.
Aus der Zusammenarbeit zwischen Roma und UnterstützerInnen im Rom e.V. in Köln heraus entstand der Plan zu dieser Zeitschrift. Sie soll dazu beitragen, Wahrnehmungen in Frage zu stellen, vermeintliches Wissen zu überprüfen. Unter jeweils einem Themenschwerpunkt werden aktuell Materialien zur Situation der Roma zusammengestellt.
Der Name jek cip, Romanes für: mit einer Zunge reden, soll die gleichberechtigte Zusammenarbeit, Dialog und Verständigung immer wieder einfordern. Als Themen der nächsten Nummern sind bisher geplant: Leben in der Illegalität; Roma als Gastarbeiter in der BRD; Selbstorganisation; Rassismus gegen Roma; Roma und UnterstützerInnen - Schwierigkeiten der Zusammenarbeit.

Inhalt dieser Ausgabe:
Kriminalitätsberichterstattung über Roma in der Lokalpresse
Roma-Kinder als Kriminelle
Roma in der Spiegel-Berichterstattung
Der Presserat, eine Instanz gegen Diskriminierung?
Die Konstruktion der Ostjuden in der Weimarer Republi

Bestellungen an: Rom e.V., Bobstr. 6-8, 50676 Köln
Einzelpreis: 4,- DM

MEDIENSPLITTER

DIE BEUTE – Politik und Verbrechen

Ab Februar 1994 soll es eine neue Vierteljahreszeitschrift für die »politische und künstlerische Opposition« in der Bundesrepublik, Österreich und der Schweiz geben. Herausgeber der Publikation mit dem Titel »DIE BEUTE – Politik und Verbrechen« ist die Berliner Edition ID-Archiv. Um potentielle InteressentInnen auf den Geschmack zu bringen, wurden diese auf der Frankfurter Buchmesse mittels einer 20seitigen Einstiegsdroge angefixt.

In dieser Einstiegsbroschüre heißt es: »DIE BEUTE soll ein übergreifendes, allgemein zugängliches lesbares Diskussionsforum werden, das radikale Gesellschaftskritik, theoretische Reflektion und praktisches Engagement zu verbinden versteht. Die zur Zeit noch existierenden politischen, feuilletonistischen und theoretischen Vierteljahresschriften der Linken haben diese wichtige Funktion in den achtziger Jahren verloren. Sie sind meist zu faden Organen der Politikberatung oder öden Kulturblättern geworden, die sich der Staatsräson anbiedern und einer von konservativen Moralvorstellungen getragenen Bürgergesellschaft das Wort reden.«

Ziel der BEUTE-Redaktion, an der viele ehemalige Frankfurter Diskurs-MitarbeiterInnen beteiligt sind, ist die Aufhebung der Kommunikationslosigkeit zwischen der politischen und künstlerischen Opposition. Das gesamte Spektrum gesellschaftlicher Ausdrucksmöglichkeiten und Widerstandspotentiale soll Gegenstand der Auseinandersetzung sein. Neben den traditionellen Rubriken: Geschichte, Ausland, Recht und Justiz, Musik, Film, Kunst und Literatur will die BEUTE weitere Schwerpunkte, wie internationale Gewaltverhältnisse, Dokumente (Erklärungen, Debatten) der linken Bewegung, Drogen, Antisemitismus und Rassismus aufnehmen.

Die BEUTE soll einen Umfang von ca. 150 Seiten (Format 16 x 23 cm) haben. Ein Einzelheft soll 14 Mark, ein Jahresabonement soll 48 Mark kosten. Vorbestellungen nimmt die Edition-ID-Archiv, Schliemannstr. 23, 10437 Berlin entgegen.

Kai F. Böhne
Aus: Radio von unten, November 1993

Anzeige

WECHSEL WIRKUNG
Zeitschrift für
TECHNIK NATURWISSENSCHAFT GESELLSCHAFT

WECHSELWIRKUNG berichtet über gesellschaftliche Auswirkungen von Naturwissenschaft und Technik.

WECHSELWIRKUNG analysiert die soziale, politische und ökonomische Funktion von Wissenschaft und Technik und zeigt deren Perspektiven und Alternativen auf.

WECHSELWIRKUNG behandelt politische und gesellschaftliche Themen auch unabhängig von Technik und Naturwissenschaft.

WECHSELWIRKUNG erscheint alle zwei Monate im Buchhandel.

Nr. 64, Dezember 1993

Schwerpunkt:
Mobile Kommunikation -
Überall erreichbar oder nirgends in Ruhe
Welche Träume werden wahr ? ... Mobilfunk - ein technischer Überblick ... Der Mensch im elektromagnetischen Feld ... Mobilkommunikation in der Arbeitswelt
Naturwissenschaft und Technik:
Biotechnologie und Dritte Welt ... Kombinierter Güterverkehr im Jahre 2010
Gesellschaft und Politik:
Ingenieurinnen in Sachsen ... Mediation auf dem Prüfstand ... Wer zahlt für den Umweltschutz ?
Frauen:
Auf den Spuren von Grace Murray Hopper

Bestellen Sie mit diesem Coupon
☐ Probeheft für 2 DM in Briefmarken
☐ Das aktuelle Heft für 9 DM (Scheck!)
Bestellungen an WECHSELWIRKUNG, Mariabrunnstr. 48, D - 52064 Aachen
Contrast

PRESSESCHULUNGEN & WORKSHOPS

Druck machen – Veränderung durchsetzen

Presseschulungen und -workshops machen fit zu erfolgreicher Medienarbeit

Die Bildungsgruppe für Ökologie & Selbstbestimmung bietet Schulungen für MitarbeiterInnen von lokalen, regionalen Projekten, Aktionsgruppen und Projektwerkstätten an. Vier Termine stehen bis Ende 1994 schon fest. Vom 17. bis 19. Dezember findet in Verden die letzte Wochenendschulung 1993 statt.

Grundsätze der Werbepsychologie, Kontaktaufbau zu JournalistInnen, Interviewtraining und die richtige Gestaltung von Presseinformationen stehen auf dem Programm. Außerdem werden auf den Wochenendschulungen Hilfestellungen zur kampagnenorientierten Medienarbeit gegeben. Vom 4. bis 6. März und vom 2. bis 4. Dezember 1994 finden weitere Wochenendschulungen statt.

In den Sommerferien '94 vom 25. bis 28. August bietet die Bildungsgruppe eine Schreibwerkstatt an. Hier können an vier Tagen die Grundlagen von Pressearbeit praktisch erprobt werden.

Die TeamerInnengruppe hat unter anderem das AufTakt Umweltfestival (August 1993 mit 10.000 TeilnehmerInnen in Magdeburg) in Sachen Presse- und Öffentlichkeitsarbeit begleitet. Die dabei gemachten Erfahrungen fließen in die Seminare mit ein.

Neben den feststehenden Seminaren bietet die Bildungsgruppe Extra-Schulungen und Beratung für Gruppen vor Ort an, die konkrete Themen angehen wollen.

Anmeldung & Informationen:
Verdener Umweltwerkstatt · Herrlichkeit 1a
27283 Verden · ☎ (0 42 31) 8 10 46

5 JAHRE KANAL 4

Kurz, spät, rücksichtlos

Kanal 4 feiert Geburtstag. Vor fünf Jahren ging er zum erstenmal auf Sendung – mit Günter Walraffs Film »Ganz unten«.

Angefangen hatte alles Mitte der achtziger Jahre, als die Zulassung von privatem Fernsehen bevorstand. Nordrhein-westfälische Filmemacher und Videoproduzenten sowie Kulturschaffende aus dem Theater- und Musikbereich schlossen sich zusammen, um einen eigenen Sender zu gründen. Ihr Ziel war, dem rein kommerziellen Privatfernsehen ein nicht an Einschaltquoten orientiertes Kulturprogramm entgegenzusetzen, das engagiert, kritisch, aber auch experimentell sein sollte. So wurde 1988 in Köln die »Kanal 4 Rundfunkgesellschaft in Nordrhein-Westfalen mbH« gegründet.

Als RTL und SAT1 im Jahr 1988 auf Sendung gingen, waren auch Spartenprogramme wie Kanal 4 und Alexander Kluges DCTP dabei. Denn um dem Landesrundfunkgesetz zu entsprechen und den Charakter eines Vollprogramms zu erfüllen, brauchten RTL und SAT1 die Ware »Kultur« und »Information« für ihr ansonsten unterhaltungsorientiertes Programm. Seitdem konnte Kanal 4 sich erfolgreich auf den Frequenzen von RTL und SAT1 behaupten: Die jährliche Sendezeit hat sich 1993 gegenüber 1989 mit insgesamt 3.300 Minuten verdreifacht. Noch immer betrachten RTL und SAT1 die kleinen Anbieter als lästige Untermieter, auch wenn sie sie inzwischen zähneknirschend akzeptieren. Mit seinen Beiträgen, auf die die großen Sender keinen Einfluß nehmen dürfen, stellt Kanal 4 ein Kontrastprogramm dar, das in der Tat nicht zur Programmfarbe von RTL und SAT1 paßt: So folgt beispielsweise auf RTLs »Playboy Late Night-Show« ein Kanal 4-Dokumentarfilm über AsylbewerberInnen in Deutschland oder über die Arbeit des Berliner »Behandlungszentrums für Folteropfer«.

Gesendet wird bundesweit um Mitternacht (jeden Sonntag um 24 Uhr bei RTL, jeden zweiten Montag um 23.45 Uhr bei SAT1). Auf diese späten Sendezeiten haben die MacherInnen von Kanal 4 leider wenig Einfluß – RTL und SAT1 wollen es so.

Themen der nächsten Sendezeiten: Der Fall des Roma Nidar Pampurova/ Deutschlands neuer Geheimdienst/ Wie die IG Farben am 3. Reich und der deutschen Wiedervereinigung verdient/ »Faxenmacher« – ein ostdeutsches Theater kämpft ums Überleben/ »Mit dem Sterben leben« – Bericht aus einem Hospiz.

Damit die ZuschauerInnen das Kanal 4-Programm aber besser wahrnehmen können, soll ab jetzt regelmäßig alle zwei Monate eine eigene »Mini-Fernsehzeitschrift« herausgegeben werden: Ihr Name »Teaser«. Zum Preis von 10 DM (einschließlich Versandkosten) bekommt man/frau dann sechs Ausgaben. Zu erhalten über: Kanal 4, Kolumbastr. 3, 50667 Köln, Tel. (0221) 257 55 01, Fax 257 55 98

Aus: Kölner Volksblatt 11/93

Anzeige

ökowerk
Unser Konzept für Ihre Altersversorgung
★ Wir kümmern uns um Ihre Rente!
★ Wir versichern Sie gegen Berufsunfähigkeit!
★ Wir informieren Sie regelmäßig über wichtige Änderungen im betrieblichen Bereich!
Öko-Versorgungswerk
Fichtenstr. 42 • 4000 D'dorf 1 • 0211 – 9737151
e.V. Interessengemeinschaft ökologisch orientierter Betriebe und Selbständiger

GARTENBAU

Biologisches Saatgut

Im Rahmen der allgemein-gesellschaftlichen Diskussion zu Fragen der Gentechnik wird dem Bereich Agrartechnologie zu wenig Beachtung geschenkt. Statt über Schreckensmeldungen aus der Forschung zu berichten, stellen wir einen Zusammenschluß von Betrieben zur Rettung und Wiedereinführung von altem verdrängtem Saatgut vor.

Wolfgang Kreimer, Redaktion Heidelberg ● Dem Samenkorn kommt im Biologischen Gartenbau eine besondere Rolle zu. Es trägt die ganze Vergangenheit der jeweiligen Kulturpflanzsorte in sich. Bis vor 200 Jahren züchteten und vermehrten LandwirtInnen und GärtnerInnen ihre eigenen Nutzpflanzen. So entwickelte sich eine große Vielzahl unterschiedlicher, regional angepaßter Landsorten. Diese Landsorten zeichneten sich durch ein breites Spektrum an Eigenschaften aus. Große und kleine, frühe und späte Pflanzen wuchsen in diesen Beständen nebeneinander.

Mit dem Beginn der gewerblichen Züchtung wurden neue Zuchtziele verfolgt. Die Landwirte forderten Sorten mit höheren Erträgen. Die Mechanisierung der Landwirtschaft benötigte leicht und gleichzeitig erntbare Sorten. Die Industrie stellte Ansprüche an die gute Verarbeitungsfähigkeit der Sorten. Der Handel war interessiert an verzögerter Reife und guter Transportfähigkeit. Viele alte, bewährte Sorten verschwanden auch aus dem Angebot, da immer mehr Zuchtbetriebe aufgeben mußten. Auch die Einführung leicht löslicher Dünger und der Pestizide veränderte die Eigenschaften vieler Sorten. Durch leicht lösliche Düngesalze war die Ausbildung von starken Wurzelsystemen nicht mehr nötig. Die Förderung der Krankheits- und Beikrauttoleranz wurde vernachlässigt, da beides mit Pestiziden unter Kontrolle gebracht werden kann.

Auch im gesündesten Bio-Garten können solche Pflanzen keine optimale Gesundheit zeigen. Daher ist es für biologisch arbeitende GärtnerInnen wichtig, seit Generationen biologisch vermehrtes Saatgut in ihren Gärten zu verwenden. Dieses Saatgut sollte möglichst von Flächen stammen, die vom Boden und Klima her den eigenen Gartenbedingungen entsprechen. (Von vielen konventionellen Züchtern wird das Saatgut im südlichen Ausland vermehrt, um möglichst wenig klimabedingten Ertragsausfall zu haben.) Bisher konnten Klein- und HobbygärtnerInnen Saatgut aus kontrolliert biologischem Anbau fast nur aus dem Ausland beziehen. Seit 1993 bietet nun »Dreschflegel« eine breite Palette an Gemüse-, Kräuter- und Zierpflanzsamen aus kontrolliert biologischen Betrieben an. »Dreschflegel« ist eine Gemeinschaft verschiedener Vermehrungsbetriebe, die zum Teil schon über viele Jahre ihre Sorten selbst vermehren. Durch Auslese unter natürlichen Bedingungen wird in den Betrieben versucht, den vernachlässigten alten Sorten ihre Vitalität zurückzugeben. Da auf den Betrieben verschiedene Klima- und Bodenverhältnisse herrschen, entstehen mit der Zeit regional angepaßte Sorten. Jede KundIn kann sich Sorten von Betrieben aussuchen, die ihren Anbaubedingungen entsprechen.

Spezielle Zuchtziele von »Dreschflegel« sind:
- Hohe Krankheits-, Schädlings- und Beikrauttoleranz,
- gute Erschließung langsam fließender Nährstoffquellen,
- Anpassung an Boden- und Klimabedingungen,
- Erhalt der Gen-Vielfalt,
- Ertragssicherheit auch unter nicht optimalen Bedingungen,
- guter Geschmack-, Nahrungs- und Gesundheitswert,
- gute Lagerfähigkeit u.v.a.m.

Die »Dreschflegel« beschäftigen sich neben den gängigen Gemüsesorten auch mit dem Erhalt und der Verbesserung geeigneter alter Sorten, sowie mit weitgehend in Vergessenheit geratenen Kulturarten. Beispiele hierfür sind die bereits bei den RömerInnen bekannte Gartenmelde und die Haferwurz.

Bei »Dreschflegel« werden nur frei abblühende, reine Sorten angeboten. Diese zeichnen sich dadurch aus, daß sie Jahr für Jahr nachgebaut und beständig weiter entwickelt werden können. In diesen Pflanzen wird die genetische Vielfalt der Vergangenheit für die Züchtungen der Zukunft bewahrt. Im Gegensatz dazu stehen die F1-Hybriden, die am Ende einer intensiven und teuren Züchtung für ein Jahr hohe, beste Erträge bringen. Diese Hybriden können aber ihre guten Eigenschaften nicht weitergeben, da sich ihre Nachkommen in viele zum Teil völlig geschwächte Linien aufspalten.

Viele alte Sorten, die nicht mehr zugelassen sind, d.h. nicht gewerblich gehandelt werden dürfen, sind gerade für HobbygärtnerInnen, PermafreundInnen und SelbstversorgerInnen interessant. »Dreschflegel« wird sich bemühen, solche Sorten anzumelden. Auch werden die Betriebe verstärkt an eigenen Neu-Züchtungen arbeiten, um den GärtnerInnen optimale Sorten zur Verfügung stellen zu können. Die Anmeldung von alten und neuen Sorten beim Bundessortenamt ist mit hohen Kosten verbunden. Ihr könnt uns dabei unterstützen, indem Ihr von uns Patenschaftsanteile dieser Sorten kauft. Als AnteilseignerInnen könnt Ihr dann am Züchtungsprogramm mitwirken, indem Ihr kostenloses Saatgut erhaltet, um es auf eigenem Boden im Anbau zu testen.

Alle Betriebe von »Dreschflegel« arbeiten »Kontrolliert-Biologisch«. ●

Weitere Informationen gegen 3 DM in Briefmarken:
Dreschflegel · Biol. Gemüsesaatgut
Föckinghauser Weg 9 · 49324 Melle

REISEN & UMWELT

Nach 30 Jahren Reiseanalyse Konkurs

Seit 1961 liefert der Starnberger Kreis für Tourismus (StFt) die jährlichen Zahlen und Fakten, was der/die deutsche UrlauberIn von seinem Urlaub hält und erwartet.

Als e.V. hatte sich der StFt eine Unabhängigkeit erhalten, die gerade bei den Meinungsumfrageinstituten ungewöhnlich ist. Die wachstumsversessene Tourismusbranche wollte daher auch die drei letzten Reiseanalysen nur noch widerwillig kaufen. 1991 hätte man den StFt schon gerne in 2-3 GmbHs aufgeteilt, aber der damalige Vorstand (Herr Hahne) brachte die dramatische Lage noch vor der Konkursbeantragung an die Öffentlichkeit. Das zwang alle Beteiligten zu schnellem Handeln und man verschob die Auflösung auf 1992. Eine neue Geschäftsführerin (R.S.) sollte die Struktur bereinigen und auf marktwirtschaftliche (d.h. im Sinne der Großveranstalter), wichtige Analysefragen ausrichten. Dank RIO und einer immer noch starken ideellen Personalbesetzung hielt sich der StFt dann doch bis zum Sommer 93 und verkündete sogar noch den lange erwarteten Versand des ECOLETTERS – ein erstes Ergebnis des dreijährigen ÖKO-Projekt-Datensammelns unter dem Logo »ECOTRANS«.

Da man dem neuen Geschäftsführer Herrn.... in Brüssel jedoch nicht die Gelder für eine Umweltdatenbank in Höhe von 1,5 Millionen ECU anvertrauen wollte, vergaß man ihn über die Ausschreibung zu »informieren«. Daher erhielt das IPK-Institut (bekannt durch Aufträge der Großindustrie, z.B. NUR, TUI etc.) den Auftrag und die Gelder, was dem Starnberger e.V. ausreichte, den sofortigen Gang zur/m KonkursrichterIn anzutreten.

Und doch: Als letzte Institution der »Sanften Reisen« hält die IG »Sanftes Reisen e.V.« aus Hamburg seit 1990 die Stellung auf den Reisemessen, vor allem in Hamburg und Berlin. Das nächste Gesamtverzeichnis aller AnbieterInnen, VermittlerInnen und VeranstalterInnen von umwelt- und sozialverträglichen Reisen in Europa wird zur Zeit zusammengestellt und enthält bereits mehr als 120 Eintragungen. Messestände auf den obigen Reisemessen und der Versand an Presse und Multiplikatoren wird auch 1994 alle InteressentInnen, Umwelt- und VerbraucherInnen-BeraterInnen, Reisebüros usw. über die praktischen Angebote auf dem Laufenden halten.

DIE VERNICHTUNG HAT SYSTEM

Die wahren Hintergründe und Zusammenhänge des Milliarden-Touropoly um die Anteile an Devisen, Nankodollars, Geldwaschanlagen und die dazugehörigen Vertriebs-, Produkt- und Marketingsysteme sind selbst für die in der »weißen« Industrie Beschäftigten nur schwer zu durchblicken.

Die Macht der schwarzen Gelder hat die gesamte Medien- und damit PR-Welt restlos unterwandert und infisziert. Trotz zunehmendem Umweltinteresse und Natursehnsucht bei UrlauberInnen nehmen die dafür einstehenden Organisationen und Vereine immer weiter ab. Die Konzerne haben schon fast an allen Fronten gesiegt.

Die Zusammenarbeit und das Sponsoring mit den Ökolabel-Multis gibt den kleinen Firmen keine Chance mehr. Skandale und Konkurse wie MP-Travel verleiden dem/der BürgerIn die Buchung bei unbekannten, mittelständischen Veranstaltern. Die modernen Direktverkaufsmethoden per Telefon, BTX und jetzt mit Automaten sind nur für die Großen rentabel zu betreiben. Ein Wegfall der Flugbenzinsubventionierung und die Einführung einer Konkursversicherung plus 15% MwSt auf den Gesamtpreis in den kommenden Jahren erledigt dann den Rest.

Der offensichtliche Zusammenhang zwischen Bildung und Zerstörung läßt sich an zwei Beispielen sehr deutlich zeigen: Über 80% der PauschalreiseurlauberInnen verfügen lediglich über Hauptschulabschluß, fast 95% der gegen AusländerInnen wegen Gewalt straffällig gewordenen Jugendlichen haben kein Abi, bzw. 60% den Hauptschulabschluß.

Der Mangel an Vorbildern gepaart mit BILD-RTL Halbbildung schafft die Angst vor der Zukunft und überträgt sie als Haß für alles Fremde. Die Schwachen stärken sich durch die Tritte auf noch Schwächere und die schweigende Mehrheit...?

Die zielstrebige Verhinderung und Bremsung aller ökologisch einwandfreien Angebote (Produkte, Dienstleistungen usw.) ist die Grundstrategie wie Veränderung verunmöglicht wird. Solange der/die UrlauberIn nicht weiß, welches Angebot nun grüner ist oder eben 1-5 grüne Sterne hat, kann es nicht passieren, daß die ohne grüne Sterne dadurch abgewertet werden. Dabei geht es schlicht und einfach um einige Milliarden, die solange nicht investiert werden müssen, bis, ja!, bis wann eigentlich noch... ●

GLS-BANK

Neuer Sparbrief »Wohnen«

Mit einem neuen Sparbrief der Bochumer GLS Gemeinschaftsbank eG können sich AnlegerInnen an der Modernisierung von 3.500 qm Wohn- und Arbeitsflächen in einem Berliner Altbaukomplex beteiligen. In den Gebäuden will der gemeinnützige »Forum Kreuzberg e.V.« 30 Wohneinheiten, eine Ausbildungstischlerei, einen Kindergarten, vier Ateliers sowie das Berliner »Lehrer- und Erzieherseminar« unterbringen.

Die neu aufgelegten Sparbriefe haben eine Laufzeit von 5 bis 10 Jahren und werden nach Wahl des/der Anlegers/in zwischen 0% und 3,5% p.a. verzinst. Die geringere Verzinsung der Einlagen kommt direkt dem gemeinützigen »Forum Kreuzberg« zugute. Mit dem ersparten Darlehenszins will das Forum Kreuzberg weitere Berliner Wohnprojekte unterstützen.

Zentrales Anliegen der Gemeinschaftsbank ist, neue Formen gegenseitiger Hilfe und kooperativen Wirtschaftens zu entwickeln. An über 800 Projekten von Kiel bis München ist die Bank an der Finanzierung beteiligt. Ende 1992 betrug die Bilanzsumme der GLS Gemeinschaftsbank 112 Mio. DM.

Anschrift:
GLS Gemeinschaftsbank eG
Oskar-Hoffmann-Str. 25
44789 Bochum

JOBS

AUCOOP-Bremen
Handwerkskollektiv sucht für die Bauschlosserei Schlosserin/Schlosser mit viel Lust auf Selbstverwaltung und handwerklicher Eigenständigkeit.
☎ (04 21) 7 30 60

Wir suchen ab sofort 2 **Landschaftsgärtner**Innen mit Berufserfahrung und FS Kl. 3 für längerfristige Zusammenarbeit bei: querbeet GmbH, Betrieb in Selbstverwaltung.
☎ (0 30) 694 54 40

Vollkornbäckerei sucht eine(n) **Bäcker**In mit Engagement und Spaß an Zusammenarbeit im Team. Wir sind ein florierender Betrieb und bieten beste Arbeitsbedingungen. Mehr Information bei: Vollkornbäckerei Mahlzahn, Gaisbergstr. 74, 69115 Heidelberg
☎ (0 62 21) 16 09 97

JOBSUCHE

Suche Tischlerei/Kollektiv/Handwerksmeister, wo ich (m., 39 J.) weitere Erfahrungen mit Techniken Holzbau, Schriften, Abwicklung, Austragung & Treppenbau machen kann. Bin ziemlich ortsunabhängig.
Kontakt:
Kalle Kruse
Donnerschweerstr. 53
26123 Oldenburg
☎ (04 41) 88 58 31 (oft versuchen).

Herstellungsleiter Fachverlag sucht neue Tätigkeit mit mehr Sinn in Verlag, Druckerei, Papierverarbeitungsbetrieb oder auch in kultureller, sozialer Institution.
☎ (07 11) 640 67 44

Suche Beschäftigung / Beteiligung / Festanstellung im Naturkostgroßhandel (FS. Kl. II vorhanden). Bin 39 Jahre alt, ortsunabhängig, Erfahrung in allen Auslieferungstouren (Naturkost u. Sonstiges). Selbständigkeit Kollektiverf. / Einzelunternehmen / Möbeltransport u.a. ca. 10 Jahre. Handwerklich geschickt, Durchsetzungs-u. teamfähig. Bevorzugt norddeutscher Raum.
Chiffre: PRO MENA
(Pro Mensch + Natur)

VERSCHENKE...

Reprokamera Klimsch Super-Autovertikal – prima altes Gerät, aber braucht viel Platz – zu verschenken.
☎ (0711) 456 75 49 Kris
(abends)

EXISTENZGRÜNDUNG

Schöner Laden (30 qm) in »Alternativer Ladenpassage« in Lübeck frei. Nutzung? Vom Schuhladen bis Frisör ist alles möglich.
Kontakt: ☎ (0451) 7 80 96

MFG

Mitfahrgelegenheit von Hamburg Richtung Bremen/Süden gesucht:
Wir suchen jeweils zum Monatsende für den Transport unserer alternativen Provinzzeitung eine Mitfahrgelegenheit von Hamburg bis Raststätte Grundbergsee (A 1 kurz vor Bremen). Wir, das heißt 100 kg Zeitung und ein bis zwei Leute, starten von der Druckerei in HH-City. Bitte meldet Euch bei dem: »Torfkurier«, Götz Paschen, Everinghausen 42, 27367 Sottrum

ZEITUNG

ÖkoVision – neue kleine Zeitung für Lebensstilsuche, Kultur, Politik & Spiritualität. Jetzt zu haben für 5,50 DM (incl. Porto) bei Folker Dangers, Lena Christ Str. 70, 82194 Gröbenzell

SONSTIGES

Hallo Ökoanwälte!
Ich bin durch eine Umweltverschmutzung schwer verletzt worden. Plane Klage auf Schadenersatz. Welcher Anwalt hilft mir beim Kampf gegen Großkonzern?
Ulrich Langenhorst, Kloppstockstr. 6, 59063 Hamm

Rein
in's selbstbestimmte, ökologische Leben!

Schule, Ausbildung, Konsum, Familie, Beruf, Grab. Jugendseminare zu "anders leben – anders arbeiten" zeigen gelebte Auswege. Wir stellen vor: Kommunen, Selbstverwaltete Betriebe, Libertäre Theorien, Alternativ–Projekte. Vor allem: Lebendiger Erfahrungsaustausch mit Gleichgesinnten. Infos bei:

Bildungsgruppe für Ökologie und Selbstbestimmung
Kerstin Rabenstein, Esmarchstr. 42, 22767 Hamburg

AUFRUF

Wir sind zwei Historiker, die seit über zehn Jahren im Bereich der neuen spirituellen und sozialen Bewegungen arbeiten und in der Unterstützungsarbeit für nordamerikanische Indianer und Stammeskulturen aktiv sind. Unsere letzte Forschungsarbeit betraf den US-Bioregionalismus, bei dem es sich um eine neue Bewegung handelt und die Ökologie, neue Spiritualität und regionalistische Anliegen inhaltlich und praktisch miteinander verbindet. Daran anknüpfend führen wir zur Zeit ein Forschungsprojekt durch, das vergleichbare Entwicklungen in Europa ausarbeitet, denn auch hier gibt es vielfach Ansätze einer Verbindung der Themenfelder Ökologie, Spiritualität und Regionalismus. In diesem Zusammenhang ersuchen wir Euch um die Beantwortung folgender Fragen:
- ○ Ist bei Euch eine Verbindung von regionalistischen Anliegen mit ökologischen und religiösen/spirituellen Bemühungen anzutreffen?
- ○ Fördert Ihr sie oder lehnt Ihr sie ab?

Darüber hinaus möchten wir Euch bitten, uns Material über Eure Arbeit (Gruppe/Initiative/Zeitschrift) zu schicken. Mit herzlichem Dank im voraus.
Anschrift:
Dr. Roman Schweidlenka
A-8984 Kainisch 29
Austria

Schwarzer Faden
Vierteljahresschrift für Lust und Freiheit

Nr.47 enthält u.v.a.:

★
»Medienrandale II - weitere Fragen zur politischen Praxis«
von autonome A.F.R.I.K.A-Gruppe
✦
Nicht wie das Kaninchen vor der Schlange ...
Nachdenkliches zum Antifaschismus
von Wolfgang Haug
✣
ZEGG, Sexismus und New Age
von Louis Lerouge
✶
Frauen-KZ - Ravensbrück
von Ilse Schwipper
✝
»Das Ende ist nah« - Evangelikale Sekten in Guatemala
von Herby Sachs
✱
Das Jahr 501 – 500 Jahre Haß auf die Unabhängigkeit
von Noam Chomsky
☆
Jenseits staatlicher Einflußnahme? – Nichtregierungsorganisationen in Chile
von Boris Scharlowski
✷
Interview mit der spanischen SOC (Oppositionsgewerkschaft)
von Reiner Wandler
☎
ABONNIERT!
(4 Nrn): 25.-, Einzelpreis: 7.-
Buchhandelsrabatt 30%
Probepäckchen (5 ältere Nrn): 20.-
Nostalgienummer (Reprint 0-12): 5.-

SF★Redaktion
PF 1159, 71117 Grafenau
Fax 07033-45264

EIGENTUMSVORBEHALT

Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist diese Zeitung solange Eigentum der Absenderin, bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. »Zur-Habe-Nahme« ist keine persönliche Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie der Absenderin mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wird die Zeitschrift nur teilweise persönlich ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile, und nur sie, der Absenderin mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Einsteigen und mitsteuern.

Gültig bis Febr. 1994
14 TAGE TEST-ABO GNADENLOS KOSTENLOS
24-STUNDEN-TELEFON (030) 288 94 12

JUNGE WELT
JUNGE WELT - DIE OSTDEUTSCHE TAGESZEITUNG
Verlagsanstalt in Berlin GmbH
Am Treptower Park 28 - 30, 12435 Berlin
Fairness für Test-Leser. Das Test-Abo verlängert sich nicht automatisch.

KLEINANZEIGEN

Ausfüllen: Den Text gut lesbar eintragen (38 Anschläge/Zeichen ergeben eine Satzzeile)
Kosten: Privat bis zu 5 Zeilen **5 DM** (jede weitere Zeile 1 DM)
Gewerblich bis zu 5 Zeilen **30 DM** (jede weitere Zeile 5 DM)
Private Stellengesuche sind kostenlos!
Chiffregebühren: 9 DM
Bezahlt werden kann mit Scheck,Geldscheinen,nicht mit Briefmarken und nicht mit Bankeinzug. **Im voraus muß allerdings immer das Geld hier sein.** Quittungen nur bei ausreichend frankiertem Rückumschlag.
Aufträge ohne Geld & Absender landen ausnahmslos im Papierkorb!
Ausnahme: Bestellwert ab 50 DM.
Da gibt's nämlich ne Rechnung.
Termin: jeweils zum **15. des Monats**

Einsenden an:
CONTRASTE e.V.
Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg

SCHNIPSEL

Betr.: Ermordung des ANC-Führers Chris Hany u.a.

Die Drahtzieherinnen: Nation Europa, NE, Coburg · Hilfskomitee Südliches Afrika, Afrika/HSA, Coburg · Deutsch-Südafrikanische Gesellschaft e.V./DSAG, Coburg

Extreme Rechte Südafrikas: Conservative Party (CP) · Afrikaanse Weederstandsbeweging (AWB) · World Apartheid Movement (WAM) · Afrikaanse National Socialist Movement (ANS)

Einzelpreis incl. Versand: 10 DM. **Bestellungen:** Infobüro, c/o Bücherkiste, Schlehengasse 6, 90402 Nürnberg

LESERiNNENBRIEFE

Betr.: Beitrag von Roman Schweidlenka »Ideologische Ökolabyrinthe – auf den Spuren des grünen US-Movements« in Heft Nr. 110, November 1993

Im Frühjahr/Sommer dieses Jahres konnte ich mich von der Heftigkeit der Debatte zwischen »social ecologists« und »deep ecologists« überzeugen (leider eher einseitig, ich war am »Institut for social ecology« in Plainfield/Vermont), überhaupt erst von ihrer Existenz erfahren. Vor ihr als Faktum gestellt, ohne daß ich die Entwicklung oder Dynamik dieser Debatte kenne oder verstehe, war ich erschreckt: da werden von beiden Seiten Energien in die gegenseitige Abgrenzung verschwendet, die Gemüter sind erregt. Doch andererseits lassen sich tatsächlich verschiedene Denkströmungen erkennen und Murray Bookchin, als Vetreter der »social ecology« läßt sich nicht (!) (wie im Artikel beschrieben) in Verbindung mit der »deep ecology« bringen.

Basis oder Prinzip der »deep ecology« ist, dem gegebenen Anthropozentrismus den Bio- und Ökozentrismus entgegenzusetzen. Arne Naess, der norwegische Gründungsvater der »deep ecology« hat dazu den Begriff des »biospherical egalitarianism« (»biosphärische Gleichheit«) geprägt, als eine »Verteidigung der 'prima facie' Orientierung auf die Nichtbevorteilung, aufs leben und leben lassen« (1).

Liegt nicht gerade in diesem Aspekt schon eine Gefahr?! – FaschistInnen, SexistInnen, Herrschende... »leben und leben lassen«?! Vielleicht liegt hierin der Vorwurf Bookchin's des »apolitischen«, selbst wenn »Earth-First«-VertreterInnen noch so viele Strommasten und Bulldozer zerstören.

»Leben und leben lassen« wäre (konsequent gedacht) die Aufhebung, wenn nicht gar Verneinung, jeder sozialpolitischen (der ökologischen eingeschlossen) Bewegung: Gesellschaftliche Verhältnisse, die fragwürdige Lebensformen – ausgeprägt in Faschismus, Rassismus, Sexismus... – ermöglichen, »leben und leben lassen«?!

In seiner ganzen Konsequenz des Biozentrismus denken, bedeutet, auf viele Widersprüche und Gefahren zu stoßen.

In ihm steckt auch die Verneinung der Kultur: als »zweite Natur des Menschen« konnte sie sich nur entwickeln, indem sie sich aus der »ersten« heraus und von ihr abhebt. Daß, zumindest in der abendländischen Kultur, die Hegemonialherrschaft weltweit angetreten hat, dieser Prozeß als Beherrschung der Natur stattfand, rechtfertigt sicherlich (noch) nicht, dem Anthropozentrismus antithetisch ein biozentrisches Weltbild – womöglich als Rezept für eine bessere Welt – entgegenzustellen. Hier steckt vielleicht der Vorwurf Bookchin's der Menschenverachtung an die Biozentristen. Tiere und Pflanzen – »erste Natur« – können Gemeinschaften bilden, Menschen Gesellschaften. Letztere können in ihrem Wesen libertär sein; wenn auch eine »freie Gesellschaft« noch immer Utopie ist, sie schlummert als Potential in der Kultur.

Hierzu schreibt Bookchin (in seiner »Ökologie der Freiheit«): »Den besonderen Platz der Menschheit in der Natur zu leugnen, ist nicht weniger einseitig, als anderen Lebensformen ihren Platz in Ökosystemen streitig zu machen.« »Die Einzigartigkeit der Menschen als der potentiellen Verkörperung einer sich selbst bewußt gewordenen Natur« muß dabei nicht mit der Beherrschung der Natur einherlaufen.

Im Anthropozentrismus liegt die Gefahr der Ausbeutung der Natur (wir haben sie vor Augen), im Biozentrismus die Gefahr der Verneinung der Freiheit.

Im übrigen: wie ließe sich eigentlich die Idee des Biozentrismus praktisch umsetzen? Die Landwirtschaft z.B. wäre ihrer Basis entzogen: wenn der Mensch nicht Kulturpflanzen gegenüber anderen, sogenannten »Unkräutern«, den Vorrang geben würde.

Beate Flechtker, Marburg

(1) Nach den Worten Robin Eckersley's, Autorin des Buches »Environmentalisten and Political Theorie: Toward an ecocentric Approach, in: »Devining Evolution: The Ecological Ethics of MurrayBookchin«, 1989, aus: »Society and Nature; The International Journal of Political Ecology«, Sept.-Dec. 1992.

Betr.: CONTRASTE Nr. 111, »Nie wieder Fleisch«

In dem Beitrag finden sich z.T. sehr gute Gedankengänge. Jedoch wird man dem Verfasser nicht zustimmen, wenn er meint, daß Utopie keine Beweise in der Praxis brauchen würde. Dadurch entstanden ja die jahrtausendalten Irrtümer zum Schaden der ErdbewohnerInnen. Ehrliche Falsifizierungen bzw. Verifizierungen von politischen Ideen bzw. Utopien im Sinne der kritischen Rationalität Poppers wären bestimmt hilfreicher. Stichwort hierzu: Eine Kuh weint, weil der Pharao ihrem Kälbchen die Milch wegtrinkt. Abbildung auf dem Sarkophag der Pharaonin Kawit 1980 vor unserer Zeitrechnung im Kairoer Museum, damals am Ende des Zerfalls des ersten Pharaonenreiches infolge Mißwirtschaft und Korruption und staatlich lizensierter außerstaatlicher Viehräuberei. Hätte sich die vegetarische, auf dem Sarkophag künstlerisch dargestellte Alternative damals politisch durchgesetzt (Ansätze wurden ja später durch »römische Fleischklöße« brutal auf Golgatha vernichtet) wäre die Frage, ob die Weltgeschichte sich nicht dadurch total anders dargestellt hätte – ohne total unnötige Kriegshandlungen und Machenschaften, die man sich hätte nicht nur aus ökonomisch-ökologischen Gründen sparen können.
Ein Fehler nicht genügender Dogmatik vegetarisch vollwertigen Lebensstiles bzw. nicht genügender Information? Bei Brukers sogenanntem Zuckersyndrom ist dies gut ersichtlich, auch wenn die Zuckerindustrie hier Zeter und Mordio schreit. Beim Anfang der Umstellung von Normal-Junk-Food auf tierisch-eiweißfreie frische Vollwertkost kann es durchaus vorkommen, daß ein klein wenig Fabrikzucker die ganze Umstellung stark beeinträchtigen kann durch zuckersüsse Gärungsprozesse. Brukers Dogmatik ist hier buchstäblich »gesundheitliches« Gold wert. Auch friedliche Vegetarier mit dem Hinweis, der selige Adolf = Adolf Hitler wäre Vegetarier gewesen, zu verunsichern, greift nicht. Adolf Hitler konnte tatsächlich schlecht kauen und schlecht verdauen – auch Fleisch. Dies umging er, indem er nicht Fleisch in Brocken, sondern Fleischbrühe in flüssiger Form zu sich nahm – laut Bestätigung eines Leibkochs von ihm. Er dürfte damit aus dem »erlauchten« Kreis vollwertiger Vegetarier ausscheiden.
Sehr richtig liegt der Artikel mit dem Hinweis auf Vernachlässigung revolutionärer Vegetarier von 1848 (Struve, Baltzer, Hahn). Dies bestätigt auch folgender Vorfall: Als ein sogenannter internationaler Leberwurstpreis in Mannheim kürzlich mit Pauken und Trompeten eingeführt worden war, wurde von der GPS (*) vorgeschlagen, als Pendant einen sogenannten tierisch eiweißfreien von-Struve-Preis dagegen zu setzen. Nach dem Lesen des CONTRASTE-Artikels ist es jetzt verständlicher, warum »führende« Vegetarier von Seiten vegetarischer Verbandsseite diese von-Struve-Preisverleihung brüsk abgelehnt hatten. Von-Struve startete übrigens seine vegetarischen, revolutionären Aktionen 1848 von Mannheim aus. Wäre es da nicht heute opportun, den Verfasser des CONTRASTE-Artikels für die Laudatio einer eventuellen Preisverleihung des von-Struve-Preises zu gewinnen, wobei man Prof. Dr. Bruker die erste Preisverleihung mit gutem Gewissen anbieten könnte. Herr Bruker ist einer der wenigen, bekannten ernährungswissenschaftlichen Zeitgenossen, die weder direkt noch indirekt auf der Paylist der Zucker-, Pharma- oder Fleischindustrie stehen – höchstens auf der politischen »Abschußliste« derjenigen, die Schwierigkeiten haben, verwandtschaftliche Zusammenhänge zwischen Fleischverzehrer, Tierversuchs-KZ's und Faschismus herzustellen!
Richard Herrmann (Sprecher d. GPS)

* GPS = Gesundheitspartei Europa. Das »S« steht für Santé, da eine deutsch-französische Gemeinschaftsgründung. Kurze Erläuterung des Programms: LOVE ANIMALS – DON'T EAT THEM! Vegetarier aller Länder vereinigt Euch im Sinne LNH statt LMA (L = Liberté, N = Naturalité, H = Humanité)

IMPRESSUM

CONTRASTE

Monatszeitung für Selbstverwaltung
erscheint 11mal im Jahr.
ISSN 0178-5737
Herausgeber ist CONTRASTE,
Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie e.V.
Postfach 10 45 20
69035 Heidelberg
☎ (06221) 16 24 67
CONTRASTE wird von ca. 40 MacherInnen geschrieben, zusammengestellt, redigiert, gesetzt, gedruckt... und was alles zum Herausgeben dazugehört.

Die Informationen fliessen zusammen über die Regional- und Fachredaktionen. Endredaktion, Herstellung, Vertrieb und Anzeigenverwaltung erfolgt über CONTRASTE in Heidelberg.

Wer einen Beitrag in CONTRASTE veröffentlichen will, schickt ihn an die Heidelberger Endredaktion.

In Heidelberg sitzt die Stammbelegschaft, während in den Regional- und Fachredaktionen ausschließlich ehrenamtliche Leute am Werke sind.

Vertriebs-, AbonnentInnen- oder sonstige Beschwerden bitte auch in Heidelberg vorbringen.

Alle an einer aktiven Mitarbeit Interessierten können dies im Heidelberger Büro kundtun und erhalten dann regelmäßig die internen Redaktionsrundbriefe und Einladungen zu den viermal jährlich stattfindenden Redaktionstreffen.

Redaktionen :
10961 Berlin, Gneisenaustr. 2a, ☎ (030) 693 80 21; **27367 Sottrum, Redaktion Bremen**, Götz Paschen, Everinghausen 42; **37073 Göttingen**, Thomas Hardwig, Leinestr. 29, ☎ (0551) 770 40 26; **69035 Heidelberg**, Postfach 10 45 20, ☎(06221) 16 24 67; **90429 Nürnberg**, Kurt Regenauer, Imhoffstr. 22, ☎ (0911) 26 77 68; **06844 Dessau**, Peter Schneider, Kurt-Weill-Str. 31, ☎ (0340) 37 93 (auch Fax); **01099 Dresden**, Rothenburger Str. 43, ☎ (0351) 57 09 14; **Niederlande**, 1019AT Amsterdam, Waldemar Schindowski, ID-Archiv, ISSG, Cruquisweg 31, ☎ (003120) 668 58 66

Fachredaktionen :
Autonome Frauenseite: 12049 Berlin, REA, Ricarda Buch, Hermannstr. 229, ☎ (030) 621 88 62 · Fax: (030) 621 86 40; **Alternative Energie/Technik:** 10999 Berlin, Wuseltronik, Christian Sauer, Paul-Lincke-Ufer 41, ☎ (030) 618 50 71 · Fax (030) 618 50 75; **Grafische Betriebe:** 10999 Berlin, Constantin Bartning, Paul-Lincke-Ufer 44a, ☎ (030) 611 68 03; **Genossenschaften:** 79102 Freiburg, Burghard Flieger, Erwinstr. 29, ☎ (0761) 70 90 23; **Handwerk:** 69035 Heidelberg, Andreas Küstermann, Postfach 10 45 20, ☎ (06221) 16 60 78; **Sozialpolitik:** 80337 München, AG SPAK, Dieter Koschek, Adlzreiterstr. 23, ☎ (089) 77 40 77; **Naturkost:** 49008 Osnabrück, Herrmann Cropp, Postfach 18 11, ☎ (05402) 73 73; **Selbstorganisierte Lebensgemeinschaften:** 67434 Neustadt/Weinstr., Elisabeth Voß, Jahnstr. 11, ☎ (06321) 73 91, Fax (06321) 3 47 01
V.I.S.D.P.: Waldemar Schindowski, über CONTRASTE e.V., Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg. Für Beiträge, die mit vollem Namen gekennzeichnet sind, übernimmt der/die Autor/in die Verantwortung.
Eigenverlag; alle Nachdruckrechte bei CONTRASTE e.V., Heidelberg
Anzeigenverwaltung: Dieter Poschen, c/o CONTRASTE e.V., ☎(06221) 18 34 02; Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 3/92
Herstellung:
Zündsatz GbR, Gaisbergstr. 97, 69115 Heidelberg;
Satz: Ganzseitenumbruch auf TEXTLINE-PDP 5.0;
Ausgabe: Monotype-Lasercomp;
Druck: Caro-Druck, Kasseler Str. 1A, 60486 Ffm

BTX: Seite *3821001 #

Endredaktion:
☎ (06221) 18 34 02
Vertrieb:
☎ (06221) 16 24 67
Telefax:
☎ (06221) 16 44 89

ALTERNATIVE ÖKONOMIE

BÄCKEREIEN

Einladung zum Bäckereien-Kollektivtreffen '94
Nach einem sehr interessanten Kollektivtreffen im letzten Jahr wollen wir uns auch dieses Jahr wieder zusammenhokken und unsere Situation vergleichen. Das Treffen '94 wird vom 21.-22. Mai im Tagungshaus Läufertsmühle Neckargerach (b. Heidelberg) stattfinden. Es wird in diesem Jahr organisiert von der Vollkornbäckerei Mahlzahn in Heidelberg und wir würden uns sehr freuen, wenn zwecks eines regen Austausches viele Vollkornbäckerei-Kollektive kommen würden!
Bitte meldet Euch bis Ende März an bei: Ulrike, Bäckerei Mahlzahn
☎ (0 62 21) 16 09 97
Im übrigen stehen die Gesprächsthemen für dieses Jahr noch nicht fest und wir berücksichtigen gerne Eure Vorschläge.

TAK AO

Gemeinsam Wohnen und Leben im Alter
Zum Thema »Gemeinsam Wohnen und Leben im Alter« organisiert der Theoriearbeitskreis Alternative Ökonomie sein nächstes Wochenendseminar. Es findet statt vom 18.-20.2.94 in Freudenberg bei der Friedrich-Ebert-Stiftung. Anregungen, Mitarbeit, Information und Anmeldung: Elmar Sing, Löwenstr. 8, 68259 Mannheim.

NETZ-SEMINARREIHE:

FINANZMANAGEMENT

Finanzierung und Liquiditätsplanung
Den 27.1./28.1.94 vermittelt Heinz Eikelmeier die wichtigsten Kenntnisse der Unternehmensfinanzierung. Liquiditätsplanung, Überwachung der Plandaten, öffentliche Kredite und Bürgschaften sind zentrale Themenbereiche dieser Qualifizierung in Düsseldorf.

Kalkulation und Kostenrechnen
Am 27./28.1.94 findet in Düsseldorf ein Seminar zum Thema Kalkulation und Kostenrechnen in Handwerks- und kleinindustriellen Fertigungsbetrieben statt. Methoden, Einschätzungshilfen und praktische Anwendung stehen bei Heinz-Josef Engbring-Lammers im Vordergrund.

Kostenrechnen im Handel
Auf die Erfordernisse im Handelsbereich spitzt Stephen Schwedler sein Seminar »Kalkulation und Kostenrechnung in Handelsbetrieben« während des 10./11.2.94 in Düsseldorf zu. U.a. werden Hilfen für die Kalkulation der Selbstkosten- und Zielverkaufspreise gegeben.

Controlling
Am 17./18.2.94 zeigt Markus S. Wetter in Düsseldorf auf, wie die Denkweise des Controllings (innerbetriebliche Informationsvermittlung und Herstellung von Transparenz) auch für Kleinbetriebe genutzt werden kann.

Information und Anmeldung für alle Finanzmanagementseminare: NETZ, Börnestr. 10, 40211 Düssseldorf, Tel.: 0211/1649583, Fax: 0211/351591

RAT & TAT EG

Wochenendseminare der Rat & Tat eG zur doppelten Buchführung in Gauselfingen:
Seminar I: 5. bis 6.2.94 Einführung in die Buchführung
Seminar II: 26. bis 27.2.94 Buchführungspraxis mit dem Computer
Buchführung bevorzugt für kleine Unternehmen, als Hilfe für den eigenen Betrieb und nicht (nur) für's Finanzamt, als solide Grundlage für ein Wirtschaften mit Zukunft!
Information & Anmeldung:
Rat & Tat eG, ☎ (07475) 7034

ÖKOLOGIE & SELBSTBESTIMMUNG

Anders leben – anders arbeiten
Die vorgezeichneten Bahnen befriedigen vor allem junge Leute immer weniger. Ökologische Krise, extrem ungleiche Lebensbedingungen auf der Erde, Konsumorientierung, Trennung von Arbeit, Politik und Leben, Vereinzelung und Hierarchien sind prägend für unsere Industriegesellschaft. Auf diesem Seminar wollen wir lebbare Alternativen vorstellen. Kommunen, selbstverwaltete Betriebe, Ansätze von gemeinsamer Organisation des Alltags wie Food Coops und Kinderläden sind Beispiele für Anfänge einer herrschaftslosen Gesellschaft wie sie in libertären Theorien beschrieben wird. Ein EinsteigerInnen-Seminar für junge Leute. Kostenpunkt jeweils 30 bis 50 DM nach Selbsteinschätzung.
Termine, Ort und jeweilige Anmeldeadresse:
28.-30.1., Lehringen, Verdener Umweltwerkstatt, Herrlichkeit, 27283 Verden
18.-20.2.,Mainz, JUB Mainz, Parcusstr. 12, 55116 Mainz
20.-25.2., Prinzhöfte, Verdener Umweltwerkstatt w.o.
Weitere Infos: Bildungsgruppe für Ökologie & Selbstbestimmung
Kerstin Rabenstein
Esmarchstr. 42c, 22767 Hamburg

GESUNDHEIT

»Wir können auch anders...«
Arbeitsutopien im Gesundheitswesen: Für Menschen, die sozial, ökologisch, ethisch vertretbar und selbstbestimmt arbeiten wollen, ist in dem bestehenden Gesundheitssystem kein Raum.
Deshalb haben sich Leute in einer interdisziplinären Arbeitsgruppe zusammengefunden, die sich in eigenen Strukturen Freiräume für ihre Arbeit schaffen wollen, z.B. durch die Gründung von Gruppenpraxen.
Zu unserem nächsten Treffen vom 21.-23.Januar 1994 in Neustadt/Weinstr. laden wir somit diejenigen lieben Leute ein, die mit Phantasie und Kraft ihre Ideen verwirklichen wollen. Die AG versteht sich dabei als interdisziplinärer Pool für das kennenlernen möglicher ProjektpartnerInnen als Forum für die Weiterentwicklung eigener Träume.
Kontakt & Anmeldung:
Heike, Tel. 06321/480581 oder Roland Härtel, Ziegelstr. 11, 35037 Marburg, Tel. 06421/35967

MEDIEN

Druck machen – Veränderung durchsetzen
Das Seminar hilft MitarbeiterInnen in Projektwerkstätten, Jugendgruppen und -projekten, Inhalte durch bessere, weil geplante Öffentlichkeitsarbeit bekannter werden zu lassen.
Termine: 4.-6.3.94, 25.-8.8.94, 2.-4.12.94 (alle in Verden)
Kosten: 30 bis 60 DM nach Selbsteinschätzung
Information & Anmeldung:
Bildungsgruppe für Ökologie & Selbstbestimmung
c/o Verdener Umweltwerkstatt
Herrlichkeit 1
27283 Verden

ZEITUNGS-LAYOUT

Auch wenn das Thema Layout in den letzten Jahren bei mehreren deutschen Tageszeitungen zu erheblichen Verbesserungen im Erscheinungsbild geführt hat, bleibt es aktuell. Denn auf viele Zeitungen trifft noch der Ausdruck »Newsasaurus« (Zeitungssaurier) zu, den die amerikanische »Society of Newspaper Design« geprägt hat. In einer Medienlandschaft, die sich im rasanten Tempo verändert, kann die Zeitung ihre Stellung festigen und ausbauen, wenn sie ihr visuelles Erscheinungsbild optimiert und an den Bedürfnissen der LeserInnenschaft orientiert. Durch ihr äußeres Erscheinungsbild kann die Zeitung signalisieren, daß sie ein zeitgemäßes Medium der 90er Jahre ist. Amerikanische, spanische und skandinavische Zeitungen demonstrieren eindrucksvoll, welche Gestaltungspotentiale das Traditionsmedium Zeitung aufweist. In Theorie und Praxis vermittelt das Seminar Kriterien für die zeitgemäße Gestaltung von aktuellen Inhalten.
Termin: 14. bis 17.02.94
Kursgebühr: 490 DM
Anmeldung:
Deutsches Institut für publizistische Bildungsarbeit
Journalisten-Zentrum Haus Busch
Postfach 4120
58041 Hagen

INTERVIEW

Ob bei der Recherche, bei Umfragen oder beim Expertengespräch: Das Interview bestimmt den journalistischen Alltag, ist Handwerk und Kunst zugleich. Welche Fragestrategie wähle ich für welche/n GesprächspartnerIn? Wie animiere ich wortkarge ExpertInnen und wie lenke ich die bekannten VielrednerInnen? Wie muß ein geformtes Interview aussehen? Interview ist mehr als Fragen stellen. In diesem Seminar werden die Möglichkeiten und Grenzen der Einflußnahme auf die/den InterviewpartnerIn besprochen und Fragetechniken in Rollenspielen intensiv eingeübt. Um das eigene Interviewverhalten einschätzen zu lernen, werden Interviews mit eingeladenen ExpertInnen aufgezeichnet und analysiert.
Termin: 7. bis 10.02.94
Kursgebühr: 540 DM
Anmeldung: w.o.

SONSTIGES

Rhetorik für Jugendliche
Wir haben viel zu sagen!
Du lernst auf diesem Seminar, wie Du auf Gruppen wirkst, wie Du eine Rede gliederst, wie daß, was Du sagst, auch gehört wird. Trotzdem – eine Erfolgsgarantie ist damit nicht zu haben. Denn zu erfolgreicher Kommunikation gehören immer zwei oder mehr Menschen. Ebenso einen großen Anteil übernehmen deshalb bei dem Seminar Übungen zum Aktiven Zuhören, zum Konsensprinzip und gleichberechtigter und konstruktiver Gruppenrhetorik. Dabei versuchen wir als TeamerInnen ein ausgeglichenes Verhältnis zwischen Hintergrundinformationen und praktischen Ausprobieren zu schaffen.
Termine: 14.-16.1.94 (Hamburg), 13.-15.5.94 und 16.-18.9.94 (Verden)
Kosten: 30 bis 60 DM nach Selbsteinschätzung
Information & Anmeldung:
Bildungsgruppe für Ökologie & Selbstbestimmung
c/o Verdener Umweltwerkstatt
Herrlichkeit 1
27283 Verden

netz NRW
Huckarder Straße 10-12
44147 Dortmund
Tel.: 0231 / 16 24 76

netz Hessen (VSBH)
Schäfergasse 46
60313 Frankfurt a.M.
Tel.: 069 / 131 04 07

netz Baden-Württemberg
Erwinstraße 29
79102 Freiburg i. Br.
Tel.: 0761 / 70 90 23

netz Bremen
c/o Kulturzentrum Lagerhaus
Schildstraße 12-19
28203 Bremen
Tel.: 0421 / 70 14 61

netz Bayern
c/o IBPro
Kaulbachstraße 85
80802 München
Tel.: 089 / 34 57 23

netz

Zusammenschluß selbstverwalteter und ökologisch orientierter Betriebe und Projekte

netz NRW
Börnestraße 10
40211 Düsseldorf
Tel.: 0211 / 164 95 83

netz NRW
Staufenstraße 27
48145 Münster
Tel. 0251 / 3 31 99

ZBB

Welche Arbeit brauchen wir?
Ein Ost-West-deutsches Begegnungs-Seminar auf Rügen vom 11. bis 15.2.1994 auf Rügen. Dieses Seminar zum Thema Arbeit ist besonders für Multiplikatoren und JournalistInnen, aber auch für andere am Ost-West-Dialog Interessierte. Über Erfahrungsaustausch und Diskussion hinaus soll der Utopie Raum gegeben werden. Dazu dienen methodische Elemente der Meditation und der Theaterarbeit.
Themen sind: Das Theater mit den Systemen: Ist gut, wer siegt? – Wenn ich einmal reich wäre: Arbeit = Geld? – Modelle anderen Wirtschaftens: Der Dritte Weg.
Teilnahme-Beitrag: DM 200 (Ermäßigung möglich)
Information & Anmeldung:
Zusammenschluß Bayerischer Bildungsinitiativen
Adlzreiterstr. 23
80337 München

FRAUEN

»Ausgebrannt« – Psychodrama-Seminar zum Bournot-Syndrom von Frauen in sozialen Berufen
Frauen, die in sozialen Arbeitsfeldern tätig sind, sin in besonderer Weise von der Gefährdung durch das Bournot-Syndrom betroffen: Zum Einen bergen alle sozialen Berufe durch ihre speziellen Anforderungen die Gefahr von Überforderungen in sich, zum Anderen haben Frauen in ihrer Sozialisierung zu »geben« gelernt, Grenzen zu setzen fällt schwer. Ziel des Seminars ist es, Überforderungserfahrungen im Alltag zu reflektieren und Lösungen zu entwickeln, durch die Kräfte bewußter eingesetzt werden können.
Termin: 3. bis 6.03.94
Anmeldung:
Burckhardthaus
Herzbachweg 2
63351 Gelnhausen
☎ (0 60 51) 8 92 12

FRAU & ARBEIT

Rhetorik und Gesprächsfähigkeit
Termin: 5. bis 6.2.94
Die Medien besser nutzen
Eine Einführung in die Pressearbeit
Termin: 12. bis 13.2.94
Buchführungskurs für Vereine
Termin: 14. bis 16.2.94
Geld anlegen! – aber wo?
Termin: Mi 16.2.94
Aquisition
Termin: 21. bis 24.2.94
Information & Anmeldung
Frau und Arbeit
Grindelallee 43
20146 Hamburg
☎ (0 40) 44 49 60

ZUKUNFTSWERKSTATT

Zukunftswerkstätten:
Wege aus der Resignation!
wurden vom Zukunftsforscher Robert Jungk und Norbert Müller erfunden, um unsere Demokratie wiederzubeleben. Menschen werden in einem gemeinsamen Gruppenprozeß motiviert, selbst aktiv zu werden.
Zukunftswerkstätten moderieren lernen
Während dieser ModeratorInnenschulung lernt Ihr, selbst Zukunftswerkstätten anzuleiten. Wir werden selbst eine Zukunftswerkstatt durchführen und vor allem das Moderieren üben. Voraussetzungen: Ein wenig Erfahrungen mit Gruppen.
Termine: 9.-13.2.94 u. 11.-16.11.94 (Verden)
Kosten: 80 bis 100 DM nach Selbsteinschätzung.
Information & Anmeldung:
Bildungsgruppe für Ökologie & Selbstbestimmung
c/o Verdener Umweltwerkstatt
Herrlichkeit 1
27283 Verden

CONTRASTE

JETZT ABONNIEREN: Ich/Wir abonniere/n CONTRASTE zum fortlaufenden Bezug zum jährlichen Bezugspreis von 80,— DM bzw. 650 ÖSh (incl. Versand). Das Abonnement verlängert sich automatisch um weitere 12 Monate, wenn es nicht mindestens **3 Wochen vor Ablauf schriftlich** gekündigt wird.

Name:

Adresse:

Gruppe/Betrieb/Beruf:

Datum: Unterschrift:

Zahlungsweise (zutreffendes bitte ankreuzen)

__ Einzugsermächtigung: Ich erkläre mich damit einverstanden, daß die Abonnementgebühren von meinem Konto abgebucht werden.

Kontoinhaber:

Geldinstitut:

Konto-Nr.: BLZ:

Diese Einzugsermächtigung wird ungültig, wenn ich sie **schriftlich** widerrufe.

Datum: Unterschrift:

__ Gegen Rechnung. Ich zahle sofort nach Erhalt der Rechnung. Bitte keine Vorauszahlung auf unser Konto !

__ Ein Verrechnungsscheck liegt dieser Bestellung bei.

Diese Bestellung kann innerhalb von 7 Tagen schriftlich widerrufen werden.
Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg. Davon habe ich Kenntnis genommen.

Datum: Unterschrift:

Coupon ausgefüllt an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg, einsenden.

Zum Verbleib bei der/dem BestellerIn
Ich habe am ..... die Zeitung CONTRASTE zum jährlichen Bezugspreis von 80,-DM abonniert. Ich weiß, daß ich das Abonnement innerh. von 7 Tagen schriftlich widerrufen kann. Dazu genügt eine Postkarte an: CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 6900 Heidelberg 1

UMBRÜCHE Nr.8 November/Dez.'93

Süd-Ost-West-Zeitschrift gegen Alte und Neue Weltordnungen

Eine OstWest - Ko-Produktion des BAOBAB Infoladen Eine Welt (Ost-Berlin) und des Infoladen "Dritte Welt" Neukölln (West-Berlin)
erscheint vierteljährlich

Nr.8 November/Dezember '93:

Afrika

Demokratisierung der Neuen Welt(un)ordnung?

Afrika: "Demokratisierung" oder Neue Weltordnung?
Das Reich des Chaos - *Samir Amin*
Raubtiere und Reformen - *Achille Mbembe*
Die DDR und Afrika - *Ilona Schleicher*
Hoffen auf Südafrika - *Ruth Weiss*
Palästina/Israel: Der Deal um den Frieden - *R. Weinholzer-Samhouri*
Feindbild Islam: Freund Feindbild: eine Replik - *Salima Mellah*
Das Feindbild des Eurozentrismus? - *R.Seesemann*
Länderberichte: Demokratie in Moskau; Chile, Guatemala
Szene: Öko-HERRschaft beim AUFTAKT in Magdeburg
K.H.Roth und die Wiederentdeckung des Proletariats

noch lieferbar:
ÖkoHERRschaft: *Ökodiktatur-Ökoimperialismus-Ökofaschismus* (Nr.6)
ISLAM: *Feindbilder und Wirklichkeiten* (Nr.7)

Einzelpreis: DM 4.- (72 Seiten)
Jahresabo: DM 15.- (incl. Porto)
WiederverkäuferInnen erhalten 20% Rabatt

Bezug: BAOBAB-Infoladen, Winsstr. 53, 10405 Berlin, T+Fax: (030) 4426174
Infoladen Dritte Welt, Weisestr. 53, 12049 Berlin, Tel+Fax: (030) 6223234